

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 6 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verlagsanstalt: Drag 11, Ref. Jan. 15 • Tel. 20203, 31400, 31401, 31402 • Postfach 57344

12. Jahrgang.

Sonntag, 30. Oktober 1932

Nr. 256.

## Das Parlament der sudetendeutschen Arbeiter tagt.

Eröffnung. — Konstituierung. — Begrüßungen. — Kampfgelöbnis Hampis, des Führers der tschechischen Genossen. Großes Referat Dr. Czech über die politische und wirtschaftliche Lage.

### Die Eröffnung.

Sonntag nachmittags um halb vier Uhr wurde im großen Saale der Produkthalle in Prag unser Parteitag eröffnet. Der Kongress ist außerordentlich stark besucht — fast 500 Delegierte nehmen an ihm teil. Die Bühne des Saales ist rot ausgeschlagen. In Säulen der Karl-Marx-Büste im Hintergrund leuchten auf rotem Grund, inmitten der Parolen „Freiheit“ und „Freundschaft“, die symbolischen drei Pfeile. Ganz oben prangt auf einem Stirnband die Losung des kommunistischen Manifests: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ Der Saal ist bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, als die Prager Jugendgenossen und -genossinnen in blauen Blusen mit roten Maschen unter Vorantragung roter

Fahnen durch die Saalmitte auf die Bühne marschieren. Feierlich und erhehend ist dieser Einmarsch, der von Fanfarenklängen (eines Bläserchors vom Prager Deutschen Theater) aus Wagners „Rienzi“ begleitet wird. Die Jugendlichen stimmen dann aus frischen Reihen ihren Sangesgruß an: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ Der Kongress, der das Kampflied stehend anhört und mitlang, dankt den Jugendlichen mit starkem Beifall. Und während noch der mächtige Fahnenmarsch über dem Saale steht, stimmt der Bläserchor, unter dem großen Beifalle aller, die „Internationale“ an, die von den Delegierten stehend mitgesungen und zum Schluß neuerdings applaudiert wird. Mit dem „Freiheit!“ und „Freundschaft!“-Grüß der Jugendlichen und der Kongreßteilnehmer, schließt diese feierliche Ouvertüre des Kongresses.

### Eröffnungsansprache des Genossen Kremser.

Der erste Vorsitzende-Stellvertreter der Partei, Genosse Heinrich Kremser, eröffnet nun den Parteitag mit folgender Ansprache: Es wurde mir die ehrende Aufgabe zuteil, den 9. Parteitag seit der Gründung der Partei auf das herzlichste zu begrüßen. Der Parteitag tritt in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krise, größter politischer Erschütterungen zusammen. Wenn unser Genosse Dr. Czech vor zwei Jahren in seinem Referat auf dem Teiltag der Parteitage noch berichten konnte, daß der Stand der Arbeitslosen 103.860 betrug, so müssen wir jetzt leider feststellen, daß die amtliche Statistik 464.552 Arbeitslose aufweist. Wir sehen an der Gegenüberstellung dieser beiden Ziffern, welche verheerenden Wirkungen die Wirtschaftskrise auch in der Tschechoslowakei in der abgelaufenen Zeit hervorgerufen hat und es ist begreiflich, daß unser erstes Wort auf diesem Parteitag den Krisenopfern

tums gegen die Arbeiterklasse, und wenn auch zwischen dem Hakenkreuz und den Papen-Anhängern die ursprünglich bestandene Harmonie, die getragen war von dem gemeinsamen Haß gegen die Arbeiterklasse, einer argen Rinde plattgemacht hat, so ist das nur Konkurrenzstreit zwischen zwei reaktionären Richtungen. Die deutsche Arbeiterklasse steht unmittelbar vor einem der schwersten Wahlkämpfe, den das Kampfprobleme deutsche Proletariat jemals zu führen hatte. Am 6. November wird in Deutschland darüber entschieden werden, ob die Träume des Herrn Papen nach Wiederaufrichtung der Monarchie oder die Wünsche des Herrn Hitler nach Aktivierung des fagenhaften dritten Reiches von der Wählerchaft angenommen werden. Wir glauben zuversichtlich, daß die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung erkennen werden, daß die Absichten beider, gegen das wirkliche Interesse des deutschen Volkes verstoßen. Mit solcher Zuversicht verfolgt die sudetendeutsche Arbeiterklasse den heroischen Kampf unserer Brüder im Deutschen Reich. Sie hat keinen schmelzenderen Wunsch, als den, es möge der deutschen Arbeiterklasse gelingen, bei den diesmaligen Wahlen den Hakenkreuzern eine ernste Niederlage beizubringen und auch dem Herrn Papen zu beweisen, daß seine stillen Hoffnungen niemals in Erfüllung gehen, daß sie an dem Widerstand der Arbeiterklasse Deutschlands zerschellen werden.

Auch unsere österreichische Bruderpartei steht gegenwärtig in einem der schwersten Kämpfe. In Österreich hat sich fast das gesamte Bürgertum ralliiert. Es glaubt den Ansturm der Arbeiterklasse aufhalten, ja die Sozialdemokratie zurückdrängen zu können. Es bedient sich im Kampfe gegen die Arbeiterklasse der verwerflichsten Mittel. Es sähet vor dem Verfassungsbruch nicht zurück; es ist dieses Bürgerturns Werk, wenn im österreichischen Parlament Methoden des Volkens ihren Einzug halten. Wir sind aber von der Überzeugung durchdrungen, daß die österreichische Arbeiterklasse, dieser Stolz der Internationale, den Sieg erringen wird!

In Ungarn, ist nach Bethlen und Karolyi Gömbös gekommen, der es, wie seine Vorgänger, als die vornehmste Aufgabe der regierenden Parteien ansieht, die Arbeiterklasse zu unterdrücken, die freie Meinungsäußerung zu knebeln.

Wir haben es für unsere Pflicht erachtet, einleitend unserer kämpfenden Brüder in den angrenzenden Ländern zu gedenken, sie unserer vollen Sympathie zu versichern.

Im Mittelpunkt der Erörterungen unseres Parteitages wird das

#### Koalitionsproblem

stehen. Einige bürgerliche Journalisten, die von dem Wesen der Sozialdemokratie auch nicht die geringste Ahnung haben, haben aus der Tatsache, daß einzelne Organisationen in der Frage des Koalitionsproblems eine negative Stellung einnehmen, dem geduldigen Leserkreis schon jubelnd

verkündet, daß auch in der Sozialdemokratie Uneinigkeit herrscht. Diese Loren, sie wissen nicht, daß es selbstverständlicher Wunsch unserer Partei ist, daß alle Meinungen und Auffassungen, die in unseren Organisationen herrschen, auch auf dem Parteitage in unverbüllter Form zum Ausdruck kommen. Die Stärke der Sozialdemokratie hat immer darin bestanden und wird immer darin bestehen, daß

jedes einzelne Parteimitglied, jeder Vertrauensmann das zum Ausdruck bringt, was ihn wirklich bewegt.

Der Verlauf des Parteitages wird die Herren davon überzeugen, wie alle Delegierten des Parteitages, alle sich aus dem Koalitionsproblem er-

nen mit ganz besonderer Freude willkommen heißen. — Die Auslandsvertretung der ukrainischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat den langjährigen Freund unserer Partei Genossen Paul Fedenko zu unserer Tagung entsendet. (Beifall.)

Und nun obliegt es mir, die Abgeordneten der tschechoslowakischen und polnischen Sozialdemokratie dieses Staates auf das herzlichste zu begrüßen. (Großer Beifall.) Wir haben uns in Smichov gelobt, mit den tschechischen Genossen zusammen zu arbeiten, alles daran zu setzen, damit das freundschaftliche Verhältnis eine Vertiefung erfahre. Das, was wir uns in Smichov gelobt haben, das haben wir

## Kabinet Malypetr ernannt.

(Nähere Meldungen auf Seite 5.)

gebenden Fragen erörtern und wie das Streben abzuhalten wird, sich zu einer Stellungnahme durchzusetzen, die aus dem ausschließlichen Interesse der Arbeiterklasse geboren ist.

Der Parteitag wird sich sehr eingehend und sehr ausführlich mit dem

#### Jugendproblem

beschäftigen. Er wird zu prüfen haben, ob die Methoden, die wir bisher für die Gewinnung der Jugend angewendet haben, noch der gegenwärtigen Zeit angepaßt sind oder nicht.

So wird denn dieser Parteitag, auf den die Blüte der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei gerichtet sind, außerordentlich wertvolle Arbeit zu leisten haben. Wir glauben aber gleich in der Einleitung zu diesem Parteitage unseren

Dank an unsere herrliche Parteimitgliedschaft, an unsere Vertrauensmänner

dardringen zu sollen, die sich in der abgelaufenen Zeit so herrlich geschlagen haben. Lassen Sie mich zum Ausdruck bringen, wie stolz wir auf unsere Organisationen, auf unsere prächtige Kampferfahrung sind, welche Freude uns besetzt, wenn wir feststellen können, daß auch in diesen schweren Krisenjahren

der organisatorische Apparat nicht die geringste Erschütterung erfahren hat.

Der Besuch des heutigen Parteitages beweist am besten, wie gemaltig das Interesse der Organisationen für die gegenwärtigen Zeitfragen ist. Fast 500 Delegierte wohnen diesem Parteitaget bei.

### Grüß an die Delegierten der Bruderparteien.

Genosse Kremser begrüßt vor allem und schon jetzt den Genossen Dr. Karl Renner, der erst nachts auf dem Parteitag eintreffen kann, als den Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie und der Internationale, unseren alten Lehrer und Meister, und unsere liebe Genossin Adelheid Popp (Beifall).

#### Begrüßungen.

Wir begrüßen den Vertreter der ungarischen Sozialdemokratie, den Genossen Rókus J. Lócs, und übermitteln gleichzeitig unseren herzlichsten Grüß der Arbeiterklasse Ungarns und wir geben der Zuversicht Ausdruck, daß die ungarische Arbeiterklasse die Anschläge der Reaktion erfolgreich abwehren wird. (Beifall.)

Zum erstenmal nehmen an einem Parteitag unserer Partei Vertreter der georgischen Sozialdemokratie teil. (Beifall.) Es sind dies die Genossen Lomashvili und Lomtadize, die ich im Namen aller Genossinnen und Genos-

sentlich gehalten und wir können wohl sagen, daß sich weit darüber hinaus unser Verhältnis zu den tschechischen Genossen außerordentlich innig und freundschaftlich gestaltet hat. (Erneuter Beifall.)

Die Schicksalsgemeinschaft mit unseren tschechischen Genossen hat sich in den größten Stürmen herrlich erprobt.

Wir sind davon durchdrungen, daß die Entwicklung des Sozialismus in der Tschechoslowakei zur Voraussetzung hat die Zusammenarbeit der beiden sozialdemokratischen Parteien, deren Werk auch die Verständigung der die Republik bewohnenden Völker sein wird. (Beifall.) Ich begrüße die Vertreter der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei: den Vorsitzenden der Partei Genossen Abgeordneten Dampf (Großer Beifall), Genossen Präsidenten Soukup (Starker Beifall), den Vizepräsidenten Genossen Stibin, den Genossen Kofel, den Generalsekretär der Partei, Genossen Lunder, und den Genossen Karl Kündl, auf das herzlichste. — Nicht minder herzlich begrüße ich die Vertreter der polnischen sozialdemokratischen Partei, die Genossen Chobot und Kolarba. (Bei Rennung jedes Namens erneut sich der Beifall.)

Die Internationale konnte leider einen Vertreter zu unseren Beratungen nicht entsenden. Es geht uns von der Internationale folgendes Begrüßungsschreiben zu:

### Der Grüß der Internationale.

Zürich, den 27. Oktober 1932.  
An den Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, Prag.  
Werte Genossen!

Wir bedauern außerordentlich, Euerer wiederholten freundschaftlichen Einladung zum Parteitag nicht Folge leisten zu können. Die großen Wahlkämpfe in Deutschland und Belgien, die politischen Schwierigkeiten und die Parlamentsstagnationen in anderen Ländern beschäftigen die Mitglieder unserer Exekutive so stark, daß eine ganze Reihe von Genossen, die wir bitten, die Vertretung zu übernehmen, uns abschlägige Bescheide erteilen mußten obwohl sie es alle sehr bedauerten, nicht an Eurer Tagung teilnehmen zu können. Auch der unterzeichnete Sekretär ist leider in der gleichen Lage. Ich sehr er es wünschen würde, seinen Besuch bei Euerer vor zwei Wochen stattfand, zu wiederholen, kann er jetzt, da er durch dringende Arbeiten in Zürich gehalten, nicht nach Prag kommen.

Wir müssen uns also leider darauf beschränken, auch auf diesem Wege die Wünsche der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zu übermitteln.

gilt, denen vor allem auch unsere Tätigkeit in der abgelaufenen Zeit gewidmet war. Wir haben keine Minute der abgelaufenen Zeit an diese von Not und Elend heimgegriffene Bevölkerungswirtschaft vergehen. Es ist auch außer Zweifel, daß es der gegenwärtige Parteitag als seine vornehmste Aufgabe ansehen wird, sich mit den wirtschaftlichen Problemen, mit ihren Auswirkungen und mit den Maßnahmen, die zur Linderung der Verhältnisse beitragen könnten, zu befassen. Der Parteitag wird zu prüfen haben, inwieweit der Parteivorstand, inwieweit die parlamentarischen Vertreter, und inwieweit vor allem unser Genosse Dr. Czech als Vertreter der Partei in der Koordination der Aufgabe, den Opfern der Krise zu helfen, gerecht geworden sind.

Die große Zahl der Arbeitslosen ist eine neuerliche eindringliche Lehre, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung immer wieder Not und Elend ungeborener Massen erzeugt. Die Vorgänge in der Weltwirtschaft, die bis in ihre Grundfesten erschüttert ist, zeigen uns, daß kein Land der Welt von der Wirtschaftskrise verschont geblieben ist. Überall, in allen Staaten, sehen wir, daß die Zahl der Arbeitslosen wächst, und alle Mutmaßungen, mit denen uns auch hervorragende Wirtschaftspolitiker beruhigen wollten, indem sie eine Besserung der Verhältnisse auf dem Wirtschaftsmarkte festgestellt haben, haben sich als trügerisch erwiesen. Es sind nicht die geringsten Anzeichen dafür vorhanden, daß die nächste Zeit eine Besserung der Verhältnisse bringen wird.

Wir gehen also zweifellos einem der schwersten Winter entgegen. Als christliche Sachwalterin der Interessen der Arbeiterklasse wird die Partei in dieser Zeitperiode vor die schwerste Aufgabe gestellt werden.

Die politische Perspektive, die sich uns heute eröffnet, ist nicht viel rosigter als die wirtschaftliche. In Deutschland, in Österreich, in Ungarn tobt wider Kampf des Bürger-

Wir wissen, daß gerade die deutsche Arbeiterschaft in der Tschechoslowakei am härtesten von der Wirtschaftskrise betroffen ist, daß in den alten Hochburgen Erwerbslosigkeit durch den Rückgang der Exportindustrie die Arbeiterschaft vor die schwersten Aufgaben gestellt wird.

Überall in Mitteleuropa wird das politische Leben beherrscht von der Auseinandersetzung zwischen der faschistischen Reaktion und der Arbeiterklasse. Die tschechoslowakische Republik hat sich bisher als Damm gegen die Konterrevolution in Mitteleuropa bewährt. Dafür zu sorgen, daß es auch künftig so sei, ist heute eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakischen Republik. Besondere Anforderungen stellt dieser Kampf an die Genossen im deutschen Sprachgebiete, die sich gegen die Veruche der Einschleppung der nationalsozialistischen Sündenböcke zu wehren haben.

Die solidarische Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Arbeiterparteien in der Tschechoslowakischen Republik hat nicht nur ihnen in den letzten Jahren bedeutende Erfolge gebracht, sondern auch in der ganzen Internationale größte Genugtuung ausgehört. Wir kennen die großen Schwierigkeiten, die sich dem Gedanken der internationalen Solidarität entgegenstellen, wenn er in harter täglicher Arbeit in die Praxis umgesetzt werden muß. Aber wir hoffen, daß auch in der Zukunft diese internationale Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Arbeiterparteien in der Tschechoslowakei als hohes Gut gewertet werde und die gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse aller Nationen Europas Fortschritt bringe und noch gesteigert werde.

In diesem Sinne wünscht das Sekretariat der S. A. J. den Beratungen-Europas Parteitages den besten Erfolg.

Mit sozialistischen Grüßen:  
Friedrich Adler m. v.

Begrüßungsschreiben sind eingelangt u. a. von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, der Schweiz, Schwedens und der Auslandsvertretung der russischen Sozialdemokratie.

**Ehrung unserer Toten.**

Bevor wir in die Verhandlungen des Parteitages eingehen, obliegt es mir noch, eine traurige Pflicht zu erfüllen — die Delegierten erheben sich — und aller Jener zu gedenken, die uns während der abgelaufenen Periode verlassen haben. Wir sind außerstande alle anzuführen, die uns im Laufe dieser Zeit entzogen wurden. Es ist nur eine Reihe unserer Besten, die wir im Bericht an den Parteivorstand nennen konnten. Wir wollen hier noch die Namen an uns Remue porriren lassen und uns noch einmal das selbstlose und unerwüßliche Wirken dieser Kämpfer vor Augen führen. Es sind die Genossen Franz Masar, Franz Restabel, Georg Zimmerer, Otto Walsch, Dominik Löw, Otto Schwarz, Eduard Berner, Julius Rasch, Heinrich Kalmar, Franz Pallasch, Rudolf Hirsch, Karl Lorenz, Emil Gunkel, Ferdinand Seidel, Max Pachel, Viktor Gottlob, Franz Schütz, Eduard Lust, Bruno Berner, Josef Hoffmann, Rudolf Rühl, Otto Dittmar, Siegfried Sack, Wenzel Waberlich, Adolf Reipner, Franz Dimof, Wilhelm Wenzel.

Von bekannten Führern der Internationale wurden uns entzogen: Franz Domes, Jakob Bistiner, Hermann Müller, Mathias Enderich, Wilhelm Bod, Friedrich Austerlich, Gustav Haberman, Filippo Turati, Albert Thomas, Johann Janecel. Wir wollen allen ein ehrendes Andenken bewahren.

Und nun wollen wir an die Arbeit gehen.

Vor allem gilt es den Parteitag, den ich hiermit als eröffnet erkläre, zu konstituieren. Die zu erteile ich Genossen Taub das Wort.

**Die Konstituierung des Parteitages.**

Ueber Vorschlag des Genossen Taub wählt der Parteitag folgendes Präsidium: als Vorsitzende die Genossen Heinrich Kremser, Eugen de Witte, Franz Köglar, Richard Schönsfelder und Irene Kirpal; als Schriftführer: Miji Rahay, Emil Aufsch, Heinrich Wondraf, Rudolf Biska und Wenzel Krippner.

**Gruß des Parteitages an die SPD.**

Nach der Konstituierung empfiehlt das Präsidium durch den Mund des Vorsitzenden Genossen Kremser unter Beifall die Uebermittlung folgenden Telegrammes an die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Der am Samstag, den 29. Oktober, in Prag zusammengetretene, von mehr als 500 Delegierten besetzte Parteitag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik übermittelte der Sozialdemokratie Deutschlands die herzlichsten freundschaftlichsten Grüße. Die subetn-deutsche Arbeiterschaft verfolgt mit einem außerordentlichen Interesse den schweren heldenmütigen Kampf, den die Arbeiterklasse Deutschlands um Demokratie und Freiheit gegen alle reaktionären Elemente führt. Der Kampf geht um die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse und wir hoffen und wünschen, daß dem schweren Kampf der deutschen Arbeiterklasse schon am sechsten November ein glücklicher Erfolg beschieden sein möge.

Der Vorsitzende teilt weiter mit:

In Prag stehen die Arbeiter der Kakaofabrik Walter in einem schweren Lohnkampf. Ich verdolmetische sicher die Gefühle des Parteitages, wenn ich diese Arbeiter der wärmsten Sympathie versichere und ihrem Kampfe den besten Erfolg wünsche.

**In memoriam Karl Cermak.**

Ueberrnorgen, so fährt Kremser fort, fährt sich zum achtenmal der Tag, an welchem uns unser unvergesslicher Führer und Freund Karl Cermak entzogen wurde. Der Parteitag stimmt zweifellos zu, daß wir am Montag durch eine Abordnung einen Kranz an der Stätte dieses unvergesslichen Menschen niederlegen lassen.

Genosse Taub schließt Tagesordnung und Geschäftsordnung vor; — sie werden einstimmig genehmigt.

**Die Begrüßungen.**

Mit stürmischem Beifall empfangen, begrüßt den Kongreß als erster namens der tschechischen Sozialdemokratie

Abgeordneter Genosse Hampf:

Er gibt zunächst in tschechischer Sprache der Genugtuung darüber Ausdruck, daß er im Kreise der deutschen Sozialdemokratie weile.

Je schwerer die Verhältnisse sind, unter denen wir arbeiten, desto tiefer muß unsere gemeinsame Solidarität sein.

Die Verhältnisse, unter denen wir leben, sowohl im Inland als auch im Ausland, belehren uns darüber, daß nur die vereinten Kräfte der Arbeiterschaft sich mit Erfolg gegen die vorwärtschreitende Reaktion behaupten können. Diese Reaktion will nichts anderes, als daß alle Lasten der Krise überwälzt werden auf den Rücken der arbeitenden Menschen. Je schwieriger diese Verhältnisse werden, desto mehr muß in uns die unverbrüchliche Solidarität erwachsen, zu der wir am Smichover Kongreß den Grund gelegt haben. Genosse Hampf fährt dann deutsch fort: Die Anwesenheit der Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie auf diesem Kongreß ist keine bloße Geste, sondern wir sind hier als ein Teil jener sozialistischen Gemeinschaft erschienen, auf die das arbeitende Volk in diesen verzweiflungsvollen Stunden mit Vertrauen und Hoffnung blickt. Gerade in diesem Augenblick wird das demokratische Regime überall durch Faschismus und Kapitalismus scharf angegriffen. Umso härter tritt uns heute die Bedeutung des Smichover Kongresses hervor.

In der Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie wird uns kein nationalisistischer Anglist wankend machen (Beifall),

von welcher Seite er immer kommen mag. Die Ereignisse in Deutschland und Oesterreich sind für uns eine Belehrung darüber, daß jede nationalisistische Verheißung nichts anderes ist als die Vorbereitung für die wirtschaftliche und politische Reaktion. Deswegen werden wir für ein friedfertiges Zusammenleben der Nationen in diesem Staate hinarbeiten und wir halten die Ablehnung nationalisistischer Leidenschaften für die erste Voraussetzung einer demokratischen Regierung. (Beifall.)

Wir feiern jetzt gerade das dreijährige Jubiläum der gegenwärtigen Koalitionsregierung. Die Kooperation von Sozialdemokraten und Bürgerlichen in einer Regierung ist nicht leicht. Umso rührender können wir die Tätigkeit der sozial-

Zodann werden gewählt: in die

**Wahlkommission**

Ernst Brünner-Lodenbach, Schäfer-Brünn, Zinkl-Landstron, Deitler-Karlshof; Kaplen-Pilsen, Zahmer-Prag, Heger-Steinburg, Roscher-Heidenberg; Häusler-Sternberg, Reichl-Romolan, Unger-Trautenau, Dr. Haas-Mähr-Litau, Dr. Heller-Teplitz-Schönan, Bögl-Aussig; Taub-Prag, Irene Kirpal-Aussig, Miji Rahay-Brünn; Elze Schäfer-Heidenberg, in die

**Antragsprüfungskommission**

Kögler-Lodenbach, Wella-Brünn, Trem-Landstron, Kap-Falkenau, Pajal-Pilsen, Dr. Strauß-Prag, Dr. Adler-Freihburg, Böwis-Heidenberg, Lorenz-Teplitz, Palmer-Itaneran, Heeger-Jägerdorf, Biska-Sternberg, Dr. Heller, Adolf Bohl, Taub, Blatny, Schäfer, Zoll-Troppau.

demokratischen Vertreter in dieser Regierung hervorheben, insbesondere des Genossen Dr. Czeh, dem wir für seine außerordentliche Arbeit unsern herzlichsten Dank aussprechen. In den drei Jahren hat es zwischen dem Vertreter der deutschen Sozialdemokratie und den Vertretern der tschechischen Sozialdemokratie in der Regierung nicht die leiseste Verstimmung gegeben. Wir wissen, daß für die deutschen Genossen der Eintritt in die Regierung schwerer war, als für uns. Und wir haben es stets als die stärkere Bruderpartei für unsere Pflicht und Aufgabe gehalten, der deutschen Sozialdemokratie die Situation zu erleichtern. Das wollen wir auch künftig tun. Wir haben durch unsere Mitarbeit der Demokratie gedient und betrachten als unsere Hauptaufgabe die Linderung der Krise der Arbeitsbeschaffung.

Unsere Kräfte werden auch weiterhin der Besserung des furchterlichen Loses der von der Krise am ärgsten betroffenen Schichten der Arbeiter sein. Die deutsche Sozialdemokratie und insbesondere Dr. Czeh waren der Gegenstand der heftigsten Angriffe der chauvinistischen Presse und es wurde dem Genossen Dr. Czeh insbesondere vorgeworfen, daß er die deutschen Gebiete des Landes bevorzuge. Wir wissen alle, daß Genosse Dr. Czeh ein gewissenhafter Verwalter ist, daß das deutsche Gebiet Industriegebiet ist, und als solches von der Krise am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurde und wir alle wissen,

daß die Angriffe nur erhoben wurden, um die nationalisistischen Leidenschaften zu erhitzen. (Beifall.)

Wir gehen schweren Zeiten entgegen, aber wir wollen alle Fragen in gemeinsamer, enger Zusammenarbeit der Lösung zuführen.

Diese Zusammenarbeit ist die Voraussetzung für die Entwicklung des Sozialismus in der Tschechoslowakischen Republik. Das in Smichov geschaffene Werk muß behütet werden.

In diesem Sinne wünsche ich den Beratungen des Parteitages den besten Erfolg. (Großer, langanhaltender Beifall.)

Nun überbrachte Genosse Monus-Budapest die Grüße der ungarischen Sozialdemokratie. Erschüttert von dem eindrucksvollen Bild des Parteitages ruft er aus, daß das ungarische Proletariat sich glücklich schätzen würde, könnte es in seinem Land eine solche Bewegung entfalten. Es ist für einen Sozialisten ras dem unter dem Druck der Konterrevolution stehender Ungarn

ein stärkendes Erlebnis, diesem Parteitag beizuwohnen zu können. Genosse Monus rief den Delegierten zu, mit aller Hingabe für die Erhaltung und Ausgestaltung der bisherigen Errungenschaften einzustehen.

Auch Jüze Lage ist wohl eine schwere. Aber die Lage der ungarischen Arbeiterklasse ist überdies noch auch durch politische Verfolgungen viel schwerer. Die ungarische Arbeiterklasse hatte bereits 13 Jahre lang einen harten Kampf gegen die Konterrevolution zu führen. Aber es scheint, daß dieser Kampf jetzt bei dem entscheidenden Abschnitt angelangt ist. Die Agrarkrise und die mitteleuropäische Finanzkatastrophe haben das konterrevolutionäre Regime in Ungarn erschüttert. Das größte ungarische Problem ist zweifellos die Abschaffung der Fideikomisse und der Kirchengüter. Nur dadurch könnten die beschlagnahmten Bauern in Ungarn zu Boden und Erträgen gelangen. Die Agrarkrise hat die Klassengegensätze zwischen Großgrundbesitzern und dem Landproletariat außerordentlich verschärft. Aber auch die Gegensätze zwischen den Großagrariern und den Banken sowie Kartells spitzen sich scharf zu. Dergleichen wird die Lage der ohne jede Unterstützung dem Elend preisgegebenen Industriearbeiter und Angestellten immer katastrophaler.

Jetzt beginnt ein neuer Kampf. Die Konterrevolution hat ihre letzte Reserve eingesetzt und glaubt, diese Gürtung im ganzen Lande mit ihren faschistischen Methoden unterdrücken zu können. Die Gömbös-Regierung ist eine faschistische Regierung. Diese will mit militärischer Schneidigkeit die Sozialdemokratie ausrotten. Als erste Tat der Gömbös-Regierung war die Einstellung des Erscheinens des sozialdemokratischen Parteiorgans „Kepzava“ auf die Dauer von acht Tagen. Die Arbeiterklasse Ungarns könnte jetzt nach 13jährigem Kampf über das in eine katastrophale Lage geratene und vor ihrem Zusammenbruch stehende konterrevolutionäre Regime einen Sieg erringen, wenn dieses durch den Vorstoß des internationalen Faschismus in Mitteleuropa nicht eine Kräftigung gefunden hätte. Alle ihre Hoffnungen setzt die ungarische Konterrevolution jetzt nur mehr auf diesen. Wir können das Ergebnis des neuen Versuches schon jetzt feststellen. Die ungarische Klassenherrschaft, die Herrschaft der Großgrundbesitzer kann nicht weiter aufrechterhalten werden.

Industriearbeiter und beschloß Bauernschaft stehen nun in gemeinsamer Front im Kampfe gegen diesen faschistischen Versuch und wollen ihre Freiheit, ihr Recht und den ihnen vorenthaltenen Boden — die Möglichkeit ihrer Existenz — gemeinsam verteidigen. Dieser Kampf wird an Härte die bisherigen überreffen. Diesen Kampf müssen wir unter dem Banner der Sozialdemokratie mit Überwilligkeit und Entschlossenheit führen. In diesem Kampfe hoffen wir, werde Genossen und Genossinnen, auf Ihre brüderliche Solidarität und Hilfe. (Starker Beifall.)

Kamlatits-Georgien: Ich überbringe die Grüße der georgischen Sozialdemokratie und freue mich, feststellen zu können, daß die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und tschechischen Arbeitern dieses Landes gute Fortschritte macht; und zu einem Vorbild für alle Parteien der Internationale geworden ist. Das Schicksal der georgischen Sozialdemokratie ist tragisch. Als es uns gelang war, durch die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte den Faschismus zu bürzen, hatten wir Georgien neu auf unsere Arbeit wurde vernichtet durch das Eindringen der Bolschewiken, die eine schrankenlose Diktatur errichteten und die Sozialdemokraten in den Kerker warfen. Die georgische Sozialdemokratie steht fest und treu zur sozialistischen Arbeiterinternationale. (Beifall.)

Jedens-Ukraine: Der Parteitag, den ich im Namen der ukrainischen Sozialdemokratie herzlich begrüße, tagt in der Zeit der schwersten Krise. Ich zweifle nicht daran, daß er die angemessenen politischen Richtlinien finden wird. Wir Ukrainer leiden unter zwei Uebeln: unter der Utopie des Bolschewismus in der Sowjetunion und unter dem polnischen Faschismus, der die ukrainische Bevölkerung grausam verfolgt. In der Sowjet-Ukraine, die als das Musterland des Sozialismus hingestellt wird, herrscht unter den Arbeitern und Bauern die größte Not. Wir glauben nicht, daß die bolschewistische Diktatur der Weg zum Sozialismus ist und hoffen, daß es dereinst gelingen wird, auch mit den im Osten wirkenden Kräften gemeinsam den Weg zum Sozialismus zu gehen. (Beifall.)

Chobot (polnische Genossen in der OSR): Der Vorstand der Polnischen sozialistischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik beauftragte mich, die herzlichsten und brüderlichsten Grüße der polnischen Arbeiter zu überbringen. Ich tue dies um so lieber, als ich selbst seit mehr als 25 Jahren in enger Freundschaft mit den deutschen und tschechischen Organisationen zusammenarbeite. Jahrzehntlang währt auch die Zusammenarbeit der polnischen und deutschen Genossenschaften. Die polnischen Arbeiter sind dem Genossen Dr. Czeh, der auch für die polnischen Gebiete sehr viel geleistet hat, ungemein dankbar und wünschen, daß er im Interesse der Arbeiterklasse noch lange an seinem Posten ausdauern möge. Die polnischen sozialistischen Arbeiter werden auch weiterhin gemeinsam mit den Arbeitern der übrigen Nationen unter dem Banner der Sozialistischen Arbeiterinternationale um den Sozialismus kämpfen. (Beifall.)

Der Vorsitzende teilt mit, daß ein Begrüßungstelegramm der finnischen Sozialdemokratie eingelangt ist. Er dankt den Rednern für ihre freundschaftlichen Worte und erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie dieses Landes bestrebt sein wird, ihre Pflichten gegenüber dem internationalen Zusammenwirken der Arbeiter zu erfüllen. Sodann erteilt der Vorsitzende unter großem Beifall des Kongresses dem Genossen Dr. Czeh das Wort zu seinem Referate über die politische und wirtschaftliche Frage.

**Braun bei Hindenburg.**

**Keine Annäherung in der Hauptfrage.**

Berlin, 29. Oktober. Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen und den preussischen Ministerpräsidenten Braun zur Aussprache über die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes geschaffene Lage.

Der Reichspräsident führte einleitend aus, daß der Streit zwischen Reich und Preußen über die Verordnung vom 20. Juli durch das Urteil des Staatsgerichtshofes erledigt sei und daß er und die Reichsregierung sich in jeder Beziehung auf den Boden des Urteils stellten. Es müsse beiderseits der loyale Versuch gemacht werden, eine praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Ministerpräsident Braun erwiderte, daß das preussische Kabinett sich selbstverständlich ebenfalls auf den Boden des Urteils stelle. Er gab daraufhin eine Darlegung seiner Auffassung von den Folgen, die aus dem Urteil zu ziehen seien. Das Staatsministerium müsse in die ihm zuerkannten Rechte wieder eingesetzt werden.

Die Bequignisse des Reichs-Isomiffars sollten, wenn sie überhaupt noch nötig wären, auf solche Maßnahmen beschränkt werden, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig seien.

Mit den personellen Veränderungen solle aufgehört werden. Ueber die Vereinfachung und Zusammenfassung der Verwaltungen im Reich und in Preußen könnten alsdann Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der preussischen Regierung stattfinden.

Reichskanzler von Papen erklärte zunächst, daß die Reichsregierung die personelle Integrität des preussischen Ministerpräsidenten und seiner

Amiskollegen nicht angezweifelt habe und daß nur staatspolitische Erwägungen zu ihren Maßnahmen geführt hätten.

Er legte dann seine Auffassung der Lage dar und betonte, daß der Reichs-Isomiffar sich nicht darauf beschränken könne, nur für den Schutz von Ruhe und Ordnung zu sorgen, sondern weiter die gesamte Exekutive einheitlich in der Hand behalten müsse.

Der preussische Ministerpräsident betonte, daß er demgegenüber auf seinem eingangs dargelegten Standpunkt beharre und insbesondere der Durchführung der Verwaltungsreform ohne Vereinfachung mit der preussischen Staatsregierung widerspreche. Eine Einigung hierüber wurde nicht erzielt.

**Die Königsberger Nazi-Terroristen vor Gericht.**

Königsberg, 29. Oktober. Vor dem Sondergericht begann heute vormittags der Prozeß gegen 19 Nationalsozialisten, die beschuldigt werden, an den Terrorakten vom 1. August beteiligt gewesen zu sein. Zunächst wird gegen elf Angeklagte verhandelt, denen vorgeworfen wird, einen zweiflügeligen Schuppen und eine Laube vorläufig in Brand gesetzt und mehrere Wohngebäude beschädigt zu haben.

Der Angeklagte Hans Günther, den man als Adelsführer ansieht, erklärte, er verweigere die Aussage. Die übrigen Angeklagten schlossen sich der Aussageverweigerung an.

# Die große politische Rede des Genossen Dr. Czedi.

## Unser Parteivorstand über die wirtschaftliche und politische Lage.

Selten hat unsere Bewegung einem Parteitag mit so brennender Ungebuld entgegengekehrt, als gerade diesem.

Witten im bestigsten Krisenstadium steht unsere Partei an beratendster Stelle — der Macht der fürchterlichen Krisenwirkungen, aber auch dem konjunkturalen Feuer einer geschlossenen Phalanx loyaler Gegner angefeuert. Ist sie, fragen wir uns, in der zurückliegenden Berichtsperiode ihre großen und läuternden Mission gerecht geworden? Hat sie sich den Aufgaben, die ihr das fürchterliche Leid der

Arbeiterklasse auferlegt, gewachsen gezeigt? Sind ihre führenden Vertrauensmänner in den ungezählten schicksalsschweren Situationen ihren Grundgesamten treu geblieben? Haben die obersten Instanzen der Partei, hat ihre parlamentarische Vertretung, vor allem der Parteivorstand, in jeder Lage ihre Pflicht erfüllt? Dies wird der Parteitag zu beantworten haben. Er wird aber auch zu den großen Problemen Stellung nehmen müssen, die sich auf dem Gebiete der internationalen Politik, vor allem aber aus dem schweren Krisenstand für die Arbeiterklasse und für unsere ganze Bewegung ergeben.

## Die Wirtschaftskrise.

Die enge Verflochtenheit unserer Wirtschaft mit der Weltwirtschaft, der Politik unseres Landes mit der internationalen Politik, aber auch die innige Verbundenheit unseres Proletariats mit dem der ganzen Welt bringt es naturgemäß mit sich, daß die großen internationalen Probleme auch an uns drängend heranreten.

Angesichts der enormen Größe des Stoffes werden Sie es sicher verstehen, wenn ich in meinem Referate, welches vor allem den augenblicklich brennendsten Notwendigkeiten unseres Kampfes gewidmet sein muß, so manches der Probleme nur werde streifen können.

Unser Parteitag tritt in einer wahren Schicksalsstunde der Arbeiterklasse zusammen. Die schwere wirtschaftliche und politische Krise hat die politischen Machtverhältnisse an den entscheidenden Punkten Europas grundlegend geändert. Zu den bestehenden Diktaturen haben sich in der letzten Zeit andere gestellt, die den Frieden Europas auf das schwerste bedrohen. Nimmt man noch die scharfe Rechtsentwicklung in einer ganzen Reihe von Ländern dazu, so kann ruhig gesagt werden, daß bis auf wenige Staaten.

### Europa im Zeichen eines ausgesprochenen Rechtskurzes

lebt, und daß es zu einem Großteil die Seite der Konterrevolution geworden ist. Das gilt vor allem von Deutschland. Dort ist die Gefahr eines Bürgerkrieges, an dem sich ein großer europäischer Brand entzünden könnte, noch immer nicht gebannt. Die Verhältnisse, welche ungeheure Bedeutung die Vorgänge in Deutschland, die Einzelheiten der internationalen Konterrevolution für unsere Bewegung haben, dies nicht nur, weil sie in so tiefgehender Weise das Schicksal des internationalen Sozialismus berühren, in dessen Kampfgebiet sich auch das subindustrielle Proletariat mit Stolz einreihen darf, nicht nur weil sie die deutsche Arbeiterklasse betreffen, deren Kampf um die Freiheit und Demokratie unsere Arbeiterschaft mit den heißesten Wünschen begleitet, sondern weil die Vorgänge in Deutschland in hohem Maße auch das Schicksal unseres Landes mitbestimmen und der Niedergang der Demokratie in Deutschland und Europa, die Aufhebung der parlamentarischen Kräfte, wie wir sie in unsrerem Lande wahrnehmen können, auch den umliegenden Staaten wahrnehmen können, auch die Demokratie und ihrer Einrichtungen hinrichten, lebendig machen. Hier erweist unsere Bewegung die Aufgabe, der Arbeiterklasse die Gefahren aufzuzeigen, welche sie umlaufen, jedem Versuch der Unterminierung der Demokratie und ihrer Einrichtungen mit aller Macht entgegenzutreten und sie als den einzigen Boden, auf dem das Proletariat seine Kämpfe zu führen, die Reaktion abzuwehren und die Macht zu erringen vermag, mit der größten Leidenschaft zu verteidigen.

Es ist wahr, daß die letzten Vorgänge in Deutschland, daß die gewalttätige, von einem Großteil der Bevölkerung lebhaft ruhig hinengenommene Ausräumung der Demokratie und ihrer Einrichtungen die Hoffnungen auf die Demokratie in hohem Maße herabgedrückt und daß der Selbstmord der Demokratie durch die Wohlantidemokratische Parteien das Vertrauen in sie auf das tiefste erschüttert hat, aber nichts wäre verheerender, als aus allen diesen Tatsachen durch eine rein oberflächliche Betrachtung der Dinge die Demokratie einfach über Bord werfen zu wollen. Und so wird eine tiefgründige Analyse der Verhältnisse und Vorgänge in Deutschland erweisen, daß, wenn etwas verstanden hat, es sicher nicht die Demokratie gewesen ist, sondern die Menschen, die nach den vielen Jahren der Not und Bedrängnis nach den vielen Jahren der Demütigung und Verachtung jeden Halt, aber auch den Glauben an die Demokratie verloren und sich dem Faschismus in die Arme geworfen haben.

Auch wir werden uns, um mit den Worten Marx zu sprechen, dem „höchst notwendigen Stück Arbeit“, die Ursachen der scheinbaren Versalborfahrungen der Demokratie und ihrer letzten Mißgriffe zu erörtern, untersuchen müssen und das Ergebnis wird sein, daß zu allen pessimistischen Betrachtungen kein Anlaß vorhanden ist.

Doch überdies kein Anlaß vorliegt, an der Demokratie und ihren Einrichtungen, an dem allgemeinen politischen Wohlstand und dem Stimmzettel zu zweifeln, sehen wir gerade in der letzten Zeit an einer ganzen Reihe erquicklicher Wahlgänge. Abgesehen von dem etwas weiter zurückliegenden herrlichen Reichertischen Wahlergebnisse hatte das internationale Proletariat gerade in den letzten Monaten stolzen Wahlsieg der französischen Arbeiterklasse einen prächtigen Wahlgang der dänischen Genossen, den glänzenden Wahlsieg bei den belgischen Genossen und — als ganz besondere Lichtpunkt — den letzten Wahlgang unserer schwedischen Genossen zu verzeichnen. Wir ver-

weisen also nicht an der Demokratie, sondern glauben an sie auch weiter, trotz aller Mängel, die ihr anhaften und obwohl von ihr noch ein weiterer Weg zur sozialen Demokratie führt, die wir alle so heiß ersehnen.

**Wir bleiben also auch weiter bei der Erkenntnis, daß die Demokratie aufs engste mit dem Kampfe um den Sozialismus verknüpft ist und daß es ohne Freiheit und ohne Demokratie keinen Sozialismus gibt.**

Dies waren auch die Ermüdungen, die uns auf dem gründenden Teplitzer Parteitag veranlaßten, in unserer Prinzipienklärung klar und deutlich auszusprechen,

daß die Demokratie ein geeigneter Boden ist, auf dem der Klassenkampf des Proletariats gegen die bestehende Klasse ausgetragen werden kann. Die unmittelbare programmatische Aufgabe der Partei ist es, das Proletariat und damit die Mehrheit der Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen und unter Ausnutzung der demokratischen Einrichtungen des Staates die politische Macht zu erobern, die Regierung und Verwaltung des Staates zu übernehmen und sich ihrer zur Durchführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung zu bedienen.

Mit diesem Standpunkte stehen wir auf dem Boden der Beschlüsse des letzten Wiener internationalen Arbeiterkongresses.

Selbstverständlich muß Hand in Hand mit dem Kampfe um die Demokratie auch der

### Kampf um die Abrüstung und um den Frieden

gehen. Leider haben alle bisherigen Bemühungen um Herbeiführung der Abrüstung Schiffbruch erlitten. Der blutige Waffengang im Fernen Osten, die zunehmende Aufrüstung der kapitalistischen Staaten macht es dem Proletariat zur Aufgabe, alle seine Kräfte zur Sicherung des Friedens und zur Erzwingung der Abrüstung anzuspannen und angesichts der drohenden Gefahren allein jene Aufgaben zu übernehmen, zu deren Annahme der Kapitalistenklasse der gute Wille fehlt und deren Erfüllung die Zusammenarbeit der Völker ermöglichen und zur Überwindung jener schweren sozialen Wunden führen wird, die durch die Weltwirtschaftskrise und ihre katastrophalen Auswirkungen angelegt wurde.

Nicht erfreulicher als auf politischem, liegen die Verhältnisse im Weltwirtschaftsbereich. Hier erleben wir jetzt jene Erscheinungen, die Karl Marx als die Phase der

### Revolution der Produktivkräfte gegen das Privateigentum

bezeichnet. Wohin wir auch blicken mögen — in die Siegerländer oder die der Besiegten — überall sieht man die schwerste Erschütterung der Fundamente der kapitalistischen Wirtschaft. Zeit mehr als drei Jahren laßt der lähmende Druck der Krise auf der industriellen und agrarischen Produktion. Er steigert sich mit zunehmender Dauer. Das letzte Jahr brachte eine ganz besondere Verschärfung. Die kommenden Wintermonate lassen eine weitere Verschlimmerung befürchten. Der gesamte internationale Wirtschaftswelt ist vernichtet, der Weltmarkt schmelzt, die industrielle Produktion demunert und in ihren Ausmaßen um Dezennien zurückgeworfen, der Kredit- und Währungsmechanismus ist zum Teile ins Wasser gebracht, zum Teile vollständig zerstört. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker ist teils auf das äußerste erschwert, teils vollständig unterbrochen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in ständigem Wachsen. Die industrielle Refervearmee hat gigantische Ausmaße erreicht.

### Von rund 100 Millionen Menschen, die unter normalen Verhältnissen im Produktionsprozeß der Welt tätig sind, sind 30 Millionen brotlos geworden

und mit ihnen die ungeheure Zahl darhender Familienangehöriger. Wieder ist der Augenblick des schmerzlichen Widerstandes der Arbeiterklasse gekommen. Die Kapitalistenklasse hat ihn weidlich ausgenutzt, die Lohnskruade wieder angelegt und die Löhne der noch in Beschäftigung stehenden Arbeiter in empfindlicher Weise herabgedrückt. So hat denn die Arbeiterklasse zum allergrößten Teil die Kosten der Krise zu tragen.

Verstärkt wird die Lage der Arbeiterklasse dadurch, daß ein Großteil derselben infolge Technologisierung und Automatisierung der Produktion — selbst für den Fall eines wirtschaftlichen Umschwungs — keine Hoffnung mehr hat, zur Arbeit zurückzukehren und — wenn nicht resolut zugegriffen wird — definitiv in der industriellen Refervearmee eingeschlossen bleibt.

Das Tragische dabei ist, daß das internationale Proletariat in diesem Augenblicke in Defensivstellung gedrängt ist und — hat, dem fürchterlichen Sturm der Krise den wichtigsten Anschlägen der Unternehmungsklassen paragrafen.

Durch die kommunistische Wählerarbeit gespalten, durch den nationalsozialistischen Einbruch geschwächt, vermag es augenblicklich nicht zum entscheidenden Schlage gegen den Kapitalismus auszuholen

und muß alle Kräfte anspannen, um seine bisherigeren Errungenschaften wenigstens in ihren entscheidenden Punkten verteidigen zu können.

Es tritt — wie das kommunistische Manifest sagt — offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelnde Säule aufzuzwingen. Sie ist unfähig, ihren Sklaven die Existenz — selbst innerhalb ihrer Sklaverei — zu sichern.

Und nun, Genossen, gestatten Sie mir, daß ich mich der Wirtschaftskrise und ihren Auswirkungen zuwende und einige allgemeine Betrachtungen an die Spitze meiner Ausführungen stelle. Die Frage, die die von der Krise auf das härteste betroffenen Schichten, das ist vor allem die Arbeiterklasse, ganz besonders bewegt, ist, ob die Krise, die wir jetzt durchleben, eine dauernde, also die letzte Krise oder eine jener Krisen ist, die in der Wellenlinie des marxistischen industriellen Zyklus liegt und eine allmähliche wirtschaftliche Besserung und einen neuen Aufschwung hervorruft, der wieder den Keim neuer Krisen in sich birgt und neue Krisen vorbereitet wird. Die Antwort ist von selbst gegeben.

**Es gibt niemanden, der behaupten würde, daß dies die letzte Krise ist**

und daß sie, auch wenn sich der genaue Zeitpunkt nicht errechnen läßt, vom Kapitalismus nicht mehr überwinden werden kann. Denn der Kapitalismus besitzt heute noch immer so viel Lebenskraft, um auch diese schwerste aller Krisen überleben zu können. Die Frage ist nur, wie lange sich noch der schwere Krankheitsprozeß der Wirtschaft hinziehen und wann der Genesungsprozeß einsetzen wird.

Und indem wir all dies vorausgeschickt haben, sind wir bei

### dem sogenannten Silberstreifen

angelangt. Die kapitalistischen Kreise knüpfen da an eine ganze Reihe von Momenten an, denen sicherlich eine gewisse Bedeutung in der Richtung der erhofften Entspannung nicht abgesprochen werden kann. Man verweist auf Lausanne und die Lösung des Reparationsproblems, auf das Steigen der Rohstoffpreise, auf die Verlangsamung im Welthandelsrückgang, auf die, wenn auch langsame, so doch deutlich sichtbare Entleerung der Lagerbestände, auf den Anstieg der Kaufkraft, auf eine gewisse Geldfülle und kommt so zu optimistischen Prognosen. Und während so im kapitalistischen Lager das Bild vom „Silberstreifen“ in allen Varianten gelungen wird, sehen wir die Massenarbeitslosigkeit immer mehr andauern, den Produktionsprozeß weiter schrumpfen, die politische Unsicherheit, eine der Hauptursachen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, in allen Ländern immer mehr anwachsen und finden am weiten Horizont nichts, was das Steigen des Konjunkturbarometers befähigen, für eine beginnende Wiederbelebung des zerstörten Produktionsapparates, für die Wiedereinstellung neuer Arbeitskräfte, für die Hebung der Kaufkraft der Massen sprechen würde. In Wirklichkeit liegt die Wahrheit in der Mitte, daß nämlich

wohl Anzeichen einer beginnenden wirtschaftlichen Besserung bestehen mögen, daß sie aber im Wesen vorübergehender Natur sind, jedenfalls nicht tiefgreifend genug, um den erhofften Konjunkturaufschwung herbeiführen und dem schweren Krisenzustand ein Ende bereiten zu können.

In unserem Lande sind aber auch die spärlichen Besserungsansätze, von denen an früherer Stelle die Rede war, nicht vorhanden und die Krise leider weiter noch immer im Stadium ständiger Verschärfung. Der Silberstreifen ist also wieder gänzlich verblüht. Darum läßt sich die Arbeiterklasse durch den kapitalistischen Schlummerpunkt, der ihr in letzter Zeit in ausgiebigen Schreien dargebracht wird, nicht einschläfern und auch durch noch so prächtig schimmernde papierenen Silberstreifen nicht irren machen und von ihren Kämpfen abbringen. Sie sieht noch wie vor die verberlichenden Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise deutlich vor sich. Sie sieht noch wie vor die Schlagbäume, die zwischen den einzelnen Staaten aufgerichtet sind, noch wie vor die noch

## Die Innenpolitik.

Und nun Genossen, möchte ich mich der Innenpolitik unseres Landes zuwenden, die augenblicklich im Zeichen einer ersten Krise steht, über deren Auswirkungen und Liquidierung sich in dieser Stunde nichts Bestimmtes sagen läßt. Nach wochenlangen vergeblichen Bemühungen um eine Verständigung über die brennendsten finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, über die Herstellung des budgetären Gleichgewichts, über die Frage der Lastenverteilung und die Möglichkeit neuer Verbrauchssteuern, über das Staatsangestellten- und Pensionsistenproblem und über die Kriegsschadigtenrenten, über die Arbeitslosenfürsorge und eine ganze Reihe schwerwiegender Fragen ergab sich, da eine Überbrückung der aus dem Klassen Gegensatz der einzelnen Koalitionsparteien stehenden Schwierigkeiten auf immer größere Hindernisse stieß, die Notwendigkeit zur Demission des Kabinetts. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Raßpelt, nahm die Parteienverhandlungen, die durch die Demission unterbrochen wurden, wieder auf und verlangte, daß vor der Ernennung der neuen Regierung das Schicksal des Budgets entschieden wird.

vielen Hunderten zählenden wirtschaftlichen Absperremaßnahmen. Sie spürt den Hunger und Lohnbruch an ihrem eigenen Leibe, sie sieht die fahlen Gesichter ihrer Frauen, die zunehmenden Degenerationserscheinungen an ihren Kindern, sieht die verzweifelten Gesichter ihrer arbeitslosen Genossen und Brüder, die seit Monaten, vielfach seit Jahren vergeblich vor den verschlossenen Fabriktoren warten. Das verleiht ihren Widerstand gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, die mit dem Fluche der Lohnsklaverei belastet ist und durch eine andere ersetzt werden muß, die nach den Grundgesetzen sozialistischer Wirtschaft aufgebaut sein soll.

Leider liegt bis dahin noch ein weiter Weg vor uns und viele schwere und erbitterte Kämpfe dazwischen. Unsere nächste Aufgabe ist es, mit dem Einfluß aller Kräfte für die Sicherung des Friedens und die internationale Abrüstung zu arbeiten und gegen den menschenmordenden Wirtschaftskrieg zu kämpfen, um alle Hindernisse für die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Völker aus dem Wege zu räumen. Gleichzeitig müssen wir aber auch

### eine planmäßige, vom Staate kontrollierte Wirtschaftsorganisationen

verlangen, deren wesentlicher Teil eine weit ausgreifende Arbeitsbeschaffungs- und Lohnpolitik zu bilden hätte und in welche eine den heutigen Notwendigkeiten Rechnung tragende Sozialpolitik einbezogen werden soll. Es sei mir gestattet, aus dem großen Komplex der Fragen eine herauszugreifen, der ich eine schicksalsschwere Bedeutung zuschreibe und über die das Proletariat nicht oft genug sprechen kann und die es für die nächste Zeit zum Angelpunkte ihres Kampfes machen muß. Sie fällt auf das Gebiet der

### Verfürgung der Arbeitszeit.

Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse unterliegt es keinem Zweifel, daß mehr als ein Viertel der Arbeitslosen Opfer der strukturellen und technologischen Arbeitslosigkeit ist, jener Arbeitslosigkeit, die zum Teile durch die Konzentration und Reduktion der Industrie, zum Teile durch die technische Verbesserung des Produktionsapparates und somit durch die Bedingtheit der Menschenkraft durch die Maschinen, verurteilt ist. Wenn es einmal zur schließlichen erschöpfen Wirtschaftswende im internationalen Maßstabe kommen sollte und die Wirtschaft der einzelnen Staaten dadurch — und schließlich auch aus sich heraus — einen neuen Antriebs erhalten und zur Belebung kommen sollte, so werden die Opfer der strukturellen und technologischen Arbeitslosigkeit, zum Teil die Rationalisierungsoffer dadurch unberührt bleiben. Für sie gibt es keine Möglichkeit, wieder zur Arbeit zurückzukehren. An ihre Stelle ist die Maschine getreten, die wacker Wunder an Produktionsleistung vollbringt und in ihrer ständigen Verbesserung der menschenlosen Fabrik zustrebt. Was soll, fragen wir uns, mit all den auf diese Weise aus dem Produktionsprozeß geschleuderten Arbeitern geschehen, die in den anderen, gleichfalls technisierten Betrieben, in denen Zehntausende von Arbeitern überflüssig geworden sind, unmöglich Unterkunft finden können?

Dabei habe ich heute lediglich den augenblicklichen Stand der Betriebstechnik vor Augen und lege mir gar nicht die Frage vor, was geschehen wird, wenn einmal die in unser Land bisher noch nicht vorgebrungene allerneueste Methode der elektrischen Kraftübertragung, die neuesten Errungenschaften der Wärmewirtschaft, die Wunder der chemischen Industrie, der Kohlenverflüssigung usw. vordringen werden. Unsere Wirtschaftsführer verdrängen sich darüber nicht den Kopf. Ein Großteil von ihnen weiß nur eine Antwort: Abbildung der sozialen Leiden, Senkung der Löhne, ja vielfach sogar noch Verlängerung der Arbeitszeit. Für uns aber gibt es zur Abwehr der schweren Schäden, die durch die Rationalisierung verursacht sind, nur einen Weg: die Verfürgung der Arbeitszeit, die Aufstellung der verfügbaren geringen Arbeitsmenge auf eine größere Zahl von Arbeitern. Die Arbeiterschaft muß, so wie sie es beim Achtstundentag getan hat, den Kampf um die Verfürgung der Arbeitszeit mit elementarer Macht aufnehmen und

### die Forderung der Dreizehntundenwoche in den Mittelpunkt ihres Kampfes

stellen. Der Kampf ist nicht leicht. Aber ich bin überzeugt, daß sich die Forderung der Dreizehntundenwoche — schon durch die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen — den Weg zur Verwirklichung bahnen wird. Genossen! Es ist meine feste Überzeugung, daß wir in unserem Kampfe gegen die Krise nicht vorwärts kommen, wenn wir ihn nicht auf den entscheidenden Punkt, auf die Dreizehntundenwoche einstellen. Tun wir es, dann werden wir den Kampf gewinnen.

Es muß nicht erst gesagt werden, daß durch die Verhandlungen über das Budget auch die programmatischen Aufgaben der Regierung in den Vordergrund gehoben wurden und den Gegenstand der schärfsten Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Parteien bildeten, wobei

### die zwischen den beiden führenden Gruppen — den Agrariern und den Sozialdemokraten — Klassen Gegensatz immer scharfer in Erscheinung traten.

Den Angelpunkt der Beratungen bildet der vom Finanzminister Trautl vorgeschlagene neue Finanzplan, an dem sich der Kampf zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien entzündete; da er nicht nur die unsozial gegliederte Herabsetzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten, sondern auch ein ganzes Paket neuer Steuern enthielt, die in Verlesung der schwerigen Lage der arbeitenden Schichten wieder den Bereich der Verbrauchsausgaben eingenommen werden sollte. Dazu kam noch die beachtliche Kürzung der Kriegsschadigten-

und Wirtrenten und wundert sich noch eine Drofflung der Arbeitslosenunterstützungen, die nach dem Finanzplan zur Deckung des budgetären Überschusses herangezogen werden sollten. Die bürgerlichen Parteien, vor allem die agrarischen und nationaldemokratischen griffen zu.

Die sozialdemokratischen Parteien aber zögerten keinen Augenblick, diesem Plan in ganz kategorischer Weise die Zustimmung zu verweigern

und übertrugen Ökonomievorläge, die durchaus geeignet waren, die budgetären Abgänge auszugleichen, dabei aber einen Großteil der daraus erwachsenden finanziellen Kosten auf die tragfähigen Schultern der bestehenden Klassen zu überwälzen. Diesen Anlauf benützte die rechtsstehende Klasse zu einem Vorstoß gegen das parlamentarische System, um dadurch einerseits für die Verwirklichung ihrer reaktionären politischen und finanziellen Pläne freie Hand zu gewinnen und andererseits, da ihnen die Beteiligung der sozialistischen Parteien und vor allem die Teilnahme der deutschen Sozialdemokratie an der Regierung ein Dorn im Auge ist, einer Bürgerkoalition die Wege zu ebnen. Es muß wohl nicht erst gesagt werden, daß die

beiden sozialdemokratischen Parteien sich mit aller Schärfe gegen jedes nichtparlamentarische System und naturgemäß auch gegen eine Beamtenregierung wendeten

und deutlich zu erkennen gaben, daß eine Beamtenregierung mit einer Beihilfe der genannten Parteien in keinem Falle zu rechnen habe.

Werte Genossen! In diesem Augenblicke ist es noch ungewiß, in welcher Richtung die Entscheidung fallen wird, denn die Parteienverhandlungen gehen noch immer weiter. Aber mag deren Ergebnis welches immer sein,

jede Situation wird unsere Partei vollkommen gerüstet finden.

Gemeinsam mit den tschechischen Genossen mit denen wir, wie in den zurückliegenden drei Jahren, so auch in dieser neuen Phase des Kampfes Hand in Hand gehen, werden wir auch der neuen Schwierigkeiten Herr werden.

Die Aufgabe des Parteitag wird es sein, nicht nur die Tätigkeit unserer Partei und ihrer führenden Vertrauensmänner in der zurückliegenden Periode zu überprüfen, sondern auch für die weitere Führung unserer Politik vorzulegen und der Partei zu diesem Behufe die notwendigen Richtlinien an die Hand zu geben.

Und wenn ich Ihnen, Werte Freunde, über unsere Arbeit in den zurückliegenden drei Jahren berichten soll, dann erscheint es mir zweckmäßig,

**das Koalitionsproblem**

in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen zu stellen. Die prinzipielle Seite des Koalitionsproblems zu untersuchen, kann ich mir wohl erlauben. Innerhalb der sozialistischen Arbeiter-Internationale gibt es darüber keine Meinungsverschiedenheiten, daß die Koalitionspolitik keine Frage des Prinzips sondern bloß der Zweckmäßigkeit und der Taktik ist. Schon der Karlsbader Parteitag des Jahres 1920 stellte sich nach dem Referat Seligers auf den Standpunkt, daß

auch für unsere Partei die Koalitionspolitik im Bereiche der Möglichkeiten stehe, daß es jedoch hierzu der Zustimmung sämtlicher, auf dem Boden des Klassenkampfes stehender Parteien bedürfte. Seliger fügte damals als Rekurs hinzu, daß es aber diesbezüglich unmöglich sei, sich für alle Zeiten zu binden, da ein solcher Beschluß ein Stück Papier wäre.

Auch auf dem Auffiger Parteitage des Jahres 1925 habe ich als Referent des Parteivorstandes unter Zustimmung des Parteitag den Standpunkt vertreten,

daß es Situationen geben könne, in denen die Koalitionspolitik unabweichlich sei. Daß es solche Situationen im Kampfe des Proletariates wiederholt gegeben habe, daß es aber vor allem darauf ankomme, ob die Koalition den hinter ihr stehenden wirtschaftlichen und politischen Kräften nicht widerspreche, daß sie keine bloße arithmetische Konstruktion sein dürfe und einen sozialen Inhalt haben müsse.

Trotzdem hat es ein ganzes Jahrzehnt gedauert, ehe sich unsere Partei zum Eintritt in die Regierung entschloß. Es geschah dies erst nach eingehender Prüfung der sozialen und wirtschaftlichen, vor allem der Machtverhältnisse, der Wirkungsmöglichkeiten im Rahmen der Koalition und unter dem Eindruck der internationalen und innerpolitischen Verhältnisse, die unserer Mitarbeit in der Regierung und vor allem eine innigere Zusammenarbeit mit unseren tschechischen Genossen erforderten. Nach längeren Beratungen, in denen das Für und Wider in gewissenhafter Weise erörtert und vor allem die Schattenseiten und Gefahren der Koalitionspolitik aufgezeigt wurden, ist schließlich vom Parteitag beschlossen worden:

„Am Hinblick auf die internationale Lage, auf die Aufgaben und die Stellung der Arbeiterklasse in der internationalen Politik, die Notwendigkeit der Ausgestaltung und Verfestigung der Zusammenarbeit des gesamten Proletariates dieses Landes und schließlich angesichts des Ergebnisses der letzten Wahlen und der Notwendigkeit einer Abwehr eines sonst unvermeidlichen reaktionären Regimes, wird der Eintritt der Partei in die Regierung als erforderlich erklärt.“

Wir alle, die an dem Beschluß des Parteitages mitgewirkt hatten waren seiner Tragweite voll bewußt. Schon während der Verhandlungen des Parteitages war das Wort von der Volkstammer aufgeflogen, welches die schwierigste Arbeit unserer Vertrauensmänner in der Koalition veranschaulichen sollte. Um in den Reihen unserer Genossen, aber

**Hitler und der Zigarettenjude.**  
**Wenn das Geld im Kasten klingelt, schließt der Osa auch mit Juden Freundschaft.**

Die reichsdeutschen Nazis standen mit der Zigarettenfabrik „Sturm“ in guter Verbindung, die einen Teil ihres Umsatzes der NSDAP zugutekommen ließ. Gleichzeitig bekämpfte die NSDAP den Keemtsma-Zigarettenkonzern, der als unter jüdischer Führung stehend bezeichnet wurde.

Plötzlich erschienen Inserate des Keemtsma-Konzerns im „Völkischen Beobachter“. Das wollte einigen Nazis, die früher gegen den Keemtsma-Konzern gekämpft hatten, nicht in den Kopf. Sie bezeichneten die Behauptung, der Osa selbst habe die Aufnahme der Inserate angeordnet, als die „Erfindung jüdischer Redakteure“.

Darum bemühte sich die Zentrale der NSDAP und veröffentlichte durch die Nationalsozialistische Anzeigenzentrale folgenden Brief:

„Ihr an den Verlag gerichtete Schreiben vom 2. September wurde uns zur Erledigung übermitteln. Wir machen Sie höflichst darauf aufmerksam, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Punkt 13 ihres Programms nicht den Kampf gegen die Konzerne, sondern die Verstaatlichung der Großbetriebe (Strasser hat das in seiner Berliner Rede auch schon widerrufen. Red.) fordert. Die Keemtsma-Zigarettenfabriken sind zum weitaus überwiegenden Teil im deutschen Familienbesitz. Der Jude David Schnur ist der Tabak-einkäufer der Firma. Es gibt keine Zigarettenfabrik, deren Einkäufer kein Jude oder sonstiger orientalischer Mischling ist. Vor Aufnahme der Keemtsma-Anzeigen in die nationalsozialistische Presse wurde die Angelegenheit Keemtsma ein halbes Jahr lang von mehreren Instanzen geprüft; insbesondere von der Rechtsabteilung der Reichsleitung. Die letzte Entscheidung fielte unser Führer Adolf Hitler nach einer persönlichen Aussprache mit Herrn Philipp Keemtsma. Die Keemtsma-Anzeigen sind auf Befehl Adolf Hitlers in die nationalsozialistische Presse aufzu-

nehmen. Wir hoffen, Ihnen mit unserer Ausführungen gedient zu haben und wir empfehlen aus Ihnen

mit deutschem Gruß  
Stempel Nationalsozialistische Anzeigenzentrale. E. Hinzengeller.“

Das ist allerliebste. Wir sehen erst den großen Führer Adolf Hitler, Kämpfer mit Beferkewut gegen Truist und Konzerne, in traulicher Besprechung mit dem im „Völkischen Beobachter“ so oft beschuldigten Konzerngewaltigen Philipp Fürchtegott Keemtsma. In dieser traulichen Besprechung, deren Verlauf man sich ungefähr denken kann, hat man dem großen Adolf, der sonst vom „wirtschaftlichen Denken“ nichts hält, klar gemacht, daß der Zigarettenabakaleinläufer ein Jude oder asiatischer Mischling sein muß. Diese Darstellung ist ein ganz fürchterlicher jüdischer Dreh; denn es gibt recht viele und recht tüchtige Zigarettenabakaleinläufer, die an Hand ihres Stammbaums nachweisen können, weder Juden noch asiatische Mischlinge zu sein.

Wir denken aber daran, daß die Nationalsozialisten gegen ehrenwerte Leute einen ebenso blöden wie schädlichen Kampf geführt haben, weil die Großmutter oder der Uraropater einmal jüdisch geheiratet hat. Im Fall Keemtsma denkt der „oberste Führer“ Hitler anders. Dabei ist David Schnur kein kleiner Zigarettenabakaleinläufer, sondern er ist der Schöpfer des Keemtsma-Konzerns, die Seele vom Buttergeschäft bei Keemtsma. Er hat die monopolistische Stellung des Keemtsma-Konzerns erst geschaffen und finanziert und kontrolliert einen großen Teil der Tabakeinfuhren nach Deutschland. Im anderen Fall würden die Nazis sagen, so ein rechter jüdischer Plutokrat. Aber dem obersten Führer hat man bei Keemtsma so klar gemacht, daß ein Zigarettenabakaleinläufer Jude oder asiatischer Mischling sein muß — und seitdem hat der oberste Führer der Nazipresse den Befehl gegeben, Keemtsma-Inserate aufzunehmen.

auch der Gegner keinen Zweifel über den Charakter der Koalition aufkommen zu lassen, haben wir durch den Sprecher unseres Klubs, den Genossen Vohl, im Parlamente erklären lassen:

„Wir verfolgen unseren Kampf auf einem anderen Boden, der andere Formen des Kampfes erfordert. Aber die Tatsachen des Lebens, der Klassenkampf selbst, wird dafür sorgen, daß wir unter den geänderten Umständen eine proletarische Massenpartei, eine zielstarke sozialistische Partei bleiben werden. Wir werden, auch wenn wir wissen, daß wir innerhalb der Koalitionsregierung nur Teilforderungen zu vermittelnden Vermögen unserem Programm wie unten werden.“

Genossen! Ich bringe diese beiden grundsätzlichen Entscheidungen der Partei unseren Vertrauensmännern auch auf diesem Parteitage neuerlich in Erinnerung, um Ihnen zu zeigen, daß wir lebenden Tages, im Bewußtsein der Schwierigkeit unserer Aufgaben, in voller Erkenntnis der Stengen unserer Wirksamkeit und Wirkungsmöglichkeiten, aber

mit dem festen Entschluß, auch nicht um Haardbreite von unseren Grundsätzen abzuweichen, die Regierungspolitik bezogen haben.

Und wenn wir uns die Frage vorlegen, ob die Voraussetzungen, von denen der Parteitag vor drei Jahren ausging und von denen er unseren Eintritt in die Regierung abhängig gemacht hat, während der ganzen Dauer des Bestandes der Koalition gegeben waren, dann können wir dies mit voller Beruhigung bejahen, denn seit dem Zeitpunkt des Regierungseintritts hat sich die internationale politische und wirtschaftliche Situation zusehends verschlechtert und mit jedem Tage kritischer gestaltet. Diese Entwicklung der internationalen Politik brachte es mit sich, daß wir für den Fall etwaiger kritischer Situationen auch mit den schweren Auswirkungen der internationalen Lage auf unser Land rechnen mußten. Selbstverständlich ergab sich daraus und aus der sich mit jedem Tage verschärfenden innerpolitischen und Wirtschaftsentwicklung die Notwendigkeit des innigsten Aneinanderrensens und der engsten Zusammenarbeit des gesamten Proletariates dieses Landes, die uns vom Parteitag seinerzeit ganz besonders ins Herz gelegt wurde und die wir in den zurückliegenden Zeiten der schweren Räte der arbeitenden Bevölkerung herzlichster Kameradschaft ausbauten und mit jedem Tage vertieften. Daraus ergibt sich, daß während der ganzen zurückliegenden Dauer der Koalition die Voraussetzungen gegeben waren, die der Parteitag bei der feierlichen Beschlußfassung im Auge hatte.

Genossen, drei harte Jahre liegen hinter uns. Wir haben dabei gewisse Stimmungen und Befürchtungen, die aus den Reihen unserer Parteimitglieder kamen, nicht übersehen. Den gibt es unter uns, den sie während der zurückliegenden drei Jahre — in gewissen besonders kritischen Augenblicken — nicht gleichfalls beschließen hätten?

Und wenn unter uns fehlte das Verständnis für den Ausschrei jener Hunderttausender, die in den zurückliegenden Krisenmonaten einen Heroismus an den Tag legten, der in der Geschichte der Menschheit wohl vereinzelt sein dürfte und der uns alle, die wir im Vordergrund der Verantwortung standen, aufs tiefste erschütterte und erst recht zur äußersten Anspannung der Kräfte anspornte.

Und trotzdem war es für uns keine Ueberforderung, als wir — vielfach gerade wegen unserer

Arbeit — zum Gegenstande der heftigsten Attacken und zeitweilig eines regelrechten Trommelfeuers gemacht wurden — und daß an unseren Leistungen kein gutes Haar gelassen wurde.

„Seht“ — ruft Herr Abgeordneter Krebs in einer Straßener Verammlung aus —

„700.000 Arbeitslose, ununterbrochen neue Steuerbelastungen, Bereidung der Wassen in Stab- und Land, das ist Euer Erfolg. Darum stützt vor der Abrechnung.“

Vergebens sucht ihm sein Kollege Jung, dem ja trotz der Erziehungsarbeit an Herrn Krebs überlassen will, am 21. Dezember dieses Jahres in Troppau auseinanderzusetzen:

„daß es sich, wie Jung sagt, um eine Krise des heutigen kapitalistisch-liberalistischen Wirtschaftsystems handle. Daher sei sie so schmerzhaft, darum habe sie so ungeheure Ausmaße angenommen und lasse sich nicht mit den angewendeten Mitteln beseitigen.“

Doch Herr Abgeordneter Krebs donnert in Strauden unerhörtlich weiter:

„Redet Euch nicht auf die Krise und Wirtschaftslage aus. Ihr seid doch ausgegogen, sie zu bekämpfen. Ihr habt versprochen, ihre furchtbaren Wirkungen zu mildern. Wo ist Euer Leistung?“

Ergebnis sucht ihm Max Karg im „Tag“ vom 6. Dezember klarzumachen, daß es mit der Aufzählung von 700.000 Arbeitslosen denn doch eine andere Bewandnis habe und daß, wie Karg wörtlich sagt, die Krise der kapitalistischen Wirtschaft im Wesen des modernen Kapitalismus selbst beruhe, also von ihm selbst ausgehe, weil er die Arbeitermassen nicht zu ernähren vermag und eine unerträgliche Spannung der Konkurrenz geschaffen hat.

Doch Herr Abgeordneter Krebs läßt nicht locker und schmetzelt in den Saal:

„Ihr treibt vor das Volk hin und versichert, Ihr hättet mit fleißiger Eurer Arbeit geleistet. Bei Anerkennung dieser Sympthosarbeit sage ich: In der Politik kommt es nicht auf den Arbeitsaufwand, sondern auf den Erfolg an und nur auf den Erfolg. Wo ist Euer Erfolg, Ihr Herren von den Regierungsparteien?“

Herr Abgeordneter Krebs verlangt also Erfolge, und sehen Sie, merke Genossen, mit den Erfolgen hat es immer eine merkwürdige Bewandnis. Ich könnte natürlich einfach den Spieß umdrehen und den Herrn Abgeordneten Krebs, nach dessen Meinung es in der Politik nicht auf den Arbeitsaufwand, sondern nur auf den Erfolg der Arbeit ankommt, nach seinen Erfolgen, nach den Erfolgen seiner Partei fragen, aber das wäre eine peinliche Retourkutsche. Herr Abgeordneter Krebs könnte mir überdies antworten, daß er zwar keine Erfolge aufweisen könnte, aber auch keine brauche, während ich sie aber als Minister haben müsse. Gut! Auch damit würde ich mich zufrieden geben, wenn er statt seiner die Herren Minister Dr. Frick und Klogges oder wie sie alle die regierenden nationalsozialistischen Potentaten von Thüringen, Mecklenburg, von Braunschweig, Oldenburg und Anhalt heißen mögen, über deren Regierungserfolge berichten ließe.

Genossen! Ich habe, so oft ich während der Dauer der Koalitionsregierung in Parteitreifen das Wort ergriffen habe, — auf Parteitag, Reichskonferenzen, Kreis-Konferenzen oder ähnlichen öffentlichen oder internen Beratungen — niemals von sogenannten Erfolgen gesprochen. Ich war mir immer dessen bewußt, daß das, was wir in den zurück-

liegenden drei Jahren an Früchten unserer Arbeit heimtragen konnten, gemessen an der Größe der Unglücks, von dem die Arbeiterklasse in den letzten Jahren betroffen wurde, gemessen an den sich an dieser fürchterlichen Heimführung der arbeitenden Schichten ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten, geringfügig ist.

Von Erfolgen im kapitalistischen Staate können eigentlich nur die bürgerlichen sprechen, dort, wo sie allein an der Macht sind, nicht aber sozialistische Parteien, auch wenn sie sich nicht mit den bürgerlichen Klassen in die Macht teilen müssen.

Ausgabe der sozialistischen Parteien an einer Koalitionsregierung — besonders in Krisenzeiten — es, so sie den kapitalistischen und bürgerlichen Charakter der Regierung nicht aufzuheben vermögen, der Koalition einen sozialen Inhalt zu geben, das Bestmögliche für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, für die Opfer der Krise herauszubekommen, alle Angriffe der bürgerlichen Klassen auf die Erwerbslosen der Arbeiterschaft, mögen sie politischer oder wirtschaftlicher oder sozialer Natur sein mit der größten Entschiedenheit abzumachen.

Als wir unsere Arbeit Anfang Dezember 1932 antraten, standen wir am Anfang der Krise, in welcher geradezu ungeahnte Dimensionen angenommen hat. Wir waren uns über den Charakter der Krise absolut sofort im Klaren und wußten, daß es eine unserer ersten Aufgaben sei, für die Millionen arbeitslosen Zeitgenossen. Da die Arbeitslosigkeit zusehends zunahm und wir uns auf eine Massenarbeitslosigkeit gefaßt machen mußten, war es uns selbstverständlich, daß wir unsere Arbeit vor allem in diese Richtung lenkten. Als wir in Amt und Tracht hat der Staat zu der noch dem Center System angeordneten

**Arbeitslosenfürsorge**

zur für die Dauer von 13 Wochen und nur in gleicher Höhe wie die Gewerkschaftsorganisationen beigetragen. Die Novelle, die wir dem Parlamenten vorlegten und die zum Beschluß erhoben wurde brachte die Verlängerung des Staatszuschusses um weitere 13 Wochen, die Verdreifachung resp. Verdoppelung des Staatsbeitrages, die Einführung einer Arbeitslosenfürsorge für weitere 13 Wochen, die Gewährung von drei bis sechs Wochen Konsumzuschüssen statt der bisherigen einwöchigen an die Gewerkschaftsverbände, die Verdoppelung des Regiebeitrages an die Gewerkschaftsorganisationen. Die Gewerkschaften aller Parteirichtungen verstanden sehr wohl, daß ihnen diese Novellierung der Arbeitslosenfürsorge gebracht hatte. Das wußten auch die deutschen nationalsozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften, die ihre Tätigkeitsberichte mit den folgenden Ziffern ihrer durch den erhöhten Staatszuschuß ermöglicht in die Höhe getriebenen Gewerkschaftsleistungen aufzuführen verstanden, dabei aber gleichzeitig auch das durch die neue Novelle so wesentlich verbesserte Center System wie die Fahrpläne wieder zum Kampfen.

Da es sich als das Unwahrscheinliche ergab, daß Arbeitslosen vor allem anderen Arbeit zu geben wurden (sogar in der Novelle zum Center System Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten vorgesehen, die unter dem Begriff der produzierten Arbeitslosenentlastung zusammengefaßt lassen und es dem Staate ermöglichten, schon bisher 200.000 Arbeiter, die sonst das Zentrum der Arbeitslosen vermehrt hätten, durch Gewährung von Lohnzuschüssen dem Nährland wieder zuzuführen) stand in Hand damit ginnen die erforderlichen Voraussetzungen auf dem Gebiete

**Wohnbau**

die auf Grund der gleichfalls während des Bestandes dieser Koalition durchgeführten Novellierung des Gesetzes über die Bauförderung durch Gewährung von Staatsgarantie, aber auch eines Staatsbeitrages die Erbauung von 30.000 proletarischen Wohnungen ermöglichten und so nicht nur zur Beseitigung des Wohnungsnotstandes, sondern zur Beschäftigung vieler fehttarkeiter Arbeiter beitragen. Dabei repräsentieren die an früherer Stelle erwähnten 30.000 Ein- bis Zweizimmerwohnungen nur einen Teil des Wohnbauprogramms, das augenblicklich im Ministerium zur Verhandlung steht und sicherlich noch zu verhandelnden Hauptprojekten eine Willkommene Bauaufwand umfassen dürfte. Ich glaube, wir sind ganz ruhig damit unsere Berichterstatter schließen und getrost gegenüber den Leistungen der deutschen nationalsozialistischen Minister behaupten können. Es ist aber in der zurückliegenden Welt mehr gesehen.

Das Fürsorgeministerium hat den großen Bestand der Schwerkranken und Blinder den nicht übersehen und in einer Novelle die Rentenfrage dieser unglücklichsten aller Kriegsgenossen erörtert und dabei auch an das Elend der Kriegswitwen nicht vergessen.

Die Voge der von der Krise auf das jüdische heimgefallenen Jugend machte sofortige legislative und administrative Maßnahmen erforderlich. In einer Regierungsverordnung zu dem im Jahre 1921 erschienenen und seither noch nicht durchgeführten Pflegegesetz wurden, die weitestgehenden Vorkehrungen für verlassen und unheilbar pflegebedürftige Kinder getroffen, wobei der Gedanke der nationalen und sozialen Selbstverwirklichung auf dem Gebiete des Kinderbeschutzes getragen wurde, indem jedes Kind der für den Bereich seiner Nationalität bestehenden Schutzpflicht unterstellt wurde, welcher Grundhof auch auf der Pflegestelle und den Vormund ausgedehnt werden kann auch für das Gebiet der Fürsorgeerziehung gesichert wurde. Dem Schutze der arbeitenden Jugend dient auch die vom Fürsorgeministerium im Rahmen des Zentralgewerkschaftsinspektorsats errichtete Zentralstelle für die arbeitende Jugend mit den angeschlossenen 26 Sprengelstellen. Sie vertritt zum Teil die Funktionen der Jugendinspektion, ist aber auch zum Teil als initiatives und auf der Prinzip der Selbstverwaltung aufgebautes Organ zur Wahrnehmung der Rechte und der Interessen

der arbeitenden Jugend gedacht. Sie hat sich während der Dauer ihres Bestandes ausgezeichnet bewährt und die Jugendinspektionen der tatsächlichen Notwendigkeiten der Zeit anzupassen vermocht. Wenn man bedenkt, daß dem Bereiche des Pflegschafts 460.000 uneheliche und unter fremder Pflege stehende Kinder unterstellt sind, daß die Zahl der der Fürsorgeerziehung anheimfallenden Kinder rund 20.000 ansteigt und schlägt man die gewaltige Zahl der bereits in Arbeit stehenden jugendlichen Personen dazu, dann kann man erst den Wert und die Bedeutung der vorgeschriebenen Jugendfürsorgemaßnahmen ermessen. Dazu kommt aber auch noch als eine wesentliche Bereicherung der staatlichen Jugendfürsorge das vom Genossen Reichner ausgearbeitete und glücklich ans Ziel gebrachte Jugendstrafrecht, sowie das Jugendstrafgesetz, das eine laufende Kude in der Jugendstrafverfolgung ausgefüllt hat.

Nur so im Fluge will ich noch erwähnen, daß es erst während des Bestandes dieser Regierung gelungen ist, eine ganze Reihe von Bestimmungen des Berufsversicherungsgesetzes der Verwirklichung zuführen und vor allem das aus Angestelltenkreisen seit Jahren reklamierte Gesetz über die nicht-versicherte Dienstzeit in die Tat umzusetzen, das an den Altersrentnern begangene Unrecht durch administrative Maßnahmen wieder gutzumachen, die Verabschiedung des Gesetzes über die Berufskrankheiten nach langjährigem Kampfe durchzuführen, den Bauschlichter durch neue Normen auf moderne Grundlagen zu stellen, dank der resoluten Initiativen Arbeit des Genossen Reichner die Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitsgerichte zu erwirken, die durch mehr als ein Jahrzehnt ins Stocken geratenen Verhandlungen zwischen unserem Staate und Deutschland, sowie Österreich über die Gegenseitigkeit auf dem Gebiete der Sozialversicherung und zwischen unserem Lande und Deutschland auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung zu einem glücklichen Abschluß zu bringen.

Mein Bericht über die legislatorische Arbeit wäre nicht erschöpfend, wenn ich nicht auch noch der über Drängen der sozialistischen Parteien durchgeführten, sicherlich noch immer unzureichenden Rebellierung des Gemeindefinanzgesetzes Erhöhung um würde, die den Gemeinden ermöglichen sollte, ihre durch den Bürgerkrieg stillgestellte wirtschaftliche, kulturelle und soziale Tätigkeit wieder zu beleben, und schließlich nicht auch noch der ausschließlich über Drängen der sozialistischen Minister erwirkten Herabsetzung der Militärdienstzeit von 18 auf 14 Monate zu gedenken. Selbstverständlich konnte das Fürsorgeministerium, das bei seinen Arbeiten den sämtlichen sozialistischen Ministern, besonders von unseren tschechischen Genossen auf das

tatkräftigste unterstützt wurde, mit den legislatorischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung nicht das Auslangen finden und hat durch eine ganze Reihe von Hilfsmaßnahmen, durch die staatliche Ernährungsaktion sowie durch die staatliche Hilfsaktion, die beide zusammen bisher einen gesamten Aufwand von 300 Millionen Kronen erforderte, durch eine nach vielen Millionen zählende Dotierung der Jugendfürsorge, durch einen Millionenaufwand zur Linderung des Lebens unserer im Auslande in Not geratenen Mitbürger, durch eine Heimarbeitaktion, durch Winterbefeldungs- und Weihnachtsaktionen, durch die Errichtung von Jugendheimstätten ihre gesamte Hilfsorganisation in umfassender Weise ergänzt, wozu noch die vom Genossen Bednár in großzügiger Weise mit einem Millionenaufwand organisierten Bepflanzungs-, Kohlen- und Kartoffel- und sonstigen Naturalaktionen kamen. Dabei wollte man sich noch vor Augen halten, daß ich im Vorstehenden nur das Markanteste aus der sozialen Arbeit der sozialistischen Parteien und Minister herausgegriffen und hauptsächlich Hundertfältiges an Kleiner, an Einzelarbeit übergegangen habe.

Darüber hinaus ist es gelungen, alle bisherigen Klimate auf den Richterschuß abzuwehren,

dessen Durchbruch unter den heutigen ohnedies schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen für Hunderttausende von Familien das schwerste Unglück bedeutet hätte. Noch mehr, es ist bis zum heutigen Tage und während des ganzen Bestandes der Aktion trotz aller Widrigkeiten, mit denen die sozialistischen Parteien zu kämpfen hatten,

trotz aller finanziellen Schwierigkeiten des Staates keine einzige der bisherigen Errungenschaften der Arbeiterklasse, vor allem kein einziges sozialpolitisches Gesetz abgehandelt

wurde und dies zu einer Zeit, da vielfach in den Nachbarstaaten in die sozialistische Gesetzgebung Pöbele gelegt wurde. Wir aber haben gerade in dieser Zeit, in mehrfacher Richtung unsere sozialpolitische Gesetzgebung sogar bereichern können, wie dies beispielsweise noch in den Sommermonaten hinsichtlich des Gesetzes über die Berufskrankheiten der Fall war.

Genossen! Wir sind uns dessen bewußt, daß die Leistungen der sozialistischen Parteien, von welchen ich Ihnen im Vorstehenden einen kleinen Auschnitt gegeben habe, das fürchterliche Leid der arbeitenden Klassen absolut nicht abzubürden vermögen, daß die Hilfsaktionen unzulänglich sind, die Ernährungsquoten unzureichend sind, daß

die Vorprogen für die Arbeitslosen absolut nicht genügen.

Kabinell Malypetr ernannt:

# Beamtenkabinett vermieden

## Gehaltskürzung erst ab 9.000 Kč Grundgehalt. - Soziale Abstufung. Invalidenrenten ausgenommen.

Prag, 29. Oktober. Am späten Abend wurden entgegen den Erwartungen der Abendpresse, die allgemein einen neuerlichen Aufschub der Regierungsbildung auf Montag oder Dienstag voraussetzte - zwei Handschreiben des Präsidenten der Republik veröffentlicht, in denen die Demission der Regierung Udráal angenommen und die neue Regierung Malypetr in der von uns bereits in der Vorwoche gemeldeten Zusammensetzung ernannt wird.

### Das neue Kabinett.

- Jan Malypetr (Tsch. Agrarier) Vorgesitzender der Regierung und Leiter des Ministeriums für Volksverpflegung.
- Dr. Eduard Benes (Tsch. Nat. Soz.) Auswärtiges;
- Dr. Ivan Dózer (Tsch. Soz. Dem.) Schulwesen;
- Dr. Alfred Reichner (Tsch. Soz. Dem.) Justiz;
- Dr. Josef Matoušek (Nat. Dem.) Handel;
- Rudolf Vechyné (Tsch. Soz. Dem.) Eisenbahnen;
- Dr. Emil Franko (Tsch. Nat. Soz.) Post;
- Jng. Johann Dostálek (Tsch. Klerik.) öffentliche Arbeiten;
- Dr. Milan Hódza (Tsch. Agrarier) Landwirtschaft;
- Bokumir Vrdáek (Tsch. Agrarier) Rationalverteilung;
- Dr. Ludwig Gjech (D. Soz. Dem.) soziale Fürsorge;
- Dr. Franz Spina (D. Agrarier) Gesundheitswesen;
- Dr. Johann Strámel (Tsch. Klerik.) Uniformierung;
- Landespräsident Johann Cerny (Beamter) Inneres;
- Gouverneur Dr. Karel Trápl (Beamter) Finanzen.

Der Ernennung der neuen Regierung ging in einer neuerlichen Besprechung der Koalitionspartner mit Malypetr eine grundsätzliche Einigung über die Frage der Erhaltung des Budgetgleichgewichtes voraus.

Der rechte Flügel der Agrarier hatte noch in den letzten 48 Stunden alles darangesetzt, um die Ausschaltung jeder parlamentarischen Regierung und die Einhebung eines Beamtenkabinetts durchzuführen, dessen Liste bereits fix und fertig vorgelegen sein soll. In diesem Sinne hatte, wie wir bereits berichteten, der agrarische Vollzugsausschuß am Donnerstag den Beschluß durchgesetzt, daß Malypetr seine Mission zur Kabinettbildung zurückzulegen habe.

Der Präsident der Republik ersuchte jedoch Malypetr in einer neuen Unterredung, die am Staatsfeiertag stattfand, die Verhandlungen neuerdings aufzunehmen, um dennoch die Bildung einer parlamentarischen Regierung zu ermöglichen.

In den heutigen Besprechungen bei Malypetr, denen eine Sitzung des Vollzugsausschusses der tschechischen Sozialdemokraten vorausging, kam es dann zu einer prinzipiellen Verständigung vor allem in der Frage der Restriktion der Staatsangestelltenbezüge, die sich mit Rücksicht auf die Lage der Staatskasse als unabweich-

lich erwiesen hat. Hier haben die Sozialdemokraten, an deren Widerstand die von Trápl ursprünglich beabsichtigte lineare Herabsetzung gescheitert ist, nunmehr auch eine wesentliche Mobilisierung der späteren Tráplischen Anträge im Sinne einer sozial erträglichen Abstufung der von den Staatsangestellten geforderten Opfer durchgesetzt.

Die Bezüge bis zu einem Grundgehalt von 9000 Kronen (die Aktivitätszulage und die sonstigen Zulagen nicht eingerechnet) werden von jeder Kürzung verschont werden, während die volle Kürzung um 10 Prozent des Grundgehaltes erst bei Gehältern über 15.000 Kronen befristet. Für die Gehälter zwischen 9000 und 15.000 Kronen soll der Abzug zwischen drei und acht Prozent bemessen werden, wobei die Herabsetzung etwa von 9000 bis 10.800 Kč drei, über 10.800 bis 12.600 fünf und über 12.600 bis 15.000 acht Prozent betragen soll. Letztere Grenzen sind jedoch noch nicht endgültig festgesetzt.

Eine analoge Herabsetzung erfolgt bei den Pensionen, wobei jedoch die besonders hohen Pensionen von 36.000 bis 40.000 Kč um 12 und Pensionen über 40.000 Kč um 15 Prozent herabgesetzt werden sollen.

Die Sozialdemokraten haben also, da schon eine vorübergehende Gehaltskürzung nach drei Jahren schwerer Krise nicht ganz zu vermeiden war, nach langen Kämpfen den sozial gewiß einzig gerechten Standpunkt durchsetzen können, daß die niedrigen, sozial schwächsten Kategorien der Staatsangestellten von einer Kürzung überhaupt verschont bleiben, während erst die mittleren und höheren Bezüge gestaffelt einer Kürzung unterworfen werden. Nach vorsichtiger Schätzung werden durch die Mindestgrenze von 9000 Kronen etwa 45 bis 50 Prozent aller Staatsangestellten überhaupt von der Kürzung ausgenommen; hierzu gehört vor allem das Gros der Eisenbahnangestellten. Ein weiterer erheblicher Bruchteil wird (bei Grundbezügen bis zu 15.000 Kronen) von der Kürzung nur in geringerem Umfange betroffen werden.

Auf dieser Basis haben die Sozialdemokraten schließlich ihre Zustimmung gegeben, zumal nunmehr auch von der beabsichtigten Herabsetzung der Invalidenbezüge und den sonstigen Plänen des Finanzministers hinsichtlich der Einschränkung der sozialen Ausgabenposten (Arbeitslosenversicherung) nicht mehr die Rede war.

Zwischen den Koalitionsparteien wurde die grundsätzliche Vereinbarung getroffen, daß nunmehr das Budget wenigstens noch im Parlament bis zum Jahresschluß fertiggestellt werden soll.

Die neue Regierung wird sich dem Parlament bereits in der nächsten Sitzung am Donnerstag, den 3. November mit einer Regierungserklärung vorstellen.

berittene Arbeitsmenschen und darunter viele Zehntausende deutscher Arbeiter, für viele hunderttausende deutsche Kinder, und darunter auch für Zehntausende deutscher Kinder und Säuglinge. Für viele Zehntausende jugendlicher Personen, darunter auch für viele Tausende deutscher jugendlicher Arbeiter, soziale Sorgen getroffen haben, um dem Hunger und der Unterernährung, dem physischen und seelischen Verfall, der Degenerierung des wichtigsten Teiles der Bevölkerung zu steuern, aber vor allem der Jugend, auf die unsere ganze Hoffnung gestellt ist.

haben wir nicht nur soziale, sondern auch nationale Arbeit im edelsten Sinne des Wortes geleistet.

Ganz besonders charakteristisch für den Kampf der deutschen Nationalsozialisten sind ihre kampfhaften Anstrengungen, sich nicht nur zu selbst ernannten Führern des deutschen Volkes auszurufen, sondern sich auch noch das Monopol auf die Vertretung des Gebantens der

### nationalen Selbstverwaltung

und selbstverwaltet den Primat in derselben und dazu noch die Festgekart zu führen. Doch über all dies und insbesondere auch über die Einstellung der deutschen Nationalsozialisten zu den großen nationalen politischen Problemen, zur Frage der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung und vor allem zur programmatischen Aufgabe, die sie an der größtmöglichen Beteiligung des Autorsrechtes gerade im nationalpolitischen Punkte nachweislich bei der Sozialdemokratie gemacht haben, will ich mich aus mobilisierenden Gründen lieber ein andermal mit Ihnen auseinandersetzen und daselbst auch

### hinsichtlich des Volkspostprojektes

bedenken, aus dessen Umriss ich Ihnen folgende prägnante Gegenüberstellung unmisslich vorzuführen kann. Sie befaßt sich mit der Wiedergabe von 17 Artikel: Vor allem der Teil von 17. und 18.

Mag der Prozeß ausbrechen wie er will. Es geht schon vor dem Urteil des Wehrstrafhofes. Die nicht über der deutschen nationalsozialistischen Partei angebend, sondern künftighin mit

dem Spandauer der Beileumdung und Demagogie auf der Szene herauszulassen. Die niederträchtige tschechische Presse und die noch niederträchtigere deutsche Sozialdemokratie, die niedriger Art sind und in den schwächsten Winkeln der Politik gehorchen, wo der Unrat eines Jahrhunderts sich aufhäuft. Es ist zugleich die einzige internationale, die bisher klappte und funktionierte: die Internationale der Gemeinheit und der Verleumdung. In ihr finden sich einträchtig unsere deutschen Sozialdemokraten mit der tschechischen Presse zusammen, weil es gegen die Nationalsozialisten geht."

Wozu noch Herr Abgeordneter Krebs hinzuzufügen:

"Wir kennen die Hintergründe unserer Verfolgungen. Die Regierungsparteien möchten sich lässige Kritiker vom Leibe halten."

Und nun lassen wir das tschechisch-argarische Blatt, den "Denker", sprechen:

"Die deutschen Sozialdemokraten in der Unternehmung Hillers. Der Bränner Prozeß gab dem 'Sozialdemokrat' Gelegenheit, sein Hauptinhaltliches Innere zu zeigen. Von allen deutschen Zeitungen in der Tschechoslowakei schrieb über den Prozeß und das Urteil kein Blatt so gedörrt und aufreizend, wie dieses Blatt, welches Adolf Hiller direkt in die Arme hielt."

Ich habe vieler Gegenüberstellung, die für sich ganze Hände sprecht, nicht weiter hinzuzufügen. Nur der Grähen- und Verfolgungswahn, von dem die deutschen Nationalsozialisten getrieben zu sein scheinen, konnte ihnen einen solchen Anlaß von einfach aus den Fingern ausgesprochen Anklagen in die Feder fließen. Als sie von uns gestiftet wurden und, was sie freilich zu beweisen, verlagte ihnen der sonst so redliche Mund

Damit können wir uns für diesmal von den deutschen Nationalsozialisten verabschieden und den Kommunisten zuwenden, denen die Arbeiterklasse die Errichtung des Reichstums und Hillers zum verdanken hat.

Die überaus schwierige Lage des internationalen Proletariats, die sich noch immer weiter ver-

## Unsere Gegner.

Aber trotz alledem brauchen wir folgende von den Herrn

### deutschen Nationalsozialisten

im "Tag" vom 5. Bonnemond vom Stapel gelassene Grobmaligkeit nicht ruhig hinzunehmen:

"Dieses System muß gestürzt werden. Es kann nur gestürzt werden, wenn Spina und Gjech von der Bildfläche verschwinden. Wir brauchen keine ludenbeutenden Interventionen. Fort mit der Klumpenpuherei!"

Genossen! Drei Jahre sind es her, seitdem wir im Amt sind. Niemals haben wir bisher über "Interventionen" der deutschen Abgeordneten gesprochen. Die Herren Nationalsozialisten verdammten sie in Grund und Boden. Ich rufe Ihnen zu, daß jene deutschen Nationalsozialisten, die sich frei von "Interventionen" wissen, keine noch wir werfen sollen. Wenn man den deutschen Nationalsozialisten nichts anderes nachsagen könnte, als daß sie intervenieren, daß sie in der Aussprache mit den Jentras stellen die Angelegenheiten schwebendsten Personen oder Korporationen wahrnehmen, dann könnten sie sich gratulieren und darum weise ich die gegen die bessere betriebene Demagogie mit den "Interventionen" und der "Klumpenpuherei" als einen geradezu unmwürdigen Agitationsstreik, als einen beschämenden Agitationsklager zurück. Und was die Forderung anlangt, daß dieses System gestürzt werden müsse, daß die Interventionenminister Spina und Gjech von der Bildfläche zu verschwinden haben, so deckt es sich vollständig mit dem Verlangen des agrarischen "Mladý Venkov", dessen Strohfeuer so ausblitzt:

Hinaus aus der Regierung mit dem Dr. Gjech. Verurteilt ständig seine Tätigkeit. Dieser Deutsche, der Millionen in das deutsche Gewerbe stößt und an die armen Tschechen ständig vergrößert, verdient nichts anderes. Wir bitten, daß der Augenblick kommt, wo dieser Herr und seine Partei, die antisozialistisch ist, aus der Regierung verschwindet. Weg mit Dr. Gjech

Doch, Genossen, beinahe hätte ich an die "Erfolge" vergessen, die Herr Abgeordneter Krebs mit der Laterna sucht, aber nicht finden kann. Vielleicht wäre es an der Zeit, nach irgend etwas über die Erfolge, über die Arbeit und Wirksamkeit der reichsdeutschen nationalsozialistischen Minister zu erfahren. Was haben sie zur Linderung des Elends der Arbeitermassen, was zur Abbildung der Steuerlasten der arbeitenden Schichten getan? Ist es ihnen gelungen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, das Elend der Arbeiterklasse auszulösen, der sozialen Not Einhalt zu tun?

Herr Abgeordneter Krebs wendet über die "ununterbrochenen neuen Steuerbelastungen", aber nach wie hat es in den von den deutschen Nationalsozialisten regierten Ländern so viele neue Steuern erregnet, als gerade unter ihrer Herrschaft? Die deutschen Nationalsozialisten klagen und wegen Reduzierung der Bezüge der Staatsbeamten an. Aber jedes der von den Nationalsozialisten regierten Länder hat diese Maßnahme durchgeführt.

Und nun gestatten Sie mir, auch noch ein Wort zum

### nationalen Problem unseres Landes

zu sagen. Als wir in die Regierung eintraten, haben wir es klar und deutlich ausgesprochen, daß wir damit keine unserer Programmforderungen preisgeben, zumal sie in der grundsätzlichen Einstellung der sozialistischen Arbeiterinternationale, der auch die tschechischen Genossen angehören, ihre restlose Stütze haben. Wir haben während der Dauer der Regierungsteilnahme jede Gelegenheit wahrgenommen, unseren Standpunkt immer und immer wieder zur Geltung zu bringen, und wir waren glücklich, dabei bei unseren tschechischen Freunden nicht nur volles Verständnis, sondern jede denkbare Unterstützung zu finden. Die tschechischen Genossen haben aus dieser Einstellung zu den nationalen politischen Problemen des Landes kein Geßl gemacht und sie - gerade während der Dauer der Koalition - in ihren programmatischen Leitlinien fest verankert. Doch wir, wo sich die Gelegenheit ergab, im Verlaufe unserer Koalitionswirksamkeit immer und immer wieder bemüht waren.

### die besonderen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen mit Rücksicht zur Geltung zu bringen.

hat eine ganz Reihe öffentlicher Tagungen, nicht zuletzt die Prager Septembertage des Jahres 1930, bewiesen. Dabei will ich gar nicht besonders betonen, daß mehrfache legislatorische und administrative Maßnahmen - ich nenne hier nur beispielsweise das Pflegekindergesetz, das das Schicksal von 460.000 darunter 120.000 deutschen Kindern, im Auge hat - den besten Beweis dafür erbracht hat, wie sehr uns die Sorge um die umfassendste Bereicherung der kulturellen und sozialen Interessen der deutschen Bevölkerung zumindst so am Herzen liegt, wie den deutschen Nationalsozialisten, welche sich so gebären, als würden sie die Sorge um die deutsche Bevölkerung für sich gepachtet haben. Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, auf eine Rede des Herrn Abgeordneten Jung zu verweisen, in der er ausführte:

"Die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokraten ist allzu sehr auf die sozialen Tagesfragen gerichtet ohne daß beachtet wird, daß die nationale Frage im Wesen eine soziale, und zwar die primäre Frage ist."

Antwort! Wir geben dies ohne weiteres zu. Wir haben, als der fürchterliche Notstand über die Heimatbevölkerung dieses Staates hereinbrach, als es sich darum handelte für den Nährland der durch die Krise heimgeschlagenen und in der Existenz bedrohten arbeitenden Schichten vorzuzuführen für Hunderttausende von Menschen Arbeit und Brot zu suchen und zu schaffen die Kinder des Proletariats vor der Unterernährung und Deprivation zu bewahren, das Schicksal der durch die Krise mitheimgeschlagenen Witwen und Waisen und Greise zu lindern, selbstverständlich vor allem darauf alle unsere Kräfte anzuwenden, daß es uns in unserer Macht und in unseren Schwächen Kräfte so auch tatsächlich unternommen. Und indem wir für hun-

schärfende Weltwirtschaftskrise, die zunehmende Verelendung der Arbeitermassen, die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller im Proletariat wirkenden Kräfte zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Bourgeoisie, vor allem aber gegen den Faschismus in allen seinen Spielarten, haben den

**Gedanken der proletarischen Einheitsfront** ganz instinktiv neuerlich an die Oberfläche gebracht. In unserer Bewegung hat dieser Gedanke immer die Herzen entzündet und auch die Hirne der Arbeitermassen auf seiner Seite gehabt. Nach wie vor lebt in uns die Idee des Proletariatskongresses, die uns unser ungeschicklicher Freund Josef Seliger als lastbares Kleinod hinterlassen hatte und für die er, wenn er sie hätte realisieren und ihre Bewirklichung erleben können gerne sein Herzblut hergegeben hätte. Als die Kommunisten, die inzwischen ganz Arbeit geleistet, die geschlossene Kampffront des tschechoslowakischen Proletariats zerbrochen, die Gewerkschaften zertrümmert, die Genossenschaften unterminiert, das Vertrauen der Arbeiter in die Vertrauensmänner erschüttert, kurz und gut, die stolze Arbeiterbewegung dieses Landes zerstört hatten und alle ihre Zweige krumm und klein geschlagen haben, befehlsgemäß mit der Einheitsfronttaktik wieder ein, mit der es ihnen eine Zeitlang gelang, die breiten Massen zu beirren und zu dupieren, mit der sie aber sehr bald, nachdem ihnen inzwischen das Handwerk gründlich gelegt wurde, niemanden mehr auf der Seite zu finden vermochten. Aber nun wittern sie wieder Morgenluft. Die Kontrerevolution erhebt drohend ihr Haupt, der Faschismus und Nationalismus gewinnt immer mehr an Boden, die Lage der Arbeiter verschlechtert sich zusehends,

es gibt beinahe keinen Arbeiter mehr, der es nicht mit Befremdung empfindet, daß die Arbeiterklasse geschlagen, die Arbeiterbewegung geschwächt und in die Hinterhand gedrängt ist. Nun haben sie wieder in allen Ländern mit ihren Einheitsfront-Männern eingeleitet, mit denen sie ihre Kampfreihen wieder aufzufüllen hoffen. Aber wir haben ihnen das Konzept gründlich verdorben. Unsere Ältesten Genossen haben ihnen für die Dauer des Gemeinwohlkampfes selbst die Einheitsfront angedehnt und nur verlangt, daß für die Dauer des gemeinsamen Kampfes die gegenseitigen Geschäftsflehen eingestellt werden. Die Antwort war — wir zitierten sie nach dem „Vorwärts“ —

daß die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus nicht nur eine Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus sei, sondern auch gegen den Faschismus in allen Erscheinungsformen, also auch in der Form des Sozialfaschismus, gegen den sich die Einheitsfront genau so richten müsse, wie gegen den Nordbrot der Hülferbanden und der Jung-Anhänger.

welche Antwort auch noch durch die moralische Entrüstung ergänzt wurde, daß die Ältesten Genossen einen Generalpardon verlangen und den Kommunisten die gegenseitige Kritik verbieten wollen, was schon deshalb abgelehnt werden müsse, weil ja die Arbeiterklasse nur dann fortzuschreiten könne, wenn sie jeden ihrer Schritte kritisch prüft und bewertet, aus ihren Erfahrungen lernt, worin das eigentliche Wesen der Arbeiterdemokratie erblickt wird.

Wer unsere kommunistischen Pappenhelmer nicht kennt, dem könnte die moralische Entrüstung über das ihnen zugemutete „Mundstopfen“ vielleicht noch imponieren. Wer aber weiß,

wie es in dieser Partei um das Recht der freien Meinungsäußerung ihrer Mitglieder, um die individuelle geistige Freiheit überhaupt bestellt ist, der kann über die moralische Entrüstung der Herren Gottwald und Reimann nur lachen. Die kommenden Ereignisse werden auch dem letzten Arbeiter den Nebel vor den Augen wegschieben und ihm klar vor Augen führen, daß

eine Sammlung der Arbeiterbewegung, eine Zusammenfassung der proletarischen Kräfte nur unter den Fahnen der Sozialdemokratie möglich

ist, die seit vielen Jahrzehnten an der Spitze des sozialistischen Proletariats marschiert und die unter Zusammenfassung aller Zweige der Arbeiterbewegung jene Einheitsfront darstellt, die allein der kapitalistischen Bourgeoisie die Stirne zu bieten und das Proletariat einer besseren Zukunft zuzuführen vermag.

Die Kommunisten sind gegen die vom Fürsorgeministerium überreichte Gesetzesvorlage über die Biergigstundemooche in peribester Weise Sturm gelaufen,

obwohl ihnen schwarz auf weiß bewiesen wurde, daß die Biergigstundemooche nur in Verbindung mit dem Lohnausgleich beantragt wird. Was würden die Kommunisten sagen, wenn wir ihnen an der Hand der Berichte der kommunistischen Blätter, wie „Tend“ und „Pravda“, und „Industrialisacia“ aufzeigen wollten, es um es um die Arbeiterschaft in Sowjetrußland bestellt ist, daß in den großen Werken nicht nur nicht vom Siebenstundentag eine Spur ist, sondern daß zumeist 10, vielfach sogar 12—16 Stunden und manchmal, wie etwa im Ragnetrogorwerk oder der Stalgin, laut der Meldung des „Tend“ vom 7. November 1931, von einzelnen Arbeitern ununterbrochen Tag und Nacht gearbeitet wird.

Die Kommunisten machen sich über die staatliche Ernährungsaktion, die sie aber ganz weidlich auszunutzen verstehen, lustig und

wissen gar manches über die sogenannten „Gegensätze“ zu erzählen, was würden sie sagen, wenn man der Öffentlichkeit einmal etwas über die „Stalin-Karten“ auseinandersetzen

wird aufzeigen wollte, wie die Einwohner von Stalingrad sich, der offiziellen „Industrialisacia“ vom 7. September 1931 zufolge, auf Grund von Lebensmittelkarten stundenlang wegen Kohle und Brot anstellen, wie die Arbeiter von Stalingrad Tag und Nacht auf die Milch warten und sich — wie der „Tend“ vom 17. August 1931 meldet, in Lugansk

schon um 3 Uhr früh anstellen müssen, um den Kindern einen Tröpfchen Milch geben zu können.

Was würden die Kommunisten sagen, wenn wir an der Hand amtlicher Meldungen auseinandersetzen wollten, wie der russische Reallohn ständig sinkt und sich schon deshalb immer mehr entwertet, weil sich die russischen Arbeiter mehr als ein Drittel des zum Lebensunterhalt notwendigen in den sogenannten Kommerzläden zu den horrenden und bei den herrschenden Lohnverhältnissen unerträglich hohen Preisen kaufen müssen.

Was würden die Kommunisten übrigens sagen, wenn wir an der Hand konkreter Daten aufzeigen, daß dabei der Großteil der russischen Arbeiter ruhig zwischen muß, wie der

besonderen Schicht der „Privilegierten“ auch hinsichtlich der Lebensmittelversorgung ganz besondere Begünstigungen eingeräumt werden.

Es gibt eben auch in Rußland zwei Sorten von Ratten: die hungerigen und die fatten.

Wenn wir all dies aufzeigen, so geschieht es absolut nicht, weil wir für die Schwierigkeiten, unter denen Rußland seinen Aufbau durchführt, kein Verständnis haben.

Wie die ganze sozialistische Welt, so begleiten auch wir diese Aufbauarbeit mit unseren innigsten Wünschen, aber das schließt nicht aus, daß wir über diese Dinge offen reden und uns, wie es einmal Rosa Luxemburg sagte, kritisch mit der russischen Revolution auseinandersetzen, was die beste Schule sowohl für die deutsche, wie auch die internationale Arbeiterschaft ist.

Ich möchte noch einiges über unsere deutschen Christlichsozialen

sagen, denen es in den letzten Tagen, anläßlich ihres Parteitag, beliebt hat, uns wieder einmal gründlich die Lebnis zu lesen, uns vorzuhalten, daß die jetzige Koalition das „reine Erbe“, das sie vom Bürgerblock erhielt, vertan hätte, daß, während die erste national gemischte Koalition „ein Versuch der Annäherung und des Vertrauens“ gewesen sei, man heute wieder in die Jahre 1918, 1919, in das alte gegenseitige Mißtrauen, verfallen sei, daß man in der früheren Koalition infolge freundschaftlicher Zusammenarbeit die ersten Früchte in der Handhabung des Sprachrechtes, in der Ordnung des Schulwesens, in der Staatsangestelltenfrage und auch in der Durchführung der Bodenreform zu ziehen in der Lage gewesen sei und daß schließlich der große Fehler der bestehenden Koalition sei, daß sie programmlos gebildet wurde und daß sich alle Parteien bedingungslos zum Eintritt bereit fanden. Es ist schwer, seine Satire zu schreiben.

Herr Abgeordneter Mayr-Harting rechnet vermutlich mit unserem schlechten Gedächtnis. Wer anderer ist es gewesen, der auf die Frage, warum die deutsche Christlichsoziale Partei bedingungslos und programmlos in die Regierung eingetreten sei, am 11. März 1927 zur Antwort gab:

Wir genügt die Tatsache, daß dieser Staat von einer Mehrheit regiert wird, an der Tschechen, Deutsche, Slowaken und Ungarn beteiligt sind, von einer Regierung, in der Deutsche, Tschechen und Slowaken sind. Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden; auch die Tschechoslowakei wurde nicht erst am 28. Oktober 1918, sondern in jahrelanger Vorarbeit geschaffen und die deutsch-tschechische Koalitionsherrschaft dauert ein Jahr. War es nicht der tschechische Reichsparteitag, auf dem die deutsche Christlichsoziale Partei aber beschlußgemäß feststellte:

Veider muß der Reichsparteitag die Klagen der früheren Parteitage wiederholen, daß die Gleichberechtigung im zehnten Jahre der Regierung in wichtigen Belangen noch immer nicht verwirklicht wurde.

Und wenn es den Christlichsozialen beliebt, uns für die heutige wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich zu machen, und uns das Vergeuden des reichen Erbes vorzuhalten, dann antworten wir, daß,

wenn irgend etwas geeignet gewesen ist, die Lage der arbeitenden Schichten dieses Landes und darunter natürlich auch der deutschen Bevölkerung zu verschlimmern, es vor allem die Wirksamkeit des Bürgerblocks gewesen ist.

Mit der

deutschen Nationalpartei brauchen wir uns wohl nicht allzu sehr zu bemühen, seitdem sie von den deutschen Nationalsozialisten in den nationalen Kriewinkel gestellt wurde und nur noch von der täglichen Auspeitschung der niedrigsten Instanz gegen die Sozialdemokratie und ihre Vertrauensmänner lebt, um einen Beweis ihrer Existenzberechtigung zu erbringen. Da sie sich anders nicht zu helfen weiß, schändet sie das Andenken Seligers und Hillebrands, indem sie sich als Bundesgenossen für sich reklamieren und gegen die jetzige Führung der Partei und vor allem gegen die Zusammenarbeit des tschechischen und deutschen Proletariats auszuspielen versucht.

Und nun Genossen, gestatten Sie mir noch ein

**kurzes zusammenfassendes Wort:**

Wir stehen in dieser Stunde vor den schwierigsten Aufgaben, die an unsere Partei, an unsere ganze Bewegung die allergrößten Anforderungen stellen. Sie zu bewältigen, bedarf es schier übermenschlicher Kraft, vor allem aber einer Opferbereitschaft und Hingabe, deren nur eine Partei von solch stolzen Traditionen fähig ist, wie es die unfrische ist. Was die nächste Zeit erbringt, können wir allein nicht schaffen und kann auch keine andere sozialistische Partei allein bewältigen.

Wie im internationalen Maßstabe nur die Zusammenfassung der Kräfte aller sozialistischen Parteien der Welt den Kapitalismus entscheidend schlagen, den Faschismus niederwerfen, dem Völkermord ein Ende bereiten

kann, so kann auch in den kleineren Verhältnissen unseres Landes keine der proletarischen Parteien für sich allein den Sieg an die Fahnen des Sozialismus heften, sondern nur das gesamte, auf diesem Boden wirkende sozialistische Proletariat, nur die ganze, international zusammengefloßene, von dem Geist brüderlicher Solidarität erfüllte Arbeiterklasse dieses Landes.

Nach dem herrlichen Wendepunkt in Smichow, nach den zurückliegenden Jahren ungetrübtester Zusammenarbeit haben wir den festen Glauben, daß das in der gemeinsamen Not und in den gemeinsamen Kämpfen gestählte Freundschaftsbündnis der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie für die Ewigkeit geschwiedet ist und daß

keine Macht der Erde das tschechische und deutsche Proletariat, die Arbeiterklasse aller Nationen dieses Landes wieder auseinanderreißen wird.

Und so entbieten wir denn von dieser Stelle nicht nur der sozialistischen Arbeiterinternationale, sondern auch allen Bruderparteien dieses Landes und damit auch der Arbeiterklasse aller Nationen unseren Freundschaftsgruß. Gemeinsam mit ihnen wollen wir auf diesem Boden einer gerechten sozialen Ordnung den Weg bahnen und damit auch die Vorbereitungen für ein glückliches Zusammenleben, für die Zusammenarbeit der Völker dieses Staates schaffen. Nur dieser Weg kann zum endgültigen Sieg der Arbeiterklasse führen.

Die kommenden schweren Tage machen uns zur Pflicht, wachsamem Auge die weitere Entwicklung zu verfolgen und uns für jede Situation bereit zu halten, damit wir nicht durch die sich vielfach überschneidende Entwicklung überannt werden.

Wir müssen aber auch unsere letzten Kräfte anbieten, um unsere Partei kampfbereit zu machen und kampffähig zu erhalten und alle ihre Zweige und Teile zu einem festen Gefüge zusammenzuschließen, vor allem aber unsere Jugend, diesen lebendigen Kraftquell unserer Bewegung, in unsere Reihen eingliedern und uns von der Glut ihrer Herzen, von ihrer strahlenden Begeisterung mitreißend, durch ihre Tatkraft und Entschlossenheit härten lassen.

Vor allem aber, Genossen, müssen wir jetzt in der Stunde der Not einig sein, denn nur Einigkeit und Geschlossenheit und der Glaube an die Arbeiterklasse, der Glaube an ihren endlichen Sieg vermag uns an das Ziel heranzubringen, das sich das internationale sozialistische Proletariat gesetzt hat.

Genossen! Die zurückliegenden Jahre haben uns nicht nur schwere und heisse Kämpfe, sondern auch viel Haß und nicht wenig Bitternis gebracht. Sie haben unsere Nerven und unsere Geduld auf die

**Die Wirtschaftsverhandlungen mit Oesterreich**

werden in Prag fortgesetzt.

In den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei ist heute eine Pause eingetreten, weil im Verlaufe der Diskussion von beiden Seiten Anregungen aufgeworfen wurden, die ein näheres Studium erfordern. Die Verhandlungen, die im Geiste einer weitgehenden Bereitwilligkeit stattfinden, haben den Zweck, die beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen weitestgehend zu ermöglichen und zu beleben. Die weiteren Verhandlungen werden in Prag stattfinden.

härteste Probe gestellt, ungezählte Gistpfeile sind auf uns niedergeprasselt und wir haben standgehalten, wir haben übermenschliche Geduld an den Tag gelegt und trotzig zurückgeschlagen, aber wir haben den Kampfplatz, auf den uns die Arbeiterklasse gestellt hatte, nicht verlassen, die Pfeile sind von uns abgeprallt und haben vielfach die andere getroffen, wir aber sind unverletzt geblieben, weil unser Recht unverletzlich und unsere Sache heilig ist.

Auch die kommende Zeit wird uns sicher nichts Besseres bringen, aber wir werden — unseren Feinden zum Trotz — auch weiter ausharren, auch weiter und bis zum letzten Atemzuge als Soldaten der Arbeiterklasse unsere Pflicht erfüllen, der herrlichen Worte Hermann Greulichs eingedenk:

Geh Deinen Weg und laß die Leute schwächen. Die Bahn ist lang — die Leute schwächen viel. Mag Underland von Ort zu Ort Dich hetzen, Geh Deine Bahn! Denk an Dein hohes Ziel! Mag mancher Dich hart und schwer verletzen, Der schonungslos in Deine Seele fiel, Wir ob von Dir, was Deine Seele umwittert, Geh Deine Bahn, aufrecht und unerschütterlich!

Das Referat, welches Gen. Czech gehalten hat und das fast drei Stunden in Anspruch nahm, fesselte durch seinen systematischen Aufbau und seine zwingende Logik die Zuhörer bis ans Ende, die sich, als Gen. Czech schlußvoll geendet hat, von ihren Sigen erhoben und langanhaltenden Beifall spendeten.

Zum Schluß hielt der Vorsitzende dem verstorbenen Bergarbeiterführer Inzardim einen Nachruf und vertagte sodann die Verhandlungen auf Sonntag vormittags halb 10 Uhr.

**Die Hakenkreuzler sind Arbeiterverräter!**

Karlsbader Nazi Führer im Kampf gegen Arbeiterlöhne und Kollektivverträge.

Der Erfolg, den die Hakenkreuzler bei den Gemeindevahlen in Karlsbad im April d. J. erzielt haben, beginnt sich bereits auszuwirken; und alle Bestrebungen dieser „Arbeiterpartei“ werden von den Deutschenationalen eifrig unterstützt. Die neue Gemeindevertretung war noch nicht 14 Tage konstituiert und schon begann der neue Bürgermeister Josef Seher, ein nationalsozialistischer Abgeordneter, seine Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft. Er verlagte als erstes eine Krisenabgabe der städtischen Arbeiter und sicherte auch zu, daß der Kollektivvertrag nicht gekündigt werde, wenn die Gewerkschaften einer solchen Abgabe zustimmen. Die Gewerkschaften teilten mit, daß sie grundsätzlich einverstanden sind, eine freiwillige Krisenabgabe einzuführen, wenn der Kollektivvertrag nicht gekündigt wird.

Damit war nun der Theoretiker des nationalen Sozialismus in eine arge Verlegenheit gekommen und er ordnete daher andere Maßnahmen an. Es wurde für 500 Arbeiter die 50prozentige Beschäftigungsmöglichkeit eingeführt und die fremdständigen Arbeitnehmer bis zu 10 Dienstjahren wurden gekündigt und entlassen. Verhandlungen mit den Gewerkschaften wurden abgelehnt und die Maßnahmen der beiden Bürgermeister wurden von den bürgerlichen Vertretern des Stadtrates bestätigt.

Die Freien Gewerkschaften mußten die Arbeiterschaft zu einer öffentlichen Kundgebung unter freiem Himmel im Kurpark einberufen, um den Herrn Abgeordneten und Bürgermeister Seher zu zwingen, Verhandlungen mit den Gewerkschaften anzubereitern.

Da begann sich Seher umzustellen. Bei den Beamten hatte er bereits 50 Prozent Gehaltsabbau durchgesetzt und bei der Arbeiterschaft hatte er durch die Einführung des dreitägigen Aussezens in der Woche ebenfalls den 50prozentigen Lohnabbau erreicht. Die Freien Gewerkschaften haben nun mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf gegen die Bestrebungen der Hakenkreuzler aufgenommen und es war ihnen bei einer Verhandlung bei der Schiedskommission für Betriebsauschüsse gelungen, die bereits erfolgte Entlassung der fremdständigen Arbeitnehmer aufzuhalten, beziehungsweise die bereits erfolgte Entlassung als ungültig zu erklären.

Auch das Kapitel „Doppelverdiener“ wurde besprochen und wie sich der Herr Abgeordnete, der vorzigt, vom arbeitenden Volk gewählt zu sein und auch arbeitendes Volk vertreten will, in dieser Frage benahm, sei nicht verschwiegen. Es wurden Arbeiterinnen entlassen, die während der Sommermonate in einem städtischen Betriebe gegen einen Wochenlohn von K 100 eingestellt sind, weil die verwitwete Mut-

ter in einem anderen städtischen Betriebe ebenfalls während der Sommermonate beschäftigt war. Die Mutter wurde nach der Saison als Saisonarbeiterin abgebaut und die Tochter wurde als „Doppelverdienerin“ entlassen. Keine bürgerliche Partei in Karlsbad hätte sich getraut so empörende Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft einzuleiten, wie die Hakenkreuzler, unterstützt von der „Tschechoslowakischen Bäderzeitung“ (Wolfsverlag). Die Maßnahmen der Hakenkreuzler und ihres Führers wurden ständig in dieser lauderen Presse als „unumgänglich notwendig“ hingestellt und so haben nun beide erreichen können, daß tatsächlich in offener und schneidiger Form gegen die Arbeiterschaft vorgegangen wurde. Der Kollektivvertrag wurde am 1. Oktober gekündigt und es wurden auch den Freien Gewerkschaften Vorschläge für die Aenderung des Kollektivvertrages übermittelt.

Es wird vorgeschlagen, daß die Löhne der städtischen Arbeiter mit den Löhnen in der Privatindustrie gleichzustellen sind, die im Jahre 1928 erfolgten Erhöhungen seien zu streichen. Nebengebühren, wie Anschaffungsbeiträge u. a., seien ebenfalls wegzunehmen, so daß also im neuen Kollektivvertrag lediglich noch der Stundenlohn der Bauhülfsarbeiter übrig bleiben soll.

Die Freien Gewerkschaften haben es abgelehnt, auf solchen Grundlagen zu verhandeln. Es war gerade der Herr Abgeordnete Seher, der früher sagte, daß die Stadtgemeinde nicht daran denke, den Kollektivvertrag zu kündigen.

In der darauf folgenden Stadtvertretertagung hat er selbst das Referat über die Kündigung erstattet.

Die Hakenkreuzler sprechen in ihren Flugblättern viel vom Bankkapital, beschimpfen die Sozialdemokraten und die Freien Gewerkschaften und führen an, daß der Staat die Beamtengehälter abbauen wolle. In Karlsbad jedoch wird auf Verreiben der Hakenkreuzler den städtischen Arbeitnehmern das Einkommen um 50 Prozent gekürzt!

Die Kommunisten überlassen es nach dem Fehlschlagen ihrer lächerlichen „Streik“-Aktionen den Freien Gewerkschaften, die Interessen der gesamten städtischen Arbeiterschaft zu vertreten.

Der Sieg der Hakenkreuzler in Karlsbad ist zu einem Fluß für die dortigen städtischen Arbeitnehmer geworden; die Unternehmenssekretäre der Industriellen-Organisationen können nach Karlsbad gehen, um von den Hakenkreuzlern zu lernen, wie man die Arbeiterschaft um ihre Rechte und um ihre Kollektivverträge bringen kann. Ein Versuchsgarten fürs Dritte Reich ist also auch in unserer Republik erreicht worden.

# Unsere Frauen-Reichskonferenz.

## Erster Verhandlungstag: Eröffnungsreferat der Genossin Toni Sender-Berlin.

Freitag nachmittag trat im Kleinen Saal der Produktionsbörse in Prag die Frauenreichskonferenz zusammen. Von der Stirnseite des Saales, oberhalb des Büros, leuchtet unter dem Bilde Seligers auf rotem Grund groß das Dreifaltigkeitskreuz. Zum vollen Saal spricht Genossin Jettin Binderberger-Brünn formvollendet ein wichtiges Kampfgedicht Erna Haberzettls. Dann eröffnet die Vorsitzende unserer Frauen-Organisation Genossin Anna Ferthen die Tagung in bewegten Worten über die schwere Notzeit, über die Auswirkungen der Krise auf die proletarischen Frauen und auf unsere Frauenbewegung; mit einem Gedanken für die in den letzten Jahren verstorbenen Genossinnen schließt sie.

Das Präsidium, das sodann gewählt wird, setzt sich zusammen aus den Genossinnen Irene Kirpal-Kassig, Gisl Paul, Prag, Wager-Troppan und Marterer-Münchhof. Nach der Wahl auch einer Mandatsprüfungs- und Wahlkommission begrüßt die Vorsitzende Genossin Kirpal die Konferenz und unter Beifall besonders die Gäste: Adelheid Popp (Österreich und Internationales Frauenkomitee), Toni Sender-Berlin und die tschechische Genossinnen Karpiskova, Jurneckova und Kllova, ferner die Vertreter unserer Partei, der Gewerkschaften und der Genossenschaftlichen. Unter vielen Begrüßungsschreibern wird auch eines der Genossin Altmann, der Sekretärin unserer Frauenbewegung erwähnt, der die Konferenz zu danken freudig beschließt.

Die Konferenz beschließt nunmehr folgende Tagesordnung: 1. Referat der Genossin Toni Sender über „Die Frau und der Faschismus“; 2. Referat der Genossin Blatin: „Der Kampf um den Sozialismus“; 3. Mutterchaftsfragen; 4. Wahlen; 5. Allgemeines.

### Begrüßungen.

Adelheid Popp, herzlich begrüßt, gibt der tiefen Verbundenheit der österreichischen sozialdemokratischen Bewegung mit der unsere Ausdruck und erinnert an die vielen und langen gemeinsamen Kämpfe, an gemeinsame Siege. Wir Frauen, sagt sie, sind eigentlich in sehr ungünstiger Zeit zu unserer Gleichberechtigung gekommen; wir wollten der Welt den Frieden bringen und nun leben wir uns nicht nur immer neuen Kriegsrüstungen gegenüber, sondern auch den Kämpfungen im Innern der Länder unsere Errungenschaften widerzuerheben. Eine große Bedeutung kommt für uns alle den bevorstehenden Reichstagswahlen zu, auf deren Entscheidung nicht nur alle Revolutionäre, sondern auch alle Reaktionskräfte warten. Würden die Faschisten siegen, dann stünde uns ein fürchterlich schwerer Kampf bevor. Und so kann leider jetzt unser erstes Wort nicht mehr der Ruf nach dem Frieden sein, sondern die Parole „Zeit gerüstet zum Kampf!“ Den Grüßen der österreichischen Genossinnen fügt Adelheid Popp den Gruß des Internationalen sozialistischen Frauenkomitees bei und stellt fest, daß dieses Komitee die deutschen und tschechischen Genossinnen in der Tschechoslowakischen Republik immer als die besten und treuesten Stützen der sozialistischen Internationale gelobt hat.

Genossin Karpiskova spricht erst tschechisch ein paar Worte, in denen sie auf die ersten, politischen Auseinandersetzungen in der Koalition gerade in diesen Tagen hinweist und überträgt dann deutsch die herzlichen Grüße der tschechischen sozialdemokratischen Frauen, deren tiefen Zusammengehörigkeit und Freundschaft sie ausdrückt. Wir sind uns alle bewußt, was für die Arbeiterschaft jetzt auf dem Spiele steht:

es geht nicht nur um die sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit, sondern um die Freiheit der Arbeiterklasse überhaupt.

Daraus ergibt sich strengste Gewissenhaftigkeit unserer Arbeit, die aber nie zur Schwächung unserer Kampfkraft führen darf. Die beste Waffe im Klassenkampf ist für uns die treue Zusammenarbeit und Solidarität der beiden sozialdemokratischen Parteien, die herrlichste Symbiose in dieser schweren Zeit ist für uns das Bewußtsein beiderseitiger Entschlossenheit, auch die kommenden Kämpfe untrennbar zu führen. (Herzlicher Beifall.)

### Toni Sender spricht

Die Vorsitzende erteilt sodann der Genossin Sender-Berlin das Wort, die ihr Referat „Die Frau und der Faschismus“ zu einer großartigen Darlegung der Entwicklung und Charakterisierung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Entwicklung in Deutschland macht. In ihrer geistig fesselnden und mit zwingender Logik aufgebauten Rede, der die Konferenz in ununterbrochener Spannung folgt, geht sie von einem geschichtlichen Rückblick auf die Revolution von 1918 und ihren Voraussetzungen aus. Einer ihrer hauptsächlichsten Leitzgedanken ist die Feststellung, daß

die alte Sozialdemokratie das sozialpolitische Moment dem machtpolitischen Moment zu sehr untergeordnet

hatte. Sie gibt dann eine treffliche Definition der Demokratie, die sich nicht im parlamentarischen System erschöpft, sondern deren Wesen in der Freiheit und Gleichheit des Staatsbürgers besteht, die wiederum erst die Atmosphäre schaffen, in der in Mensch der Mensch für Menschenwürde hat, überhaupt erst existieren kann. Wir

haben die Demokratie immer vorweg als den geeignetsten Kampfboden für den Klassenkampf betrachtet und wir haben auf diesem Boden überall uns große politische Positionen erobert; aber man kann diese Positionen nur halten und ausbauen, wenn sie machtpolitisch und ökonomisch untermauert sind, und wenn sie von bewußtem Willen der Massen erlämpft und erhalten werden. Jetzt ist die Phase für das deutsche Volk gekommen, die Freiheit, die ihm im Jahre 1918 sich eröffnete, im Kampfe zu erobern und wir werden uns die wahre Demokratie nur erobern, wenn wir Kampf und Sieg verbinden mit dem Kampfe um die Sozialisierung der Wirtschaft. Die Referentin bespricht nun die politischen, sozialen und psychologischen Ursachen der Weltwirtschaftskrise und der besonderen Krise in Deutschland, wobei sie die Krise zwar als eine der zyklischen Krisen, aber doch als eine nicht normale Krise des Hochkapitalismus in seiner schwersten Erschütterung bezeichnet. Mit besonderer Ueberzeugungskraft entwickelt Genossin Toni Sender jene Ursachen des Faschismus, die in der Umwandlung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Mittelschichten wurzeln, jener proletarischen Schichten, die die Verschlechterung ihres Schicksals in der Republik erlitten haben und deswegen kurzfristig und verheißt die Staatsform und den Faschismus für eine Entwicklung verantwortlich machen, die vom Marxismus als zwangsläufig vorausgesetzt wurde. Genossin Sender wendet sich sodann der Besprechung des Wesens des Faschismus zu, der in Deutschland

ebenso wie in Italien auch in der verschwommenen romantischen Sehnsucht nach einer Umgestaltung der Verhältnisse und im Messiasglauben seine Wurzeln hat. Sie bespricht

die faschistische Erziehung der Jugend zu kritiklosem Gehorsam unter einer gesteigerten Disziplin, die die Persönlichkeit ersticht und aus den jungen Menschen Krieger, Demagogen und Landsknechte macht.

An dem Beispiel des italienischen Faschismus mit seiner Pratorianer-Elite, mit seiner Scheinhierarchie und seinen verlogenen Korporationen, an der Tatsache weiter, daß der italienische Faschismus die Vereindachung der Nation beschleunigte, zeigt sie die voraussetzbare Tendenz auch des deutschen Faschismus auf, der auf dem Sumpfboden der Nachkriegszeit gewachsen ist, nur im Sumpfe blühen kann und daher an einer Ueberwindung der Krise gar nicht interessiert ist. Der Faschismus bereichert den Faschismus nur mit seiner antisemitischen Tendenz, deren Wirkungskraft ihre Ursache darin hat, daß eben jetzt mehr denn je der Appell an alles Triebhafte im Menschlichen Erfolg hat. Auch der Antisemitismus stellt eine Ablenkung von den vorhandenen starken Spannungen statt deren Entladung dar. Unter fühlbarer Bewegung der Konferenz gibt die Sprecherin einiges aus dem vertraulichen Referenten-Material der Nationalsozialisten in Deutschland bekannt; diese Anweisungen predigen im öffentlichen Kampfe gegen die Gewerkschaften, gegen das Streikrecht, gegen die Sozialversicherung, Abschaffung der Frauenerwerbsarbeit, Einführung der Arbeitsdienstpflicht und imperialistische Ziele, welche letztere ebenso wie die

### Das Manifest der sozialdemokratischen Frauen:

## Arbeitende Frauen und Mädchen in Stadt und Land!

Krisennot bedrängt die Arbeitenden, bedrängt besonders die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Zur körperlichen Schwächung durch die vielerlei Entbehrungen, die Dauerarbeitslosigkeit, Dauerkurzarbeit und Vorkürzung den Arbeitern auferlegen, kommt bei den Frauen noch die seelische Zermürdung durch die Pein, die Not der Familie, vor allem der Kinder, setzen zu müssen, mittragen zu müssen, ohne helfen zu können! Schon werden, wie in den Schreckenszeiten der letzten Kriegsjahre, unsere Kinder die Opfer von Entbehrungskrankheiten, sammeln Masse, schmalgesichtige, sieche Kinder hungern durch freudlose Tage, — um freudlos wie ihr Leben ist das der Mütter, die in ohnmächtiger Qual vor dem Leid ihrer Lieben stehen.

Und die Mädchen der Arbeiterklasse, sind sie glücklicher, beneidenswerter? Zehntausende sind arbeitslos. Die anderen, noch in Fabriksälen und Kantinen, in Modeschneiderei und in fremder Handarbeit, zittern von Samstag zu Samstag oder von Monatslohn zu Monatslohn vor der Entlassung. Wo sind in dieser grauenvollen Zeit, in der alle wirtschaftlichen Lebensgrundlagen erschüttert sind, noch Möglichkeiten eigener Familiengründung, der Erfüllung so vieler Sehnsüchte nach Gründung eigenen Heimes?

### Zu grauenvoller Sinnlosigkeit wird das Frauenleben in der Zeit der schlimmsten aller Wirtschaftskrisen!

Viele Frauen versinken in dumpfe Hoffnungslosigkeit.

Viele flüchten, Vergessen suchend, Trost suchend in Zerstreuung. Andere lassen sich verlocken durch die Verheißung eines irdischen Messias, Alerikalismus, Faschismus und sogar Sekterei aller Art sind die Nutznießer des Wirtschaftsdurcheinanderens und der geistigen Verwirrung unserer Zeit.

Aber, ihr arbeitenden Frauen und Mädchen, je mehr die Gedanken und das gläubige Vertrauen sich jenseits der Wirklichkeit steigenden Verheißungen zuwendet, umso leichter, umso häufiger wird die wirkliche Ursache der Not der Frauen, der Not ihrer Lieben, der Not der arbeitenden Bevölkerung übersehen!

### Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes.

Wir rufen euch zu: beachtet die Welt, in der ihr lebt, beobachtet die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge, — beobachtet und denkt nach! Das Ergebnis eures Nachdenkens wird die Erkenntnis sein, daß

### die Ursache aller eurer Nöte das kapitalistische Wirtschaftssystem

ist, dieses anarchische, immer wieder Ueberfluß an Waren und Mangel an Arbeit erzeugenden Wirtschaftssystem! — Ist nicht der Kapitalismus eine furchtbare, das gesamte Frauenleben beeinflussende Macht geworden? Bald zwingt er die Frauen in die Fabriken, bald schleudert er sie

wieder aus dem Produktionsprozeß hinaus, — Familienglück zerstört er, unzählige Frauen beraubt er des Mutterglüdes, hunderttausende Kinder macht er zur Beute des unendlichen Hungers.

Ruh das so bleiben? Ist der Kapitalismus eine unerschütterliche Macht?

Nein! So wie frühere Wirtschaftssysteme ist auch der Kapitalismus zum Bergehen bestimmt, dem Untergange geweiht, sobald er die Aufgabe eines Wirtschaftssystems, die Menschen mit den notwendigen Gütern zu versorgen, nicht mehr zu erfüllen vermag. Millionenheere von Arbeitslosen und Hunger von Millionen bei gleichzeitiger Ueberflut an Lebensmitteln und Verbrauchsgütern, — Mangel und Not in den Arbeiterwohnungen infolge dieses Ueberflusses, das Fortschreiten des Absterbens in allen Staaten, rasend rascher Abbau der Produktion zeigen den Niedergang des Kapitalismus.

### Das versagende kapitalistische Wirtschaftssystem muß durch den Sozialismus ersetzt werden

Sozialismus: das ist gemeinsame Arbeit aller für alle, das ist Planwirtschaft, das ist gemeinsamer Besitz aller Arbeitenden an den Arbeitsmitteln!

Sozialismus: das ist Vertreibung der Not, ist Brot für alle, ist Freiheit aller!

Wollt ihr, Frauen und Mädchen der werktätigen Bevölkerung, den Sozialismus? Dann helfet mit, ihn zu erobern!

Dann reihet euch ein in die sozialdemokratische Partei, die Trägerin der sozialistischen Bewegung!

Die Sozialdemokratie hat seit jeher ihre Gegenwartsarbeit, ihren Kampf um Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter, verbunden mit dem Ringen um die sozialistische Gestaltung der Zukunft.

Auch jetzt führt die Sozialdemokratie gleichzeitig den Kampf gegen das mörderische, zerstörende kapitalistische Wirtschaftssystem und für die sofortige Milderung der Krisenwirkungen, für die Bänderung der drückendsten Not.

### Frauen und Mädchen!

Wir rufen euch auf zur Teilnahme an diesem Kampfe!

Die Not, das zermürbende Elend droht viele Frauen verzagt zu machen. Wir rufen euch zu: **Nun erst recht!**

Ist unfähiger der Kapitalismus, umso notwendiger der Kampf gegen ihn! Je schrecklicher die Folgen des Niederganges des Kapitalismus, umso leidenschaftlicher, umso beharrlicher, unangenehmiger unser Kampf gegen ihn!

Der Sozialismus wird siegen — und damit wird die Menschlichkeit und Freiheit siegen —, wenn die Millionen arbeitender Frauen und Mädchen sich zu ihm bekennen, für ihn kämpfen!

Zu diesem Kampfe, zum Kampfe gegen die Not, zum betrieblenden Kampfe um den Sozialismus ruft euch die sozialdemokratische Partei, rufen euch die organisierten Frauen und Mädchen!

### Die Frauenreichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

steht in Deutschland angebahnte vormilitärische Erziehung die Kriegsgelüste steigern.

Mit dem Geist der Gewalt, der durch den Faschismus umgeben ist, vor allem für die sozialistischen Frauen eine große Aufgabe entstanden. Es genügt nämlich nicht, diese Gewalt nur abzulehnen, sondern man muß ihr entgegenzutreten.

Und ein zweites großes Problem, das auch wiederum die Frauen angeht, ist

die Heranziehung der nach Romantik sehnsüchtigen Jugend, der wir heroische Aufgaben zuweisen müssen, wenn wir sie mehr als bisher für unseren Kampf gewinnen wollen.

Wir müssen das große Zukunftsziel des Sozialismus vor die Jugend als gegenwartsaufgabe stellen. Und indem das in Deutschland bereits geschieht, erhält unsere Bewegung, die gerade jetzt vielleicht heroischer ist als die in dem sogenannten heroischen Zeitalter der Arbeiterbewegung, einen noch nicht dagewesenen Schwung.

Genossin Sender beschäftigt sich dann mit dem Verhältnis des Nationalsozialismus zu den Frauen, denen er bekanntlich eigentlich nur Züchtungsarbeiten zuweist und wendet sich dann zum Schluß der bevorstehenden Entscheidung des 6. November zu. Wie immer, sagt sie, das Resultat sein wird, ob ein Sieg der Reaktion oder eine Schlappe des Faschismus — über eines müssen wir uns klar sein, daß

das Schwerkgewicht der kommenden Kämpfe in den nächsten Monaten nicht im Parlament liegen wird, sondern außerhalb des Parlaments.

Und es ist erfreulich, daß konkrete Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die deutsche Arbeiterklasse genug Kraft besitzt, um diese etwaigen großen Auseinandersetzungen erfolgreich zu führen. Es ist möglich, daß dann die Frage an uns herantritt, wie man den wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu begegnen hat. Wer dann am besten vorbereitet sein wird, der wird wohl auch am ehesten zu Einfluß und Macht gelangen. Die Lösung der Wirtschaftfrage muß verbunden werden mit der Gegenwartsforderung nach dem Umbau der Wirtschaft, nach der Eroberung ihrer Höhen.

Wir sind in Europa in eine entscheidende Phase der Politik eingetreten, die für uns nicht mehr nur die Kunst des Möglichen bedeutet, sondern auch den Willen zu neuer schöpferischer Gestaltung.

Genossin Sender wurde für ihre wertvollen Ausführungen mit stürmischem langanhaltendem Beifall bedacht. Um den Eindruck des Referats nicht abzuschwächen, beschließt die Konferenz (nachdem Genossin Lorenz-Kassig einige wertvolle Ergänzungen beigefügt hatte) auf eine Debatte zu verzichten. Die Vorsitzende begrüßt unter Beifall die inzwischen eingetroffene ungarische Genossin Ronos und vertagt sodann die Verhandlungen auf Samstag.

### Zweiter Verhandlungstag.

Die Samstag-Sitzung wurde um 8.15 Uhr von der Genossin Kirpal eröffnet, welche zunächst der

### Genossin Ronos-Budapest

das Wort erteilt, welche die Frauen-Reichskonferenz im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterinnen Ungarns begrüßt. Wir stehen vor neuen schweren Kämpfen. Bei uns gibt es keinen sozialen Schutz, keinen Schutz der Mütter, keine Arbeitslosenunterstützung. Sie können sich kaum eine Vorstellung machen, wie toll das wirtschaftliche Lage der ungarischen Arbeiterinnen ist. Wir kämpfen in Reich und Glied mit unseren männlichen Genossen, und nehmen aktiven Anteil an ihrer Arbeit. Das faschistische Regime sucht unsere Bewegung durch beispiellose Demagogie zu sprengen. Da sie uns solcherart nicht bezwingen können, wollen sie uns mit Gewalt vernichten. Wir sind jedoch zum Kampfe bereit. (Beifälliger Beifall.)

Genossin Kirpal dankt im Namen der Konferenz der Genossin Ronos, worauf Genossin Jaki, die an anderer Stelle veröffentlichte Resolution gegen den Faschismus verliest. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Mit lebhaftem Beifall begrüßt, erstattet zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

### Der Kampf um den Sozialismus

(Genossin Blatin) das Referat:

Zeit Ende des Jahres 1929 sieht unser gemeinsames politisches und soziales Leben im Zeichen der Weltwirtschaftskrise, von welcher wir nicht wissen, ob sie eine bloße Krankheitserscheinung ist oder schon ein Zeichen des endgültigen Zerfalls des Kapitalismus ist. Die Zahl der Arbeitslosen und die Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel stehen in Italien Gegenstand und zeigen, daß der Kapitalismus vollkommen desorganisiert und der Grundbaustein des unbeschränkten Privatbesitzes unhaltbar ist. 30 Millionen Arbeitslose werden in der Welt gezählt, bei uns in der Tschechoslowakei allein eine dreieckige Million. Diese Menschen physisch widerstandsfähig zu erhalten, ihnen das nackte Leben zu bewahren, ist heute der wichtigste Gegenstand unserer politischen Aktion. Seit drei Jahren hat Genossin Dr. Czech seinen ganzen Willen, seine Gesundheit und Arbeitskraft daran gesetzt, um die Wirkung der Krise auf die Arbeitslosen zu mildern. Es gebietet uns unserer Erkenntnis, in unserer heutigen Tagung dieses Mannes zu gedenken (lebhafter Beifall).

Wir müssen Mittel und Wege finden, um die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit zu steuern, um die Eingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß zu fördern. Den Weg hat uns die Manifestation der beiden sozialdemokratischen Parteien gezeigt. Wir dürfen uns jedoch die Schwere dieses Kampfes durch falsche Hoffnungen nicht wegschmeißen lassen. Was wir vor uns sehen, sind deutliche

Zeichen der Gefahr einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche in diesem Winter hunderttausende neuer Arbeitsloser bedeuten würde. Infolge der rasenden Entwicklung der Maschinenindustrie und den geänderten Arbeitsmethoden sehen wir den Prozeß der Vergeßlichkeit in kapitalistischer Form, der die Massenarbeiterschaft nicht aufhebt, sondern sie weiter verschärft, vor sich gehen. Diese Veränderungen betreffen wesentlich auch die Frauennarbeit.

Wir sehen einen ständigen Zugang von weiblichen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft, aus häuslichen Diensten in die Stadt und in neue Berufe. Die Erweiterung ihrer Berufstätigkeit müssen die Frauen aber damit bezahlen, daß sie in Hilfsarbeiten angehängt werden, wo sich ihnen nahezu gar keine Aufstiegsmöglichkeit bietet.

Verhängnisvoll entwertet wird ihre Arbeit durch die Rationalisierung, die weniger Muskelkraft und mehr Geschicklichkeit und Anpassung erfordert. Darum wird von den rationalisierten Betrieben die Frauennarbeit gesucht. Die Folgen dieser mechanisierten und entmenschten Tätigkeit sind bei den Frauen noch schmerzlicher als bei den Männern.

Wer will sich dann wundern, daß, wie die Statistiken der Krankenkassen lehren, seit Beginn der Rationalisierung die nervösen Erkrankungen bei Frauen besonders aber die spezifischen Frauenkrankheiten verhängnisvoll zugenommen haben. Besonders schmerzliche Bestimmungen, die Rücksicht nehmen auf die Eigentümlichkeiten der Frauen, müssen also unsere Forderung sein.

Ein Schlagwort erhält in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten: Doppelverdiener! Man verlangt ein Arbeitsverbot für verheiratete Frauen ohne Rücksicht darauf, daß die Berufstätigkeit zuweilen eine Voraussetzung der Eheschließung war. Die erste Folge eines solchen Verbotes wäre, daß das berufliche Bildungsniveau der Frau außerordentlich sinken würde. Wenn die Frauen aus den Fabriken und Kontoren, aus den Schulen und Kaminen abwandern müßten, müßten sie gewaltsam in die unkontrollierte Arbeit, in die Heimarbeit drängen und würden so das soziale Elend nur noch weiter verschärfen. Die gewünschte Wirkung würde ausbleiben.

Nicht Männer gegen Frauen, nicht Arbeiter gegen Arbeiterinnen, sondern Mann und Frau zusammen müssen die sozialistische Lösung dieses Problems bringen. Wir kämpfen für die Einführung der Vierzigstundenswoche, für die Verabschiebung der Altersgrenze zum Rentenbezug, wir kämpfen auch für die Erhöhung des schulpflichtigen Alters und für den paritätischen Arbeitsnachweis. Diese Mittel, welche uns das Programm der Partei weist, sind zur Lösung geeignet.

Genossin Blatny schildert hierauf die Tätigkeit und die Methoden unserer Gegner und hebt vor allem zwei Probleme hervor. Das eine ist die Degeneration des Mittelstandes, welcher durch die wirtschaftliche Entwicklung proletarisiert ist, sich vor der Erkenntnis der Gefahren schämt. Das zweite ist der Einfluß des Merkantilismus auf die Frauen, welcher durch schätzende Erziehungsanstalten für Kinder und Jugendliche und durch die zentrale Organisation der Mütter gefördert wird. Wir dürfen es nicht dulden, daß die liberalen Organisationen die derzeitigsten Menschen vom Kampfe in das Diesseits ablenken und sie auf ein trübseliges Jenenseits verweisen. Was wir aber von den Merkantilen lernen müssen, das ist die enge Kleinarbeit von Haus zu Haus und wir müssen gleich ihnen auch die Sehnsucht der Menschen nach Freude und Schönheit in den Dienst unserer Aufklärungs- und Werbearbeiten stellen.

Im Bericht über die Entwicklung der Frauenorganisationen in der Internationale und bei uns konnte Genossin Blatny feststellen, daß die Zahl der in der Internationale organisierten Frauen von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Was das Verhältnis der organisierten Männer zur Zahl der organisierten Frauen anbelangt, steht unsere Organisation in der Internationale an erster Stelle. Der Frauentag hat den Jahr zu Jahr steigende Bedeutung. Unsere Zeitchriften, die „Anrufende“ und die „Gleichheit“ haben sich durchgesetzt und werden gerne gelesen. Trotzdem müssen wir an einer weiteren Angleichung der Mütter arbeiten und vor allem die Genossinnen draußen in stärkerem Maße zu Beiträgen beteiligen.

Unsere alljährlich durchgeführte Werbeaktion hat uns trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation schöne Erfolge gebracht, so daß wir trotz den Abgängen, welche durch die Arbeitslosigkeit und die Stundung der Beiträge hervorgerufen wurden, fast nicht zurückgegangen sind. Ueberall, wo die Werbearbeit planmäßig durchgeführt wurde, ist der Erfolg nicht ausgeblieben. Wir hoffen, daß dort, wo etwas unterlassen wurde, das Besondere bald nachgetragen wird.

In eingehender Weise beschäftigt sich die Referentin mit den Problemen der verschiedenen Schichten der arbeitenden Frauen und mit den Aufgaben, welche der Bewegung in bezug auf den Ausbau der Organisation und des Schulungswesens erwachsen. Sie legt dann ihr Referat mit den Schlußworten zusammen:

Politisches Aneinandergeraten bedarf planvoller Zusammenarbeit. Wir müssen unsere Organisation ausgliedern von innen, wenn wir sie noch aktivieren wollen. Unsere Organisationen haben sich in der furchtbaren Zeit bewährt. Hunderte und aberhunderte unserer Funktionärinnen haben in beispielloser Treue ihre Kraft, Zeit und Interesse an die Organisation hingeegeben. Wir danken und Bewunderung erkennen wir dies an. Wir müssen unsere Funktionärinnen weiter schulen; sie müssen sich die Kenntnisse der sozialistischen Theorie erwerben, denn nur eine sozialistische Theorie ermöglicht eine sozialistische Praxis und aus der Schulung der Funktionärinnen soll in einem verteilten und verbreiteten Maße die Massenbildung unserer Bewegung hervorgehen. Die kritische Zeit erfordert unsere Bereitschaft; eine schwere Zeit fordert starke Menschen und einen opfervollen Willen. Und wenn wir uns alle opfern sollten, dann kein andere, denn sei die Jugend da, um in die Breche zu springen. In einer Zeit des Kampfes wie es die jetzige ist, gibt es nur eine Lösung: Bereit sein in alles! (Langanhaltender stürmischer Beifall.)

**Die Debatte.**

Genossin Schäfer-Reichenberg: Ein großer Teil der Frauen bewegt sich schon, welche wichtige Rolle die Politik in ihrem Leben spielt. Die denkende Frau will ihren Anteil am Leben und organisiert sich daher.

**Der Dank der Frauen an Genossen Dr. Czech.**

Die Frauenreichskonferenz beschließt: Trotz der schwersten Widerstände durch die bürgerlichen Parteien war es dem Genossen Dr. Czech im Verein mit den Ministern unserer tschechischen Bruderpartei möglich, die Lebensrechte der Arbeiterfamilien wirkungsvoll zu verteidigen. Hunderttausende von Müttern wissen diese Leistungen insbesondere auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge mehr wie alle anderen Menschen zu schätzen. Viele Tausende von Arbeiterfamilien tragen die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, außerordentlich schwerer Der Lebensunterhalt ist auf ein Mindestmaß herabgesetzt. Wäre es nicht möglich gewesen, auf dem Wege über die Gewerkschaften und durch die direkten Aktionen des Ministeriums für soziale Fürsorge so namhafte Aufwendungen zur Linderung des Hungers zu machen, die Bergweilung hätte längst viele erfaßt, die

unter den furchtbarsten Wirkungen des kapitalistischen Systems so schwer zu leiden haben. Unmittelbar ist aber auch für die Arbeiterkinder Bedeutendes getan worden. Sowohl auf dem Wege über die Jugendfürsorge, als auch durch direkte Aktionen, die teils auf Ernährung durch Milch und dergleichen abzielten, als auch durch Bekleidung vieler Tausender Kinder von Arbeitslosen, wie schließlich auch durch deren Befürsorgung bei Erholungsaktionen. Damit soll dem Schaden der Degenerierung der Arbeiterjugend vorgebeugt werden. Die Arbeiterfrauen danken diese Leistungen in erster Reihe der wirkungsvollen Initiative des Genossen Dr. Czech in seiner Eigenschaft als Minister für soziale Fürsorge und den beiden anderen sozialdemokratischen Ministern und sie sprechen ihm dafür den Dank der organisierten Frauen aus.

**Gegen Fascismus und Kriegsgefahr! Für internationale Aktion!**

Die Frauenreichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, versammelt in Prag am 29. Oktober 1932, ruft alle arbeitenden Frauen und Mädchen, alle auf Wahrung ihrer Menschenwürde bedachten Frauen, sie ruft alle Feinde des Krieges zu einem, unermüdbarem, leidenschaftlichem Kampfe gegen den Fascismus, vor allem gegen die deutsche Form des Fascismus, den sogenannten Nationalsozialismus, auf!

Der sogenannte Nationalsozialismus unterscheidet sich von anderen, offen reaktionären Bestrebungen durch seine Verlogenheit, durch die Schändung des Millionen heiligen Wortes Sozialismus, durch seine Propagierung mit Scheinrevolutionären Losungen und Phrasen. Es ist in der Epoche des Niederganges des Kapitalismus der Bourgeoisie nicht mehr möglich, offen den Kapitalismus zu verteidigen. Zu stark sind die antikapitalistischen Strömungen, erweckt durch den Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft, auch in breiten Schichten des in seiner Krise geführten Kleinbürgertums, der Angestellten, der Intellektuellen und der Kleinbauern geworden. Durch einen gigantischen Volksbetrug verliert die Bourgeoisie noch einmal ihre Herrschaft zu retten; dadurch, daß sie die antikapitalistischen Regungen dieser Schichten gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren versucht, sie durch die Sammlung in der nationalsozialistischen Partei ihren, den Interessen der Bourgeoisie, dienbar macht.

Aber gerade in der Stellung der Nationalsozialisten zur Frauenfrage offenbart sich der brutal-reaktionäre Charakter dieser Partei.

Freiheitlichkeit, Fortschrittlichkeit jeder Gesellschaft sind mehr an der Stellung der Frau, der fortschrittliche oder reaktionäre Charakter jeder Partei ist mehr an ihrer programmatischen Stellung zur Frauenfrage.

Die nationalsozialistische Partei ist die frauenfeindlichste aller politischen Parteien.

Die Nationalsozialisten wollen den Frauen die politische Gleichberechtigung nehmen. Es ist charakteristisch, daß es unter den nationalsozialistischen Abgeordneten im deutschen Reichstag und in den deutschen Länderparlamenten keine Frau gibt, daß es auch in der deutschen nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei keine Frau in führender Stellung gibt! — Jahrzehntelang haben die Frauen hart und jäh gerungen, um sich gesellschaftliche und politische Gleichberechtigung zu erzwängen. Der Nationalsozialismus verheißt den Frauen nach seinem Machtantritt die völlige Vernichtung aller Ergebnisse dieses Kampfes, nicht nur den Entzug der politischen Gleichberechtigung, sondern auch die Demolierung ihres Rechtes auf Arbeit. Die Frau hat, nach den Aussprüchen nationalsozialistischer Führer, wieder nur die Dienerei des Mannes zu sein, keine andere Aufgabe zu erfüllen als die, für den Mann schon zu sein und Kinder zu gebären.

Das ist Befundelung der Menschenwürde der Frauen, ist ihre Herabwürdigung zu Menschen minderer Art und minderen Rechtes, ist Verfluchung der Frauen!

Der Kampf gegen die Frauennarbeit ist illusorisch. Deutlich genug hat das der Kampf des T. S. F. gegen die weiblichen Angestellten gezeigt. Die Frauenarbeit der Frauen ist ein Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung. Auch der Nationalsozialismus konnte und wollte, wäre er im Besitze der ganzen Macht, die Frauennarbeit nicht beseitigen. Aber durch Bekämpfung der Frauennarbeit, durch Verdrängung der Frauen aus selbständigen Stellungen und durch die Unterdrückung der Organisationen würde er die Entfaltung entsprechender Entlohnung

Diese Bewegung zu vertiefen ist unsere Hauptaufgabe. (Beifall.)

Genossin Dr. Schweiß begründet hierauf die Resolution zum Familien- und Eherecht.

Genossin Schäfer-Trübner: Die Frauen, welche in der Landwirtschaft und Heimarbeit tätig sind, müssen mit neuen Verbesserungen erfüllt werden. Gewinnen wir die Frauen auf dem Land, werden wir auch den Weg zur Landjugend leichter finden. (Beifall.)

Genossin Müller-Schredenstein: Die Cavalierschwestern sind Agitatrices der Klassen. Wir müssen daher darauf bedacht sein, ihrem Einfluß entgegenzutreten. Nur die Arbeit unter den Frauen ist die Bildung eigener Frauenaktivitäten bei allen Organisationen unerlässlich. (Beifall.)

Genossin Rahay-Prünn: bepricht die Lage der weiblichen Angestellten und stellt den Antrag, mit

der Frauennarbeit verhindern, die arbeitenden Frauen zu Lohnrückerinnen machen und damit den Kapitalisten unschätzbare Dienste leisten.

Fascismus ist aber auch gleichbedeutend mit Steigerung der Kriegsgefahr!

Der italienische Fascismus hat Italien in eine ungeheure Kaserne verwandelt. — Der Nationalsozialismus verurteilt die Abrüstung, verhöhnt die Friedensbestrebungen, sucht seine Anhänger immer wieder für den Krieg zu begeistern. Deshalb auch bekämpft er alle Bestrebungen zur Milderung der Gebirgsanparatographen! Die Frauen sollen viele Kinder gebären für den Krieg! Zur Sinnlosigkeit würde damit das Frauenleben — die Frauen zu Gebärmaschinen, die immer wieder nur Kindern das Leben schenken, damit dieses Leben auf den Schlachtfeldern vernichtet werde!

„Wir grüßen den Krieg!“ Diesem Ausdruck eines nationalsozialistischen Führers stellen die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen den leidenschaftlichen Ruf entgegen:

**Wir grüßen den Frieden!**

Wir grüßen den Frieden zwischen den Staaten, aber auch den Frieden zwischen den Nationen!

Jeder Fortschritt der Arbeiterklasse in der Tschechoslowakei, jeder Schritt auf dem Wege zum Sozialismus und damit zur Befreiung der Frauen erleidet in diesem Staate die Gemeinsamkeit der Aktion der deutschen und tschechischen Arbeiter. Erklären des Nationalsozialismus innerhalb des deutschen Volkes in der Tschechoslowakei muß zur Folge haben auch eine Stärkung des tschechischen Nationalsozialismus, Verschärfung der nationalen Gegensätze, Anwachsen fascistischer Strömungen auch im tschechischen Volke. Tschechischer Fascismus aber mühte in diesem Staate nicht nur zur Verfluchung der Arbeiter und damit auch der Frauen, sondern auch Gefährdung der deutschen Kulturgüter führen.

Die Frauenreichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei macht alle arbeitenden Frauen und Mädchen nachdrücklich auf die durch den Fascismus drohenden Gefahren aufmerksam. Sie warnt eindringlich die arbeitenden Frauen und Mädchen aller Schichten vor jeder unpolitischen Einstellung, vor jenem gleichgültigen Gewahrenlassen, das dem Fascismus den Weg bereiten hüße.

Die in der sozialdemokratischen Partei organisierten Frauen und Mädchen sind sich ihrer Pflichten als Frauen und als Angehörige der Arbeiterklasse voll bewußt. Sie erklären, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Männern, in den Reihen der sozialdemokratischen Partei, unermüdblich den Kampf gegen den Fascismus, den Kampf um ihre Frauenwürde und um die Wahrung ihrer Frauenrechte zu führen. Sie rufen zu diesem Kampfe alle noch abseits stehenden arbeitenden Frauen und Mädchen auf, sie alle, deren Freiheit, deren Menschenwürde, deren Arbeitsrecht gleichmäßig durch den Fascismus bedroht sind!

Die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen werden ihren Kampf gegen den Fascismus führen in der stolzen Überzeugung, daß auch der Fascismus den Sieg jener geschichtlichen Notwendigkeiten, als deren Trägerinnen sie sich fühlen, nicht zu hindern vermag, den endlichen Sieg der sozialistischen Ordnung über das kapitalistische Chaos, den Sieg der Arbeiterklasse über die Kapitalisten ihrer Arbeit, und sie werden sich leiten lassen von den prophetischen Worten August Bebel's:

**Die Zukunft gehört dem Sozialismus, das heißt in erster Linie dem Arbeiter und der Frau!**

Genossin Racoun-Reichenberg: Für die Erziehung der Kinder zur Solidarität und zum Sozialismus genügen die Erziehungsfaktoren Schule und Familie nicht mehr. Die Kinderfreundebewegung verdient daher größte Unterstützung. (Beifall.)

Genossin Roth-Teichner: In einigen Saisonberufen fällt die Werbearbeit in den Wintermonaten sehr schwer. Es wäre daher für einige Gebiete eine Änderung zu erwägen. (Beifall.)

Genossin Haberzettel-Trantenau, spricht darüber, welche politischen Probleme für die Frauen von be-

sonderez Bedeutung sind, die bei der Agitation besonders berücksichtigt werden sollen. (Beifall.)

Die Genossinnen Kühnel-Staab und Rochel-Streitau legen sich für eine Förderung der Genossenschaftsbewegung ein. (Beifall.)

Genossin Kiedl-Prag, begründet hierauf eine Resolution zur Genossenschaftsbewegung.

In ihrem Schlußwort stellte Genossin Blatny fest, daß sämtliche Debattenrednerinnen ihre Ausführungen unterstützen oder ergänzen. Trotz der schweren Zeit hat niemand in der Debatte gesprochen, der nicht vom Geist der siegreichen Weiterarbeit erfüllt gewesen wäre.

Bei der Abstimmung über die an anderer Stelle veröffentlichten Resolutionen und den oben erwähnten Antrag der Genossin Rahay war in allen Fällen Einstimmigkeit.

**Bericht der Mandats- und Wahlkommission.**

Genossin Schäfer erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Auf der Frauenreichskonferenz sind vertreten: 13 Delegierte des Frauenreichskomitees, 6 ausländische Gäste, je eine Vertreterin der Genossenschaften und Gewerkschaften, 16 Delegierte der Kreise und 54 Gäste.

Genossin Schäfer erstattete dann weiters die Anträge zu den Wahlen, welche in allen Fällen einstimmig angenommen wurden.

**Das neue Frauenreichskomitee**

besteht aus folgenden Mitgliedern: Genossin Blatny (Vorsitzende), Genossin Kirpal (Stellvertreterin), Genossin Schäfer (Schriftführerin), Genossin Deutsch (Stellvertreterin). Diese Genossinnen bilden die Exekutive. Mitglieder des Frauenreichskomitees sind ferner Genossin Paul Lisa, Schäfer Joli, Rahay, Gänzel, Schaf, Haberzettel, Rejzl und Jila.

**Genossin Perthen, Ehrenvorsitze.**

Die bisherige langjährige Vorsitzende des Frauenreichskomitees, Genossin Perthen, welche sich um die sozialistische Frauenbewegung und um die Schaffung und den Ausbau der politischen und kulturellen Organisationen unermüdbliche Verdienste erworben hat, erklärte diesmal, die große Arbeitslast, welche mit der Funktion der Vorsitzenden verbunden ist, nicht mehr übernehmen zu können. Die Genossinnen Blatny, Kirpal und Schäfer dankten der Genossin Perthen, mit bewegten Worten für alles, was sie für die proletarischen Frauen in ihrem Leben geleistet hat und die gesamte Konferenz schloß sich mit stürmischem Beifall dem Antrag an, die Genossin Perthen zur Ehrenvorsitzenden zu wählen. Genossin Perthen, welcher ein Strauß roter Nelken überreicht wurde, dankte für diese Kundgebung und versprach, auch weiterhin in der Bewegung mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Zum weiteren Punkt der Tagesordnung,

**„Der Schutz der Mutter“**

erstattete das Referat Genossin Deutsch.

Die Frage der Geburtenregelung rückt auf den sozialpolitischen und Sexualmoralfragen in den Vordergrund, denn längst ist dort die Unheilbarkeit des heutigen Zustandes erkannt worden. Im Mittelpunkt des weiblichen Lebens stand und steht zu allen Zeiten die Mutterkraft. Die Art, wie eine Gesellschaft die Mutter betrachtet, entscheidet über die Stellung der Frau in dieser Gesellschaft. Heute, wo die Frau das Haus verlassen mußte, wo sie die Möglichkeit verloren hat, ihrer Kindererziehung im Hause zu leben, ist immer noch das Mutterideal das Ideal des Bürgers. Unzählige Frauen sind nach dem Weltkrieg in die Fabriken und Schreibzelle gekommen und haben die Möglichkeit verloren, Ehefrau und Mutter zu werden. Immer noch wird aber die Mutterkraft auch in der öffentlichen Meinung als der Hauptberuf der Frau betrachtet. Wehe der Schwangeren, die nicht gebären will! Die Unterbrechung der Schwangerschaft wird als Verbrechen bestraft und verurteilt, und eine Frau, die aus sozialen Notstand nicht gebären kann, steht unter hieser Gefahr. Der Paragraph 144 will die Frau zum Austragen der einmal empfangenen Frucht zwingen und verbietet dem Arzt, der Frau zu helfen. So kommt es, daß diese Frauen dann ein schreckliches Schicksal erleben.

Nach Schätzungen sind in Deutschland in der Zeit von 1918 bis 1930 durch Abtreibung 8 bis 10 Millionen Menschenleben verloren gegangen. Von allen Schwangerschaftsunterbrechungen kommen bei uns 800 vor Gericht. Es wird nur derjenige gestraft, der sich erwidern läßt, und wenn alle Fälle bestraft werden würden, dann wären unsere Gefängnisse zu klein.

Die Unterbrechung der Schwangerschaft ist keine Entscheidung von heute. Der Mittelstand ist längst zum Zweikinder System übergegangen, und überhaupt wurde die Unterbrechung dort viel früher geübt, als bei der arbeitenden Frau.

Die Arbeiterinnen werden von den Gerichten aber in viel größerer Zahl verurteilt, als die Damen der bürgerlichen Klassen. So ist der Paragraph 144 ein Massengesetz, und deswegen haben die sozialdemokratischen Frauen den Kampf gegen diesen Paragraphen geführt und werden ihn energisch weiterführen.

Kun liegt der Antrag des Justizministers, Genossen Dr. Reichner, vor, und man muß sagen, daß wir von keinem bürgerlichen Minister einen solchen Gesetzentwurf bekommen hätten. Volkswissen ist vorstellt, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren und wenn wir dann noch bedenken, welche Missetaten der Dunkelmann einleitet, dann müssen wir diesen Entwurf schon mit anderen Augen ansehen. Genossin Deutsch bepricht hierauf die Einzelheiten des Entwurfes, welcher seinerzeit einmal ausführlich in der Öffentlichkeit erörtert wurde.

Die Christlichsozialen begründen den Gesetzentwurf als Schandentwurf, weil auch die Lösung des kindlichen Lebens ein gemeiner Mord sei. Wo sehen wir, daß die Kirche Einhalt gebietet dem Kindesmord, den der Kapitalismus überall an

den Kindern der Armen begehrt? Wo liegt die Stärke des Kapitalismus an, daß er die Kinder schon im Mutterleibe durch die Vergewaltigung des mütterlichen Körpers tötet? Sogar die sogenannte Induktion der Notzucht, die der neue Entwurf vorschlägt, wird von den Christlichsozialen abgelehnt. Und die Nationalsozialisten wollen der Frau die Rolle der Zuchtstute in ihrem dritten Reiche zugestehen. Sagt doch Gottlieb Feder: „Wir müssen wieder zum Vorkriegsstand kommen, zur Frau und Dienstinne.“ (Wolfsch.) So leben wir, wie die bürgerliche Welt der Frau den Weg zur Persönlichkeit verlegt, indem sie sie zum Eigentum des Mannes erniedrigt will.

Wir Sozialdemokraten haben schon Richtlinien für eine Bevölkerungs-politik, aber die bürgerliche Welt erkennt noch nicht einmal die Notwendigkeit der Geburtenregelung an. Wir müssen verlangen, daß die Frauen von den Sorgen und Kümernissen und gesundheitlichen Schädigungen möglichst freigehalten werden, und vor allem,

daß die Kinder nicht für den Friedhof oder für die Deitanstalten geboren werden, daß die Mütter durch ihre Partnerschaft nicht die größte Bestrafung in der Gesellschaft erleiden, sondern durch sie wirklich zur freien großen Persönlichkeit aufsteigen.

Ich schreibe mit den Worten Rudolf Goldscheldts: „Unsere Kultur wird beiseite oder beschaffen, je nachdem wir die Frauenfrage zu lösen wissen. Die Frau wird siegen, weil sie sitzen muß, und sie wird nur siegen im Zeichen des Sozialismus.“ (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

**Debatte:**

**Genossin Klement-Podenbach:** Wenn unsere Gegner, vor allem die Christlichsozialen, die Schwangerschaftsunterbrechung als himmelschreiende Sünde bezeichnen, so müssen wir sagen, daß es eine größere Sünde ist, Kindern das Leben zu geben, für die man nicht sorgen kann. (Beifall.)

**Genossin Podenberg-Prag:** Wenn die Strafe für Fruchtstreichung bestehen bleibt und nur der Straffallen ein geringer wird, so werden wieder nur die besitzlosen Frauen bestraft. Es müssen die Frauen über die Verwendung von Schwämmen belehrt werden und solche Mittel erhalten. (Beifall.)

**Genossin Aler-Komstau:** Wenn die Christlichsozialen und Nationalsozialisten gegen uns aufstehen, so müssen wir unseren Frauen klarlegen, daß erst für die Kinder gesorgt werden muß, die da sind, ehe neue Kinder in die Welt gesetzt werden. (Beifall.)

**Genossin Jäger-Brünn:** Bei uns ist im Jahre 1928 von der Arbeiterfürsorge eine Ehe- und Frauenberatung eingeführt worden, welche heute schon großen Zuspruch hat und viel zur Aufrüstung und Besserung beigetragen hat. (Beifall.)

Nach einem kurzen Schlusswort der Genossin Deutsch wurde die Resolution zu diesem Tagesordnungspunkt einstimmig angenommen.

**Abschluß der Frauenreichskonferenz.**

Genossin Kirpal dankte hierauf allen Referentinnen und Rednerinnen auf der Konferenz und schloß die Ergebnisse der Tagung nochmals kurz zusammen. Sie schloß mit den Worten:

„Mit voller Begeisterung und mit heifer Leidenschaft wollen wir unsere Organisationen ausbauen, weil für den Zukunftskampf die Organisation das wichtigste Fundament ist. Möge die Welt von rechts und links gegen uns anstürmen, wir sind vorbereitet und gerüstet. Wir sind kampfbereit. Wir wollen kämpfen in treuer Freundschaft mit voller Hingebung für die Freiheit.“

Unter Freizeitsrufen erhoben sich die Delegierten und schloßen die Tagung mit dem Liede der Arbeit.

**Für Förderung der Konsumgenossenschaften.**

Die herrschende Weltwirtschaftskrise offenbart die Unfähigkeit des Kapitalismus, die materiellen und geistigen Bedürfnisse des arbeitenden Volkes zu befriedigen.

Reben der Befreiung der kapitalistischen Wirtschaft erwacht dem klassenbewußten Proletariat die Aufgabe, eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung herbeizuführen. Schon jetzt und innerhalb der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse bietet sich die Möglichkeit, dem künftigen sozialen Gemeinwesen durch eine glatte Förderung aller gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen die Wege zu ebnen.

Die Selbsthilfsorganisationen der Verbraucher, die Konsumgenossenschaften, sind ein Stück sozialer Gemeinwirtschaft. Ihr Aufbau und ihre Tätigkeit sind bewußt antikapitalistisch.

Die sozialistischen Frauen betrachten es als ihre Pflicht, Mitglieder der Konsumgenossenschaften zu sein und deren Bestrebungen tatkräftig zu fördern. Die besondere Stellung der Frau im Haushalt der Familie legt es zumeist in ihren Entschluß, entweder durch Förderung des privaten Handels Einrichtungen des Kapitalismus zu unterstützen oder aber durch Beteiligung an der Konsumgenossenschaft die soziale Gemeinwirtschaft zu fördern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sozialistinnen und die proletarischen Frauen überhaupt ihre Kaufkraft auf die Förderung der Konsumgenossenschaften konzentrieren müssen.

Aus diesen Gründen ruft die Frauen-Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik alle Sozialistinnen und die Gesamtheit der proletarischen Frauen zur praktischen Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung auf, damit auch dieses Mittel des Klassenkampfes für die wirtschaftliche Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der kapitalistischen Profitwirtschaft in vollem Umfang wirksam werden kann.

**Die Resolutionen zur Frauenfrage.**

Fort mit dem § 144.

1. Der § 144 steht in starkem Widerspruch zu dem Rechtsempfinden des Volkes. Er verhindert nicht die Fruchtstreichung, liefert aber verurteilte Frauen an Pfleger und Anwalt der Verbote aus, die hohe Entlohnung fordern und allzu häufig durch unangemessenes Vorgehen Drecktum, dauernde Unfruchtbarkeit, ja den frühen Tod verschulden. Diese Schäden treffen, ebenso wie die gelegentlichen Strafverfolgungen nur Proletarierinnen, da die bürgerlichen Frauen keine Schwierigkeiten haben, die Schwangerschaft von willkürlichen, verschwiegenen und die Kunst beherrschenden Ärzten unterbrechen zu lassen. Der einzelne Straffall unter tausenden gleichen, aber der Verfolgung entgehenden Fällen erscheint als eine Betätigung reiner Willkür. So wird das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtspflege schwer erschüttert.

Ein Gesetz, das so vielfältigen und so großen Schaden verursacht, muß verschwinden!

2. Eine neue Regelung, die seinem Bornstet Rechnung trägt und freier Sexualmoral entspricht, hat folgende Grundzüge zu erfüllen: Die Frau, welche die Schwangerschaft unterbricht oder unterbrechen läßt, soll straffrei sein. Dagegen ist zu bestrafen: derjenige, der eine Frau zur Abtreibung zwingt, derjenige, der die Abtreibung ohne Befugnis ausübt und derjenige, der die notwendige Vorsicht außer acht läßt; aber überhaupt die geltenden wissenschaftlichen Regeln nicht beachtet. Es ist Vorzugsweise zu schaffen für die Durchführung der Schwangerschaftsunterbrechung in den Krankenhäusern und Kostenübernahme durch die Träger der Krankenversicherung und der öffentlichen Fürsorge.

3. Der Gesetzesentwurf des Justizministeriums entspricht also nicht vollständig diesen unseren Forderungen, da er an der Bestrafung der Frau grundsätzlich festhält, wenn auch das Strafmaß herabsetzt, und die Straffreiheit nur für bestimmte Fälle einschränkt. Wir sind uns aber dessen bewußt, daß unsere entscheidenden Forderungen im Parlament mit der bürgerlichen Mehrheit nicht verwirklicht werden können. Wir würden die Interessen der Proletarierinnen schlecht vertreten, wenn wir auf jeden Abbau des schädlichen Strafparagrafen verzichten würden, solange wir nicht die Macht haben, unserer Auffassung volle Geltung zu verschaffen. Der Gesetzesentwurf des Justizministeriums berücksichtigt die realen Möglichkeiten für die Beseitigung des § 144 und bringt doch einen weitgehenden Abbau. Er bringt gerade für die am schwersten leidenden Frauen Hilfe, indem er Straffreiheit bei medizinischer, sozialer und eugenischer Indikation festsetzt und für kostenfreie Durchführung sorgt.

4. Die Frauenreichskonferenz beauftragt die parlamentarische Fraktion der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sich zusammen mit der tschechischen Bruderpartei um die schnellste Erledigung des Gesetzesentwurfes zu bemühen. Dabei ist die Bestimmung über die eugenische Indikation allgemeiner zu fassen und Straffreiheit für alle jene Fälle festzusetzen, in denen die begründete Befürchtung (nicht die „unzweifelhafte“ Gewissheit) besteht, daß das zu erwartende Kind erblich belastet wäre.

5. Gegen die Fruchtstreichung ist ein energischer Kampf zu führen durch allgemeine umfassende Maßnahmen für Aufklärung und Hilfe bei der Empfängnisverhütung.

Selbstverwaltungskörper und die Träger der Sozialversicherung sollen mit finanzieller Hilfe zweckmäßige Beratung bieten und die zur Empfängnisverhütung notwendigen Mittel verabfolgen und so Abtreibungen verhindern. Sterilisierungen, die mit Zustimmung des zu sterilisierenden erfolgen sollen, sind zu ermöglichen, aber es sind auch die gesetzlichen Ermächtigungen für zwangsweise Sterilisierung zu schaffen, damit die Gesellschaft vor der Zeugung psychopathischer Schädlinge und Parasiten geschützt werden kann.

**Neues Recht in Ehe und Familie.**

Die am 27. Oktober 1932 in Prag tagende Frauen-Reichskonferenz

der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der C. S. R. gibt erneut ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß erst die sozialistische Gesellschaftsordnung die Voraussetzungen für die volle Befreiung der Frau, und damit für die grundlegende Umgestaltung der Ehe und Familie schaffen wird.

Sowohl sie sich dessen bewußt ist, daß heute alle Verhältnisse, des Ehe- und Familienrecht zu reformieren drückend bleiben müssen, begrüßt sie den

**Frankreichs Bedingungen**

Paris, 29. Oktober. Der französische Vorschlag für die Genfer Konferenz hat folgenden Wortlaut:

Frankreich würde zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt die Verallgemeinerung und die Herabsetzung der Militärdienstpflicht für alle Landstreitkräfte in Europa unter folgenden Bedingungen annehmen:

1. Jede Formation, die dieser Organisation der Armeen nicht entspricht, wie die Reichswehr, wird aufgelöst; die innere Polizei „reglementiert“.
2. Die internationale Kontrolle wird organisiert; sie schließt obligatorisch das Untersuchungsrecht ein.
3. Um den Vertrag von Locarno zu ergänzen, soll ein Pakt aus gegenseitiger Unterstützung abgeschlossen werden, woran sich jede europäische Nation beteiligen kann. Die Gesamtsicherheit der Mächte dieses Paktess würde genügen, jeden Angriff abzuschlagen. Diese internationalen Streitkräfte müssen eine Schutzstellung nationaler Kontingente umfassen, die sofort verfügbar sind und die über ein ausreichendes Kriegsmaterial verfügen.

nach alle Bestrebungen, die geeignet sind, eine Anpassung der rechtlichen Normen an die heutigen Bedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten der Frauen herbeizuführen. Sie hofft daher, daß die Vorarbeiten für die Schaffung eines neuen bürgerlichen Gesetzbuches mit aller Beschleunigung fortgeführt werden.

Die Frauenreichskonferenz stellt aber mit Bedauern fest, daß die Reformgedanken des „Superrevisionentwurfes“ für ein neues bürgerliches Gesetzbuch den Wünschen und Bedürfnissen der Frauen nicht entsprechen und auch hinter dem

**Minimal- u. Gegenwartsprogramm**

der sozialdemokratischen Frauen zurückbleiben.

Die Konferenz billigt grundsätzlich die Auffassung, daß auch der Frau eine

**Unterhaltspflicht** gegenüber dem bedürftigen Mann auferlegt werde. Sie verwahrt sich aber mit aller Entschiedenheit dagegen, daß die Zeiten noch Berücksichtigung der geänderten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nur in Gestalt neuer Belastung der Frauen, nicht auch in der Einräumung neuer Rechte Ausdruck findet.

Sie bedauert, daß der Entwurf in den Fragen der Wohnsitzbestimmung, des Namenswahlrechtes, der Verwaltung des Frauenvermögens keine neuen Wege geht. Sie fordert auch in diesem Zusammenhang erneut und entschieden die Neuordnung des Staatsbürgerlichkeits- und Heimatrechtes verheirateter Frauen.

Die Konferenz bedauert ferner, daß auch der Entwurf die Leistung der ehelichen Pflicht indirekt durch Sanktionen erzwingen will, sie erklärt im Namen der Frauen, daß eine förmliche Auffassung von der Ehe, die Achtung vor dem Ehegatten, und das Interesse am Schutze der Frau eine solche Einmischung des Gesetzgebers in das Eheleben verbietet.

Sie hält ebenso die Verpflichtung geschiedener Ehegatten zur Bezahlung der ehelichen Treue für eine den heutigen Anschauungen und Bedürfnissen nicht entsprechende Beeinträchtigung des persönlichen Selbstbestimmungsrechtes, für eine Norm, die praktisch nur die Bedeutung eines Mittels der Sanktionierung haben kann.

Die Frauenkonferenz fordert im Interesse des Schutzes der Gesundheit der Ehegatten und der Sicherung einer gesunden Nachkommenschaft die Einführung einer obligatorischen Maßregel, die die Auffklärung der Eheabschließenden über den Gesundheitszustand ihres Partners ermöglicht.

Die Konferenz erblickt eine Gefahr für die Volksgesundheit in dem Umstand, daß der Entwurf — die anhaltende, mit Gefahr der Ansteckung verbundene Krankheit nicht mehr als Scheidungsgrund anerkennt.

Die Konferenz vermißt im Entwurf aber insbesondere eine befriedigende Erweiterung der Rechte, die der Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter zustehen. Sie erblickt ein Unrecht für die Mutter und eine Gefahr für die Kinder in der Tatsache, daß die Entscheidung aller wichtigen Fragen weiterhin in den Wirkungskreis der väterlichen Gewalt fallen soll, neben der die gemeinsame elterliche Gewalt vollkommen bedeutungslos wird. Sie mißbilligt insbesondere die gänglich unbefriedigende Gestaltung der „mütterlichen Gewalt“, wie sie der Entwurf vorsieht. Sie fordert die Ueberweisung aller heute in der väterlichen Gewalt enthaltenen Rechte und Verbindlichkeiten zu die gemeinsame elterliche Gewalt, während eine gesonderte väterliche, bzw. mütterliche Gewalt nur subsidiär — und dies unter gleichen Bedingungen für Mann und Frau — einzutreten hätte.

Die Konferenz spricht ihr Bedauern darüber aus, daß auch in der Frage der rechtlichen Stellung der unehelichen Kinder der Entwurf nicht so weit geht, wie es andere moderne Rechte tun und betrachtet auch die Leistungen, die der Entwurf dem Vater gegenüber der unehelichen Mutter auferlegt, für unzureichend.

Die Frauenreichskonferenz ist überzeugt, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der gesetzgebenden Körperschaft mit aller Energie für eine Verbesserung des Entwurfes im Sinne ihrer Forderungen eintreten werden.

**Herabsetzung der Altersgrenze in der Pensionsversicherung!**

Die Frauenkonferenz beauftragt die Vertreterinnen in den gesetzgebenden Körperschaften, dahin zu wirken, daß bei der Rebellierung des Pensionsversicherungsgesetzes die Altersgrenze für den Anfall der Altersrente für weibliche Versicherte auf 50 Jahre herabgesetzt wird.

4. Die Vereinigten Staaten müssen die Sicherheitsgarantien zugehen, die sie für sich selbst in Anspruch nehmen.

5. Die Staaten, die Mitglieder des Völkerverbundes sind, müssen sich verpflichten, alle Verbindlichkeiten einzuhalten, die sich aus Art. 16 des Paktes ergeben.

6. Das Kriegrecht muß obligatorisch für alle Staaten sein, die im Pakt beitreten.

**Handelsspionage**

zugunsten Sowjetrußlands.

Leipzig, 29. Oktober. Wegen Verrates militärischer Geheimnisse verurteilte das Reichsgericht nach zweitägiger Verhandlung den kommunistischen Parteimitgliedern Elektrizität und fünf Jahren Ehrverlust. Ziele hatte seine Vertrauensstellung als Betriebsratsvorsitzender des Pflanzwerkes der F. G. Farbenindustrie mißbraucht, um Fabrikationsgeheimnisse einem Sowjetemissär zu übermitteln.

**Demokratie und Parteipresse.**

Von Karl Kautsky.

Das erste Stadium unserer Bewegung wird ausgefüllt von dem Kampf um Pädagogik. Das zweite Stadium bedeutet den Kampf um Gleichberechtigung des Proletariats mit den andern Klassen, der Sozialdemokratie mit den andern Parteien im Staate. Dieses Stadium fand sein Ende mit dem Zusammenbruch der Monarchie, 1918.

Seitdem sind wir in das dritte, entscheidende Stadium unseres Ringens eingetreten, in den Kampf um die Macht. Macht, Einfluß auf Gesetzgebung und Staatsverwaltung hatten wir schon vor dem Weltkrieg gewonnen. Manche Verbesserung des Loses der Arbeiterschaft gelang es unserer Partei bereits damals zu erringen. Doch die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise sind zu gewaltig, als daß irgend welche Reformen, auch die nächstbesten, in stande wären, das Proletariat mit den Fesseln und dem Elend zu verfühnen, die ihm von der kapitalistischen Ausbeutung auferlegt werden. Nur deren völlige Beseitigung vermag die arbeitenden Klassen zu befriedigen und zu befrieden, zu einem Aufhören der Klassenkämpfe zu führen.

An die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung wird aber erst dann ernsthaft herangegangen werden, wenn das Proletariat stark genug geworden ist, die Staatsmacht zu erringen und dauernd zu behaupten.

Das wissen wir Sozialdemokraten schon seit langem. Es wurde schon 1847 verkündigt in dem „Kommunistischen Manifest“, das Marx und Engels schufen. Doch mehr als zwei Menschenalter mußte das Proletariat in Mitteleuropa seine Klassenkämpfe führen, ehe es stark und aufgestellt genug war, in den Kampf nicht nur um etwas Macht, sondern um die Macht einzutreten. Und es dauerte sieben Jahrzehnte seit dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes, ehe der Zusammenbruch der großen Militärmonarchien, der drei Kaiserreiche, den Proletariern dieser Staaten, und der meisten hochkapitalistischen Staaten überhaupt den Aufstoß gab, in den Kampf um die Macht einzutreten.

Doch dieser Kampf hat uns bisher wohl vielfach schon die Verantwortung der Macht gebracht, doch noch nirgends den vollen Besitz der Staatsmacht. Nach wechselnde Situationen drängen uns einmal zur Teilnahme an einer Koalitionsregierung oder zur Aufrichtung einer Minderheitsregierung und dann wieder zum Uebergang in die schärfste Opposition.

Dieses unbefriedigende Auf und Ab wird erst sein Ende nehmen, wenn wir die Kraft gewonnen haben, die ganze Staatsmacht in die Hand zu nehmen. Das wird aber erst dann der Fall sein, wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat.

Jede Klasse hat die ihr eigentümlichen Kampfmittel und Kraftquellen, durch die sie am besten vorwärts kommt. Das wichtigste Machtmittel der arbeitenden Klassen ist ihre Masse, ihre große Zahl. Darauf hat Marx schon 1864 in seiner Inauguraladresse hingewiesen. Die ausbeutenden Klassen verfügen entweder über überlegene Waffen oder Waffenführung, oder über höheres Wissen, auch über mehr Geld, um Soldner zu mieten, die bereit sind, Waffen des Geistes oder des Krieges für sie zu führen. Dadurch können sich die ausbeutenden Klassen als Minderheit gegen die Mehrheit der arbeitenden Klassen durchsetzen. Die Arbeiter sind dagegen ihren Ausbeutern nur an Zahl überlegen. Sie vermögen sich im Staate nur durchzusetzen als „Bewegung der ungeheuren Mehrheit“ im Interesse der ungeheuren Mehrheit“, wie das kommunistische Manifest sagte.

Um diese ungeheure Mehrheit zu schufen, zu organisieren, zum Siege zu führen, dazu brauchen wir die Demokratie. Diese bedeutet die Herrschaft der Mehrheit, das heißt die Herrschaft jener Partei, der es gelingt, die Mehrheit zu gewinnen.

Die Staatsform der Demokratie konnte wohl nur erobert werden durch gewalttätige Revolutionen, aber solche Umwälzungen konnten erst recht nur gelingen als Erhebungen einer Mehrheit, die so ungeheuer groß war, daß die Machtmittel der herrschenden Klassen ihnen gegenüber verfielen. Die Demokratie wurde nirgends gewonnen durch eine Erhebung des Proletariats allein. Stets kämpften in einer demokratischen Revolution mit dem Proletariat Bauern und Kleinbürger sowie Intellektuelle zusammen.

Eine ungeheure Mehrheit arbeitender Menschen kann zu gewalttätigen Mitteln mit Erfolg greifen, wenn sie von einer herrschenden Minderheit bedroht ist. Dagegen ist

es ein Wahnsinn, wenn eine proletarische Minderheit einem Volk ihren Willen durch gewaltsame Mittel, seien es Maschinen-gewehre oder ein Massenstreik, aufzwingen will. In der Regel mihlingt jeder derartige Versuch, endet mit einer schweren Niederlage der Minderheit. Nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen, bei völliger Zertrümmerung der bisherigen Armee in einem Krieg, konnte ein solcher Versuch gelingen. Er zwingt die feige Minderheit, um sich zu behaupten, dieselben Mittel einzusetzen, durch welche jede andere Minderheit sich bisher im Staate behauptete: ein großes stehendes Heer, eine ungeheure Bürokratie und eine allmächtige politische Polizei. Gefolgt sich dazu noch die Beherrschung des ganzen wirtschaftlichen Lebens durch die Führer dieser Minderheit, dann ergibt sich daraus das gerade Gegenteil des Sozialismus, der Wohlstand und Freiheit für alle anstrebt. Dann erwacht aus dem politischen und ökonomischen Despotismus einer kleinen Minderheit Knechtschaft und Elend für die ungeheure Mehrzahl.

Die Sozialdemokratie kann die Staatsmacht nur dann gewinnen und zweckmäßig im Sinne eines rationalen Sozialismus anwenden, wenn sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat.

Wenn mancher behauptet, die Demokratie habe bisher versagt, so spricht das nicht gegen die Demokratie, sondern bezeugt nur die sehr peinliche Tatsache, daß es der Sozialdemokratie noch in keinem Staate gelang, die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen. In mancher Gemeinde war dies möglich. Dort hat die Demokratie nicht versagt, sondern sehr Anerkennenswertes geleistet, so viel, als bei den beschränkten Mitteln und Möglichkeiten einer Gemeinde möglich war.

Ganz verkehrt ist es, aus der Tatsache, daß wir noch in keinem Staate die Mehrheit haben, die Notwendigkeit zu folgern, wir müßten auf die Demokratie verzichten und irgend eine Methode auffindig machen, uns ohne Mehrheit durch undemokratische Methoden die Staatsmacht mit List oder Gewalt anzueignen. Jedes derartige Experiment, um das „Glück zu forciieren“, widerspricht dem Wesen des Proletariats, muß scheitern oder es korrumpieren und degradieren.

Nur eine Staatsmacht, die durch die Sozialdemokratie auf dem Boden der Demokratie gewonnen wurde, vermag das Proletariat zu befreien und die kapitalistische Gesellschaft in eine höherstehende Gesellschaftsform umzuwandeln.

Nur das bisher auf dem Boden der Demokratie nicht möglich, weil wir die Mehrheit der Bevölkerung noch nicht gewonnen hatten, so bezeugt das nur die Notwendigkeit, mit aller Kraft dahin zu wirken, die Mehrheit zu gewinnen.

Unermüdliche Propaganda für unsere Ideen bleibt nach wie vor einer der wichtigsten unserer Aufgaben. Sie erheischt eine energische Praxis unserer Partei bei der Verteidigung der materiellen und kulturellen Interessen der arbeitenden Massen und der Interessen des Gemeinwesens. Aber diese Praxis muß auch den Massen mitgeteilt werden. Das vermag am besten eine tüchtige, sachkundige, weitverbreitete Presse, deren wirksamste Form die Tagespresse ist.

Für die Presse der Partei und der Gewerkschaften kann nie genug getan werden. Sie ist ein unerlässliches Mittel, die Kopie zu revolutionieren und unserer Partei zuzuführen: ein unerlässliches Mittel, uns die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen und damit unsern Sieg des Sozialismus auf demokratischem Wege herbeizuführen.

Die Arbeitslosen

wollen ihre Wünsche direkt dem Unterhaus vortragen.

London, 28. Oktober. (A.N.) Sechs Vertreter der Arbeitslosen, die gestern auf ihrem Marsch in London eingetroffen sind, unterbreiteten heute im Unterhause das Ersuchen, daß die Delegierten der Arbeitslosen nach altem Brauch ihre Angelegenheit und Forderungen direkt im Unterhause vortragen können. Der Vertreter der Arbeiterpartei Mac Gowan, der die Abgabe dieses Ersuchens im Unterhause vermittelt, wird sich Montag über das Schicksal dieser Petition informieren.

Sprengstoffdiebstahl

von Nazis angeführt.

Breslau, 29. Oktober. Aus der Fingerringen bei Waldenburg wurden in der Nacht zum 20. Juli 1. Z. etwa 2 Zentner Sprengstoff entwendet. Kannteil sind drei SA-Leute verhaftet worden, die im dringenden Verdacht stehen, gemeinschaftlich den Einbruch verübt zu haben. Ferner ist gegen den im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag in Reichensbach bereits verhafteten Standartenführer Kauscher ein weiterer Haftbefehl ergangen, weil er der Anführung zu dem Sprengstoffdiebstahl dringend verdächtig ist.

Einschneidende Wahlrechtsänderungen?

Berlin, 29. Oktober. Bei dem Jahresbankett des Vereins „Berliner Presse“ sprach unter anderem der Reichsinnenminister von Gahl über die Reichs- und Verfassungsreform.

Die Vorlage der Reichsregierung über die Verfassungsreform werde nach sorgfältigen Erwägungen entsprechende Vorschriften enthalten, die nach Möglichkeit das Recht des Reichstages „nicht unnötig einzengen“ sollen. Eine Reform in dieser Hinsicht werde das beste Mittel sein, um künftig allzu häufige Reichstagsauflösungen zu vermeiden. Die Regierung plane keineswegs die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts oder des Frauenwahlrechts, dagegen halte sie es für richtig, das aktive und passive Wahlrecht um etwa fünf Jahre hinauszuschieben und den selbständigen Familienernährern, gleichviel ob Mann oder Frau, sowie den Kriegsteilnehmern eine Zustimmung zu gewähren.

Neuer Konflikt.

Sie regieren unbekümmert weiter...

Berlin, 29. Oktober. Heute ist die Verordnung zur Vereinfachung und Verebilligung der Verwaltung veröffentlicht worden. Die Verordnung hebt das preussische Ministerium für Volkswirtschaft auf Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministerpräsidenten bleiben unberührt.

Aus Kreisen des preussischen Staatsministeriums wird erklärt:

Nach Auffassung der preussischen Staatsregierung hat die Reichsregierung nicht nur die vom Staatsgerichtshof ausdrücklich gewünschte lokale Zusammenarbeit mit der Staatsregierung außer

Jedem das Seine!

Thomas Mann hat vor einigen Tagen in einem Vortrage vor Wiener Arbeitern ein schönes und tapferes Bekenntnis zur Sache der Arbeiter abgelegt. Wie wertet das Duxer Halbeskreuzer-Blatt, neuerlich den Beweis erbringend, daß niedriger Gesinnung alles niedrig erscheint, den Weg eines einst konservativen Dichters nach links, an die Seite der zukunftsgehaltenden Arbeiter, des Sozialisten? So:

„Aun, da das deutsche Bürgertum durch die Krise verarmt ist, sucht Thomas Mann sich den Sozialdemokraten anzubiedern. Er hofft, und dies nicht mit Unrecht, daß die vielen deutschen blühenden Büchereien sehr sofort alle seine Werke ankaufen werden. Geld sinkt nicht. Armes deutsches Volk!“

Es dürfte wenige deutsche Büchereien, in denen die Werke Thomas Manns fehlen, geben. Sie fehlen sicher in keiner guten Arbeiterbücherei. Denn die Arbeiter haben nicht nach der Meinung oder gar Parteizugehörigkeit des Künstlers gefragt. Und einem Künstler vom Range Thomas Manns so niedrige Motive unterzuschreiben, wie der „Tag“ es tut, ja, dazu gehört eine Gefinnung, eine Erdarmlichkeit des Denkens, wie sie nur jenem Rationalismus eigen ist, gegen den Thomas Mann als Wahrer des letzten Erdes großer deutscher Vergangenheit, deutsches Geistesgutes, sich wanden mußte. — Wahrheitslieblich vermögen die Halbeskreuzer den Weg geistiger Menschen nur zu beurteilen nach dem Wendegang eines, der jetzt freilich ganz der Ihre ist, nach dem des Herrn Bronner, der als linksradikaler Expressionist begonnen und als Halbeskreuzer geendet hat, ohne daß dabei ihn oder seine heutigen Freunde die jüdische Abstammung Bronners gestört hätte.

Der „Tag“, der, nebenbei, auch Gerhart Hauptmann vorwirft, daß er sich bei seinem Prager Besuch nicht auch für die Gläubiger der Hauptstadt interessiert, anstatt mit seinem Erziehungswerke doch bei dem ihm viel näher stehenden Volk zu beginnen, der, wie jede eitle Primadonna, in Berlin im „Kaiserhof“ residiert, anstatt sich in den proletarischen Wohnungen umzusehen, nimmt an, das nächste Buch Thomas Manns werde „Bestimmte sozialrevolutionäre Rückgrat haben“, denn nicht wahr, wer selber nur berechnend zu denken vermag, kann andere Motive als gleiche beim anderen unmöglich vermuten. Nun, gabe es in der Duxer Redaktion jemanden, der vom deutschen Kunstleben und besonders von der deutschen Literatur mehr wüßte, als daß Bronner ein völkischer Dichter und die anderen eben „Mischlinge“ sind, dann wüßte man auch dort schon etwas vom nächsten Roman Thomas Manns, der in ferner Vergangenheit spielt.

Freilich, verstehen können die von Ratur und aus Grundlag Angehörigen den Weg Thomas Manns nicht! Thomas Mann stellte sich an die Seite der Arbeiter, weil er in der Arbeiterklasse jene Kraft erkannte, die allein noch innerhalb des deutschen Volkes sich gegen die sinnliche und geistige Verwilderung wendet, die das Werk jener ist, die längst schon die letzte und unterste Stufe auf dem Wege des Nationalismus erreicht haben, jene Stufe, die Grillparzer, bekanntlich auch ein Sozialist, als Bestialität bezeichnet hatte.

Weil der Faschismus eine Atmosphäre der Ungeistigkeit schafft, eine Atmosphäre der Rohheit und Brutalität, eine Atmosphäre der sozialen und geistigen Sklaverei, in der ein wirklich geistiger Mensch nicht mehr zu atmen vermag, muß Thomas Mann

Acht gelassen, sondern auch in ein unüberäußerliches Hoheitsrecht der preussischen Staatsregierung eingegriffen. Der Reichskommissar hat die Verordnung auf Grund der Ermächtigungsbekanntmachung des Reichspräsidenten erlassen. Diese Verordnung gibt aber nicht dem Reichskommissar, sondern der Landesregierung das Recht, Notverordnungen zu erlassen. Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist die Landesregierung nur die preussische Staatsregierung.

Scharier Protest Bayerns.

München, 29. Oktober. Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wurde folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis gebracht:

„Der Ministerrat hat sich soeben auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Neugestaltung Preußens befaßt. Nach seiner Ueberzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reich und untereinander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärung der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Weg und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet wird.“

Ungnädige Antwort.

Der Reichspräsident hat den Reichsfinanzminister beauftragt, den bayerischen Ministerpräsidenten anzukündigen, daß der Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Die Maßnahmen des Reichs hielten sich völlig innerhalb der Beschränkungen, die dem Reichskommissar durch das Urteil des Staatsgerichtshofes zuerkannt seien.

sich zu jenen gefellen, die mit ihren Leibern Dämme gegen den Faschismus aufrichten. In seinem Wiener Vortrag hat Thomas Mann erwähnt, daß der italienische faschistische Diktator Marinetti erklärte, daß das Wort Italien wichtiger sei als die Worte Freiheit, Gerechtigkeit, Kultur und als das Wort Wahrheit, und er, Mann, hat hinzugefügt, das seien groteske Albernheiten, die aber heute überall möglich sind. Und weil der Sieg solcher Albernheiten das Ende des deutschen Geisteslebens bedeuten würde, auch deshalb mußte Thomas Mann sich gegen die Halbeskreuzerei und für die Arbeiterische erklären.

Aber wie sagen doch die Nationalsozialisten: Jedem das Seine!

Also ihnen der Arnold Bronner — und Thomas Mann!

Verfehlte kommunistische Störungsversuche im Reichstäter Konsumverein.

Der kommunistische „Vorwärts“ in Reichenberg hat am 29. Oktober in einem langen Artikel im Zusammenhang mit einem Versammlungsbericht aus Rumburg eine Reihe von unwahren und wie gewöhnlich unabweisbaren Behauptungen gegenüber den Funktionären des Reichstäter Konsumvereines aufgestellt. Die Absichten des kommunistischen Parteiorgans sind auf den ersten Augenblick zu erkennen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt finden die Mitgliederversammlungen des Reichstäter Konsumvereines statt, in denen die Delegierten zur Generalversammlung gewählt werden. Die Kommunisten versuchen seit Jahren, die Mehrheit im Konsumverein zu erreichen, aber sie sind dank der Wachsamkeit und Einsicht der Konsumvereinsfunktionäre, wie dank dem gesunden Sinn der Konsumvereinsmitglieder nicht zum Ziele gekommen. Eine kommunistische Mehrheit bedeutet die Zerstörung des Konsumvereines. Das wissen die kassenbewußten Arbeiter des ganzen Reiches, weshalb sie den Störungsversuchen der Kommunisten Widerstand entgegenzusetzen. Bei den Mitgliedern finden die Kommunisten kein Gehör. Sie versuchten die Angestellten unter Zuhilfenahme unentscheidender Meinungsverschiedenheiten gegen die Vereinsleitung zu beeinflussen. Der Aufsichtsrat des Reichstäter Konsumvereines hat sich Dienstag, den 25. Oktober, mit den Angriffen des „Vorwärts“ beschäftigt und bei dieser Gelegenheit mit dem Verbands der Arbeiter und Arbeiterinnen im Handel, Transport und Verkehr Verhandlungen geführt, an denen sowohl Verbands-, wie auch Ortsgruppen- und Verbandsleiter der Konsumvereinsdienstleistungen teilnahmen. Nach einer freundschaftlich geführten, ausführlichen Besprechung wurden alle Meinungsverschiedenheiten zeitlos gelöst und beseitigt. Hierbei wurde festgestellt, daß sich nicht berufene Kreise in die Verhandlungen der für Angestelltenfragen allein zuständigen Vertragsteile (Organisation der Bediensteten und Konsumvereinsverwaltung) in unzulässiger Weise eingemischt haben. Den Meinungsverschiedenheiten gegen keinerlei sachliche Differenzen zu Grunde. Für die Zukunft wurden entsprechende Sicherungen zur Vermeidung aller Unstimmigkeiten zwischen den Vertragsteilnehmern vereinbart.

Inwieweit die Interessen der Partei berührt werden, wurde Vorfrage getroffen, daß eine parteimäßige Vereintigung in gebührender Form in kürzester Zeit durchgeführt wird. Die Kommunisten und sonstige Gegner des Konsumvereines werden auch dabei nicht auf ihre Rechnung kommen. Die dabei beigefundenen Mitgliederversammlungen des Reichstäter Konsumvereines

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Verbands-Jugendschule.

Vom 22. bis 29. Oktober tagte in Kuffig die erste Jugendschule des Verbandes. 70 junge Menschen aus dem ganzen Organisationsgebiet, aus allen Kreisen und Bezirken wurden mit den gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Jugend im Arbeiter-Turn- und Sportverband vertraut gemacht. Neben der Entwicklung auf dem Gebiete der Körperkultur beschäftigte sich die Schule mit den Jugendproblemen der Gegenwart überhaupt und mit politischen Fragen.

Internationales Wintersporttreffen in Groß-Hammer

Als Auftakt zu dem gemeinsamen Sportfest 1933 in Kuffig, das die Arbeiter-Turn- und Sportvereine durchzuführen werden Anfang Februar 1933 in Groß-Hammer im Steingebirge internationale wintersportliche Wettkämpfe stattfinden, an denen auch Österreichische, deutsche und polnische Arbeiter-Turner teilnehmen werden. Die Veranstaltung ist auf zwei Tage beschränkt und wird umfassen: Langlauf, Hindernis- und einen kombinierten Lauf der Sportler, Langläufe für Jugendportler und Sportlerinnen und Rodeln für Jugendportler, Sportler und Sportlerinnen. Der Sprunglauf soll auf einer neuen, großangelegten Sprungbahn durchgeführt werden. Erstmals wurde auch das Schlitten mit in das Programm aufgenommen.

rechtfertigen vollauf das in die Konsumvereinsmitglieder und die Funktionäre gefachte Vertrauen, welche sich bemühen, die Genossenschaft gegen alle Angriffe energisch zu schützen.

Peinliche Fragen an Nazibonzen.

„Kölner SA-Männer, herhören!“, ruft das Berliner Nazi-Oppositionsblatt und sagt dann:

„Immer und immer wieder versuchen eure Parteibonzen, euch vorzujagen, sie würden gegen so kämpfen und opfern wie ihr. Wir stellen an eure Bonzen einige Fragen; verlangt Klar, eindeutige Beantwortung!“

Herr Haake, stimmt es, daß Sie infolge Ihrer Besoldung in der NSDAP in der Post waren, sich ein ziemlich hohes Sparguthaben anzusammeln? Stimmt es, daß Sie als Abgeordneter von den ärmsten Ortsgruppen trotz Ihres Freiheitspreises für eine Versammlung an 2000 Mark verlangten?

Herr Grohe, stimmt es, daß Sie als Vorkämpfer teilweise am 15. eines Monats schon 200 Mark an Aufwandsentschädigungspostschuß kassiert haben? Stimmt es, daß auch Sie in dieser Höhe sich ganz nette Summen ersparen konnten?

Herr Schaller, stimmt es, daß Sie trotz Ihrer Dienen als Richter, daß Ihre alten Eltern vom Wohlfahrtsamt unterstützt wurden, daß Sie sich wiederum einen neuen Wagen zulegte, trotzdem Sie im Besitz einer Freiheitskarte sind?

Herr Dr. Leh, stimmt es, daß Ihr Disziplinarminister Hugo Simon nicht ganz reiner Abstammung sein soll?

Herr Palm, stimmt es, daß Sie öfters in bekannten Kölner Halbweltlokalen in Begleitung Ihres Stabes im vollen Kriegsglück erschienen? Stimmt es, daß Sie sich dabei öfters in einem Parfümgeschäft befinden, der das Ehrenkleid der Hülspartei bestimmt nicht ehrt? Stimmt es, daß gegen Ihren Oberkassierführer Boretz der Vorwurf erhoben wurde, Inhaber eines Kölner Bordells zu sein, ohne daß Sie gegen Boretz vorgehen?

Herr Dr. Winkeltemper, stimmt es, daß Sie einmal erklärt haben, bei einer gemollten Auseinandersetzung würden Sie dem „Ponzen Schaller“ die erste Kugel geben?

Ihre Kölner Hängel, Heft Rede und Antwort! Wir werden in Kürze mit Tatsachen aufwarten, daß euch Hören und Sehen vergeht! Seht ihr's, wie die Bonzen fliegen!

Das Rektorat der Wiener Universität wird erzogen!

Vorstellungen der einzelnen Gesamtschaften.

Die Forderung der demokratisch gestimmten Gesamtlichen Österreichs und der sozialistischen Studenten an das Rektorat der Wiener Universität, Ordnung zu schaffen und die prägenden Nazisstudenten an der Ausübung ihrer Barbareien zu verhindern, wurde jahrelang vergeblich erhoben. Da bei den neuesten Krawallen einige ausländische Studenten verletzt wurden, bemüht sich nun das schuldige Rektorat, das Versäumnis gutzumachen. Die unerbittlichen Herren sind nicht wiederzuerkennen bei ihren Bittgängen zu den Vertretern auswärtiger Mächte.

Der amerikanischen Gesamtschaft, die gegen die Vorgänge an der Universität schärfste Bewahrung einlegte, gestellten sich nun auch die Vertreterinnen Rumänens, Polens und Jugoslawiens. Die amerikanischen Studenten haben in einer großen Protestversammlung gedroht, die Wiener Universität zu verlassen, wenn sich die jetzigen Zustände nicht ändern sollten.

Genossen! Ihr müßt ungeduldi! Die Verbreitung unserer Zeitung agitieren! Tezt euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen agitiert!

# IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

Das was für sich mit Gequatsche Gefühl zu beden. Liebe Olga, Gilgi hält Olgas Hand, ihre Knie sind eingeschlossen von Martins Knieen. Sprechen drei Menschen zusammen, sprechen Knie zusammen und zwei Hände. — Man muß sie lieb haben, Olga, dieses leichtsinnige Mädchen —

Gilgi lacht, rafft mit einer hübschen, leichten Bewegung den Pelz über der Schulter zusammen — am schmalen blauen Ringfinger glimmt der dunkle Amethyst — hält mit der linken Olgas Hand umklammert, gräbt ihr die Nägel in die weiche Handfläche. Keine Angst, meine Kleine — sagen Olgas Finger — keine Angst — wird nichts gefragt, nichts gesprochen — werd' warten, und wenns drauf ankommt, bin ich da. Weißt du noch — und genügt, daß du's weißt? Dank dir schon, Olga.

„Wohin fahren wir eigentlich? So in's So-  
booy ...“

„Ja, erst Chablis — alten Pommeroy später ...“

Ach, Martin, ich glaub', die meisten feinen Leuten haben die Kellnerpsychose. Die bestellen nur so vornehme Sachen und tun, als wenn's ihnen selbstverständlich wäre — nur um dem Kellner zu imponieren. Auch ein Ehrgeiz!

Man ist, man trinkt, man lacht. Man ist einverstanden miteinander und fühlt sich wohl. — „Ich kann heut' nichts vertragen“, sagt Gilgi nach dem zweiten Glas Sekt. Ist wie Knackout gebort von schwerer bleierner Müdigkeit. Lacht gleich darauf wieder, ist ausgelassen und um eine ganz ganz kleine Nuance zu laut. „Frost Kinder!“ ruft sie, ein böses Spottlächeln im Ton. Gelächter. „Frost Kinder — sind wir nun drei oder vier hier am Tisch?“ „Zieht du schon doppelt, Gilgichen?“ „Qui sait?“ Sie lacht.

„Vor ein paar Tagen war Pi bei mir“, erzählt Olga, „er hat nach dir gefragt, Gilgi und Pi!“ „Gilgi fährt sich über die Stirn, Pi! Was macht er, wie geht's ihm?“ Ihre Fragen überstürzen sich. Wenn er mich geliebt hat, dann braucht er mich — Gilgi spürt plötzlich sinnlose Sehnsucht nach Pi, seiner harten Einsamkeit, der Unerschrockenheit seines Wesens. Sie springt auf — „ich muß mal eben hin zu ihm — sei mir nicht böse, Martin — spielt er noch in der Singhose, Olga? Ich nehme ein Taxi, Martin — in fünf Minuten bin ich da, in spätestens einer halben Stunde wieder zurück.“ Martin macht Einwände, Olga macht Einwände: jetzt — so plötzlich — doch lange genug ohne ihn gegangen — jetzt bis morgen — warum denn nur — warum ...“ Herrgott im Himmel, macht mich doch nicht verrückt.

Muß denn auch immer alles erklärt werden!!! Ich will jetzt gehen — jetzt will ich — nein, allein will ich ...“ Schon sitzt sie draugen im Auto. Märchen von Tahiti. „Log, mein Junge“, sagt Gilgi und nippt Pi auf die Schulter — genau wie damals ... Pi steht auf. Sein Gesicht ist noch schmal, noch blüselig geworden, die Augen noch mehr eingesunken — anders — nicht weicher — nein weiter im Bild.

„Seh dich nur, Gilgi, ich komme gleich zu dir.“ Nach kurzem, hartem Druck läßt er ihre Hand fahren ... Märchen von Tahiti ... Gilgi läßt den Pelz halb über die Schulter gleiten. Sehr fein sieht sie aus, sehr schön und elegant.

Sie hatte ganz vergessen, daß sie so ansieht — weil die Kellnerin sie so respektvoll nach ihren Wünschen fragt, fällt's ihr wieder ein. Die Schämt sich fast ein bisschen vor Pi — ihre Eleganz kommt ihr so verlogen vor. Sie schämt sich, weil sie so verliebt ist in diese verlorene Eleganz. Ruß sogar noch den Ring besonders blank reiben, die Falten des Kleides gefälliger widnen. „Bitte schön.“ Die Kellnerin mit dem hoffnungslos verworrenen Gesicht stellt das Glas Portwein vor Gilgi hin — du, dummes Euter, du — arnie doch nicht so dovt! Wenn ich mit meinem verknautschten Trenncoat, nach Arbeit riechend, hier läße, ich würde dir nicht imponieren! Du, schämt du dich nicht, so dumm zu sein, so furchtbar dumm ...“ „Ich muß morgen mal zum Arzt gehen — morgen oder übermorgen oder — ob das stimmt — das Märchen von Tahiti ...“ Gilgi schließt die Augen, das hat sie nie getan —

früher. Wenn sie die Augen zumachte, sah sie nichts — nichts — jetzt sieht sie viel hinter geschlossenen Lidern.

„Schlaf nicht ein, Gilgi!“ Pi sitzt ihr gegenüber. „Na, du hast dich ja gut herausgemacht —“



Im Savoy

Wiel. Dornbusch

— Könntest die Geliebte von Al Capone sein, die gleich in die Metropolitan-Oper fahren wird.“ Gilgi ist wach vor Müdigkeit. „Gib mir mal die Hand, Pi — halt' meine Hand fest — fester — so daß es weh tut —, ich muß bis ins Herz hinein wissen, daß du meine Hand hältst.“ Pi preßt Olgas Finger — wenn die ein Wort wie Herz sagt, dann stimmt doch was nicht mit ihr ... der Pulsschlag ihrer Finger, die nackte weiche

## Tagesneuigkeiten

### Fanjaren rufen.

Und nun drängen Delegierte, die bisher noch während im Stiegenhaus verweilt, hastig in den schon überfüllten Saal. So groß er ist, er bietet kaum genug Raum für die Vertreter unserer politischen Organisationen, für die Abgesandten, der Gewerkschaften, Genossenschaften und Kulturorganisationen, für die fast fünfzehnhundert Genossen und Genossinnen, die das Parlament der jüdelntendischen Arbeiterklasse bilden. Nur ein kleiner Teil des Saales konnte den Gästen überlassen werden, den vielen Genossinnen und Genossen, die als Zuhörer, als leidenschaftlich interessierte Zuhörer gekommen sind.

### Die Fanjaren rufen ...

Die Bände aller wenden sich der Tribüne zu, über der auf rotem Grunde die alte revolutionäre Parole, die aufrüttelndste, revolutionärste Parole, die je Massen erfaßte, mahnt und verheißend mahnt:

### Proletariat aller Länder, vereinigt euch!

„Freundschaft!“ — „Freiheit!“ Unsere Kampfrufe, die Grüße, die unser Wollen künden: Freundschaft in Freiheit, im Hintergrunde der Bühne, zu beiden Seiten der roten Fahne mit den drei leuchtenden Freiheitspfeilen. Und vor der Fahne der Denkerkopf von Karl Marx.

### Die Fanjaren rufen ...

Jugend marschiert auf, marschiert, viele rote Sturmflaggen tropfend, durch den Saal, auf die Bühne, fällt sie. Bursten und Mädchen in blauen Hüsen, Jungarbeiter und rote Frauen. Die Jugend grüßt den Parteitag mit dem Kampfruf: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ Die Delegierten erheben sich, singen freudig mit. Die letzten Worte des Liedes sind verhallt, da stimmen die Fanjaren die „Internationale“ an. Jubel, stürmischer Beifall begrüßt die herrliche, erhabene Melodie, Jubel, aus dessen Verklingen die feierlichen Worte aufsteigen, die Worte, die nun von uns allen mitgesungen werden:

### „Böcker, hört die Signale!“

Ein Jugendgenosse ruft in den Saal: „Die Arbeiterjugend grüßt den Parteitag!“ — Grähen heben die Jugendlichen Hände. Laut entbieten sie — und der ganze Parteitag wird freudiges Echo:

### „Freundschaft! Freundschaft! Freiheit!“

### Dujardin gestorben.

Brüssel, 28. Oktober. Der sozialistische Abgeordnete Dujardin, Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes, ist heute in Brüssel gestorben.

Mit Dujardin geht ein alter Kämpfer der Bergarbeiterbewegung dahin. Seit mehr als 40 Jahren ist er in der belgischen Bergarbeiterbewegung tätig gewesen, seit annähernd zwei Jahrzehnten war er Präsident des belgischen Bergarbeiterverbandes. Nach dem Tode Richards, des englischen Präsidenten der Internationale, ist Dujardin zum Präsidenten der Bergarbeiter-Internationale gewählt worden und als solcher wurde er auf dem letz-

Schulter, der zurückgelehnte Kopf — ein roter kleiner Fleck auf der weißen Kehle ... „du schenkst mir was, Gilgi, wenn du dir von mir helfen läßt.“ Er hat sie gesucht, mit ihr sprechen wollen, hat sie gesucht — den guten kleinen Freund, und jetzt ...

„Pi!“ — von weit her fällt Gilgis Stimme in den Raum — „ich bin verunglückt nach harter Ehrlichkeit — Pi, ich wollte meine Hand anders von dir gehalten haben ... du kannst mir nicht helfen, indem du etwas für mich tust, du kannst mir nur helfen, weil du da bist. Sei hart und böse und klar, Pi, ich brauche das.“ Gilgi sieht Pi nicht an, ihr Blick verfangt sich irgendwo im totpfeifen Papierstrangengeklingel an der Decke — aber sie weiß, daß es gerade Pi ist, zu dem sie spricht. „Vielleicht weißt du schon, daß ich jetzt keine Arbeit habe, daß ich mit einem Mann lebe ...“ Pi sitzt vornübergebeugt, sieht auf Gilgis Arm: eine schräge, straffe, weiße Linie, die in seiner Hand mündet. Die tote Gleichgültigkeit dieser Linie ist plötzlich eine böse, harte Beleidigung für ihn. Seine Hand bekommt Lust, sich fünfmal in die weiche blaße Schulter zu graben, die schräge Linie herabzuführen — fünf blutige Streifen in das unbewegte harte Weiß zu zeichnen. Sein Hirn umschließt Gilgis Worte. „Ich arbeite nicht mehr, ich lebe mit einem Mann ...“

„Magst du ihn?“

„Zeit wann hast du überflüssige Fragen, Pi! Ich werd' ausgerechnet mit einem Leben, den ich nicht mag! Ich sag' dir das nur als Einleitung, diese Tatsachen. Tatsachen ängstigen mich nicht, mit Tatsachen werd' ich fertig. Ich bekomme vielleicht ein Kind — sowas passiert alle Tage — ich weiß nicht wie vielen Mädchen. Wenn's so ist, werd' ich auch damit fertig, kein Grund, sentimental zu werden oder den Kopf zu verlieren. Nein, was mir Angst macht, ist etwas anderes. Man spricht sonst nicht darüber, oder wenn man drüber spricht, dann unwahr und verschleiernd ... so kommt's, daß man nicht weiß, ob man nun plötzlich unheimlich verschieden ist von andern, man weiß nicht, ist's normal und macht's jeder durch, oder ist man allein mit einer Krankheit ...“

„Was — meinst du?“

(Fortsetzung folgt.)

## Vom Rundfunk

### Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.

Prag: 16.00 Konzert, 18.00 Deutsche Sendung: „Die drei Russketeer“, Querschmitt, 19.00 Glasmusik, 20.00 Oper aus Preßburg, 22.20 Tschedische Jazzmusik. — Brünn: 16.00 Smelans- und Kerka-Stunde, 18.00 Deutsche Sendung: Schrommelquartett. — Berlin: 15.30 Orchesterkonzert, 18.00 Brahms, 19.30 Caruso singt italienische Lieder (Schallplatten). — Breslau: 11.30 Bach-Kantate, 19.25 Kleine Violinmusik. — Frankfurt: 10.30 Rosenkonzert. — Koblacher: 11.00 Sinfoniekonzert, 13.15 „Die vier Jahreszeiten“, 14.30 Schumann-Lieder. — Hamburg: 17.15 Chorkonzert, 18.15 Seltene Werke von Mozart, 20.00 Richard-Wagner-Abend. — Königsberg: 12.00 Orchesterkonzert, 20.00 Volkslieder.

wurde der Schulstreik erklärt und 50 Kinder sind nicht mehr in der Schule erschienen. Es wurden sogar Streikposten aufgestellt. Ferner ist geplant, einen Mieterstreik zu erklären. Die Polizei warnt in einer Bekanntmachung vor der weiteren Durchführung des Schulstreiks und kündigt gegebenenfalls Bestrafung der Eltern an.

Kommt der „Heilsarmeeprophet“? Der Herr Haider war es, der während des Volksportprojektes das „Heer vom Hakenkreuz“ mit der Heilsarmee verglich, nicht nur, um die Lächerlichkeit der Bewegung, der er angehört, sondern auch um seine eigene Unschuld zu beweisen. Die polizeilichen Erhebungen, die jedenfalls gepflogen werden, um auftauchenden Gerüchten von der Ueberflüssigkeit unserer agrardemokratischen Polizei entgegenzutreten, werden die Stichhaltigkeit der von Herrn Ing. Haider angedeuteten Beschuldigung gegen die sogenannte Heilsarmee ergeben. — Ihr militärischer Charakter, den sie schon im Namen betont, ist evident. Ihre Mitglieder tragen Uniformen, die denen der Polizei nicht unähnlich sind. Sie sind eingeteilt in Mannschaften und Offiziere. Ihre Zeitung trägt den bezeichnenden Namen „Der Kriegsruf“. Sie steht in Verbindung mit ausländischen Faktoren und sammelt Kräfte und Geld für ihren Kampf, den sie gegen die Unmoral zu führen vorgibt. Das kann aber jeder sagen, sogar die Polizei. Dazu braucht man nicht gleich eine Armee. So genügt allenfalls die christlichsoziale Partei. Es besteht der dringende Verdacht, daß die Heilsarmee die Vorsehung größerer Gebiete unseres Staates und ihre oder gar des ganzen Staatsgebietes Einnahme auf das sogenannte „Reich Gottes“ anstrebt. Für ihre Bestrebungen macht sie Propaganda in Versammlungen, die zum Teil unter freiem Himmel stattfinden, und durch Propagandabüchse in geschlossenen Formationen unter Führung von Fahnen und Vorantritt von Spielmannszügen. Ihre Propagandaredeuten sprechen häufig, um von der Polizei nicht verstanden zu werden, in einer fremden Sprache, angeblich der Staatsprache Großbritanniens. Ihre scheinlichen Ueberlieferer bemühen sich dann, eine unpolitische und harmlose Rede vorzutauschen. Das dürfte aber stets nur zur Täuschung der Polizei und des Publikums dienen sollen. Denn weshalb harmlose Reden in einer fremden Sprache geführt werden sollten, ist nicht einzusehen. In solchen behördlichseits nichts im Wege steht. Die ganze Angelegenheit ist jedenfalls sehr verdächtig und wir hoffen, daß sie die zuständigen Stellen pflichtgemäß und eingehend behandelt werden.

Beschleunigung der Schnellzüge Wien-Tetschen-Berlin. Auf der in Brüssel abgeschlossenen Internationalen Fahrplankonferenz wurde auch eine wesentliche Beschleunigung eines Schnellzugspaares auf der Strecke Wien-Tetschen-Berlin beschlossen, die mit dem nächsten Sommerfahrplan in Kraft treten soll. Es handelt sich um die Schnellzüge, die Prag um 14.30, bezw. 15.20 passieren. Die Verkürzung der Fahrtdauer beträgt auf der Strecke Wien-Berlin eine Stunde und zwölf Minuten, in der Gegenrichtung 45 Minuten. Der Zug aus Wien wird in Prag etwas früher eintreffen als bisher (13.37), der Berliner Schnellzug etwas später (16.29).

Auf der Autobuslinie Prag-Teplitz-Schönan beginnt der Betrieb am 1. November l. J. Abfahrt von Prag 17 Uhr 40 Min., Abfahrt von Teplitz-Schönan 7 Uhr 5 Minuten, Standort der Autobusse in Prag beim Wilsonbahnhof.

Der Bod als Gärtnere. Bei einer Revision der Kirchenkasse in Pulsnitz bei Pausen wurde festgestellt, daß der Kirchenassistent Beiser Unterschlagungen in der Höhe von 62.000 Mk begangen hatte. Beiser hat die Unterschlagungen zugegeben. Er wurde in Haft genommen.

Meteor über Böhmen. Am 22. Oktober l. J. um 21 Uhr 19 Minuten, wurde auf der Sternwarte in Prag, Peřin, ein großes Meteor beobachtet, dessen Helligkeit der des Planeten Venus gleich. Weitere Nachrichten von demselben Meteor sind in Königgrätz eingegangen. Die Sternwartenwarten bitten um Einsendung von Beobachtungsberichten. Am wertvollsten wären Angaben über die scheinbare Bahn zwischen den Sternen, was eine Berechnung der tatsächlichen Höhe der Entzündung und der Bahn des Meteors ermöglichen würde.

300 Todesopfer eines Taifuns. Wie die Agentur Indopacific aus Saigon meldet, hat der Taifun, der am 15. Oktober l. J. über den anamitischen Küstengegenden niedergegangen ist, 300 Todesopfer gefordert. Der Sachschaden ist ungeheuer.

ten Kongress in London dieses Jahres einstimmig wiedergewählt.

Als Charakterzug seiner wahrhaft internationalen Begeisterung kann folgende Sache gewertet werden. Dujardin war schon seit der Vorkriegszeit Bürgermeister seiner Heimatstadt, einer größeren Bergarbeiterstadt bei Lüttich. Während der deutschen Besetzung im Weltkrieg bekam er als Bürgermeister einen Erlaß des deutschen Militärkommandanten zwecks Ueberlegung und Verlautbarung an die Bevölkerung. Der Beamte, der die Ueberlegung vornahm, konnte die Unterschrift des militärischen Befehlshabers nicht lesen und fragte Dujardin, was da zu machen sei. Dujardin sagte, schreiben Sie hin: „Unterschrift unleserlich“. Deshalb wurde er von dem deutschen Militärgericht angeklagt, zu schwerer Kerkerstrafe verurteilt und erlangte seine Befreiung erst mit dem Rückzug der deutschen Armee.

Dujardin war aber trotzdem unseres Wissens der erste ausländische Delegierte, der im Jahre 1920 in Gnesen wieder an einer deutschen Bergarbeitertagung teilgenommen hat. Sein Ansehen bei den Bergarbeitern Belgiens und der Bergarbeiter-Internationale war groß. Dujardin war auch in der Partei tätig und langjähriger Deputierter der belgischen Arbeiterpartei.

## Heldentod im Dschungel.

### Hunderte verdurstet?

Runcion, 28. Oktober. Einem amtlichen Bericht des Kriegsministeriums zufolge wurden im Chaco-Gebiet etwa 100 Soldaten der bolivianischen Armee durch eine Füstkolonne tot aufgefunden, die in den dortigen unwegsamen Gebieten verdurstet sind. Nach einer Erklärung dreier bolivianischer Soldaten, die von einer paraguayischen Vorhut gefangen genommen wurden, sind 4 Offiziere und 170 Soldaten eines Infanterieregiments — darunter auch Gefangene — in den Dschungeln spurlos verschwunden.

## Geißhändel und verbrannt.

### Grenelieten einer polnischen Räuberbande.

Warschau, 29. Oktober. Im Dorfe Pzzielowice in der Nähe von Lublin ist ein alleinstehendes Haus von einer 10 Mann starken Räuberbande überfallen worden, die schwer bewaffnet war. Die Banditen vergingen sich an der Frau des Besitzers, dann begoßen sie sie mit Petroleum und zündeten sie an. Nachdem sie das ganze Haus geplündert hatten, flohen sie in den Wald. Ein Dorfbewohner, der den Ueberfallenen zu Hilfe eilen wollte, wurde von den Räubern erschossen.

## Ein Schulstreik.

Beuthen an der Oder, 28. Oktober. In Beuthen an der Oder ist ein Schulstreik ausgedrohen. Infolge der Angliederung der Stadt an den Kreis Glogau mußten die Unterstützungsrichtsätze für die Erwerbslosen dem Glogauer Kreis angepaßt werden. Das bedeutete eine Herabsetzung der Unterstützungssätze. Daraufhin

## Defizit auch im Wiener Gemeindehaushalt.

Wien, 29. Oktober. Der Rechnungsschluß der Gemeinde Wien über das Jahr 1931 weist Gesamteinnahmen von 453.027.000 Schilling und Gesamtausgaben von 491.092.000 Schilling, mithin einen Bedarfsabgang von 38.065.000 Schilling auf.

**Zwei Nobelpreise.** Das Stockholmer Karolinische Institut, das alljährlich den Nobelpreis für die größte wissenschaftliche Leistung auf dem Gebiete der Medizin zu vergeben hat, beschloß in diesem Jahre die Verleihung des Nobelpreises an die beiden englischen Professoren Sherrington (Oxford) und Adrian (Cambridge). Beide Gelehrte veröffentlichten grundlegende Arbeiten über die Funktion der Nervenzellen. Sherrington ist ein Kenner der Reflexphysiologie und Erfinder der Willkürschen Krankheit, die sich in bestimmten Degenerationserscheinungen, im Zentralnervensystem zeigt; außerdem gilt er als sehr bedeutender Schulhygieniker. Professor Adrian hat sich innerhalb der Neurophysiologie speziell mit der Theorie der Aktionsströme beschäftigt (elektrische Ströme, die bei Nervenerregungen entstehen) und auf diesem Gebiete bedeutende Arbeiten veröffentlicht.

**Der Geheimnisvolle.** Noch immer hat die Berliner Polizei nicht die Identität des Mannes ermitteln können, den man, anscheinend betäubt und beraubt, am Mittwoch morgen im D-Bus Wiesbaden-Berlin kurz vor der Zielstation aufband. Der geheimnisvolle Passagier liegt im Krankenhaus Friedrichshain. Im allgemeinen spricht er ein undefinierbares Rauderwelsch, nur wenn er etwas zu rauchen oder zu essen haben möchte, kann er deutsch. Auf alle Fragen verweigert er die Antwort. Den Photographen zieht er Grimassen — die Bilder, die man von ihm aufnimmt, werden in keiner Weise ähnlich. Die Abnahme von Fingerabdrücken führte zu keinem Ergebnis. Laufen lassen möchte die Polizei ihren Feindling auch nicht. Er ist, alles in allem, ein schwieriger Fall.

**Losbetrüger als Losgewinner.** Der Untersuchungsbeamte Czernacki, der wegen Fälschung von Lotterielosen der polnischen Klassenlotterie in einem Warschauer Gefängnis sitzt, gewann sehr mit einem eckigen Los, das er besch. 15.000 Mark. Czernacki wurde, von Gefängnisbeamten bewacht, in die Lotteriestelle gebracht, wo er seinen Gewinn abbob, den er dann bei der Gefängnisleitung deponierte.

**Doppeltes Todesurteil.** Das Schwurgericht Deggendorf verurteilte am 28. Oktober den Dienstrechtshausarbeiter aus Salzdorf zweimal zum Tode. Hausdorfer hatte am 6. Dezember v. J. in Oberbubach (Niederbayern) die Kaufmannsgattin Babette Reich und deren dreieinhalb Jahre alte Richte auf bestialische Weise ermordet und die Kasse des Kaufmanns mit einem Betrag von 35 Mark geraubt.

**Einbruch in ein Postamt.** In der Nacht auf den 28. Oktober drangen unbekannte Täter in das Postamt in Doudrava bei Teschen ein. Sie erdruben die feuerfeste Kasse und entwendeten daraus 5600 K sowie für 13.000 K Postwertzeichen.

**Selbstmord auf den Schienen.** Am 28. Oktober vor Mitternacht wurde auf dem Geleise des Brünner Hauptbahnhofes die Leiche eines Mannes gefunden. Der Kopf war vom Rumpfe losgetrennt. Nach einer Sprechart handelt es sich um den Währinger Josef Hoppert. Man ist der Ansicht, daß Hoppert Selbstmord verübte, indem er vor einen fahrenden Zug sprang.

**Sich selbst gerichtet.** Der Fleischer Szjotet, der Sonntag, den 28. Oktober, in der Waggon-

kolonie in Tschschisch-Tschsch zwei Frauen erschossen, eine Person angeschossen hatte und dann gesüchtet war, wurde am 28. Oktober vor-mittags im Sechsam ein Fleischers in Svi-nob tot aufgefunden. Der Mörder hatte sich im Kamin versteckt und dort erschossen.

**Ein lurchbares Jungunglück bei Schanghai.** Der Schnellzug Ranking-Schanghai ist am Freitag bei Souchow entgleist. Der Lokomotivführer hatte die Haltesignale, die Rottenbauarbeiten anzeigten, übersehen. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf etwa 90 geschätzt.

**Leipziger Großsender in Betrieb.** Der Großrundfunksender Leipzig in Wiederau, mit 150 Kilowatt der stärkste deutsche Sender, wurde am 28. Oktober vormittags seiner Bestimmung übergeben.

**Sonderzug nach Berlin (Hamburg).** Die Staatsbahndirektion in Prag expediert in den Tagen vom 11. bis 14. November einen Sonderzug nach Berlin. Der Fahrpreis, in welchem die Kosten für den Autobus und die Verpflegung enthalten sind, beträgt 365 K. Die Teilnehmer an dieser Exkursion können auch gegen eine Aufzahlung Hamburg besichtigen.

## Das Rätsel des Krebses.

Von Dr. med. Th. Plaut.

Man hat die Statistik eine feile Dirne genannt, die zu allem zu haben sei. Soviel ist jedenfalls richtig, daß man mit Schlüssen, die man aus statistisch errechneten Zahlen zieht, sehr vorsichtig sein muß. Da zeigt sich z. B., daß neuerdings die Tuberkulosesterblichkeit dauernd abnimmt, während die Krebssterblichkeit dauernd zunimmt. Darf man nun daraus schließen, daß der Krebs wirklich immer häufiger wird? Nein! Die Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit dürfen wir als Tatsache hinnehmen und als einen Erfolg unserer Bekämpfungen (Heilfaktoren, Fürsorgemaßnahmen) buchen. Da die Tuberkulose eine Krankheit des jugendlichen Alters ist, wird schon ihre Abnahme — früher starb ein Seidenteil der Menschheit an Tuberkulose — bewirken, daß mehr Menschen ein höheres Alter erreichen. Nimmt man dazu die dauernd sinkende Geburtenziffer und die damit z. T. zusammenhängende Verminderung der Säuglings- und Kindersterblichkeit, so verstehen wir, daß wir heute eine in ihrem Altersaufbau ganz anders zusammengesetzte Bevölkerung vor uns haben, d. h. innerhalb der gleichen Volksmenge ist das Verhältnis zwischen Jungen und Alten zugunsten der erstere verschoben. Der Krebs ist aber eine ausgesprochene Alterskrankheit. Es ist also klar, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Bevölkerung viel mehr Menschen in das „krebshafte“ Alter kommen. Nimmt man dazu die z. T. dem Königenverfahren zu dankende Verbesserung der Erkennungsmöglichkeiten, ferner die Tatsache, daß man heute mehr operiert, als früher, wodurch mancher Fall aufgeklärt wird, der früher unentdeckt blieb, so kommen wir zu dem Ergebnis: die Zunahme der Krebssterblichkeit ist nur scheinbar. Es ist durch nichts bewiesen, daß die Krebssterblichkeit tatsächlich zunimmt. Ist dem aber so, so brauchen wir uns auch nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, woher die Zunahme kommt. Woher der Krebs über-

haupt kommt, wissen wir freilich immer noch nicht, und es ist daher völlig richtig, wenn der Frankfurter Pathologe Prof. Fischer-Waldes sagt: „Der wissenschaftlichen Aufklärung der Krebsursachen stehen noch die größten und wichtigsten Aufgaben bevor.“ Somit fallen alle Versuche, die Zunahme der Krebskrankheiten zu begründen, in sich zusammen. Dazu gehört auch der Versuch, den Dr. Friedrich Wolf machte, die Ursache des Krebses in der „überfeinerten falschen Ernährungsweise des Kulturmenschen, in der Überfütterung mit Fleisch, Konserven, ausgekochten Speisen, ausgebleimtem Mehl“ zu suchen. Die nächste Folge dieser falschen Ernährung soll die hartnäckige Verstopfung sein und das führe dann zu „Selbstvergiftung des Körpers durch Darmfäulnisstoffe“. Die zivilisierte Menschheit habe sich daran gewöhnt, eine einzige Supplimentierung am Tage als normal anzusehen, „so daß der Kulturmenschen gewohnheitsmäßig mindestens 24 Stunden am Tage verstopft ist“. In dieser Zeit sammeln sich die Verdauungsprodukte im Darm an. So kommt es zunächst zu einer Erweiterung des Darms und später zu Geschwürprozessen.“

**So viel Behauptungen, so wenig Beweise.** Die ganze Lehre von der Vergiftung vom Darm aus steht auf sehr schwachen Füßen. Es braucht also niemand, der nur einmal täglich Stuhl hat, sich Sorgen zu machen oder gar der Krebskrankheit anheimzufallen. Die Statistik, die darunt, daß Vegetarier seltener an Krebs erkranken, ist noch nicht erschienen. Wir wissen aus zahlreichen Tierversuchen, daß es durch lange, fortgesetzte Einwirkungen mancher Gifte gelingt, eine „Krebshbereitschaft“ zu erzielen, so daß z. B. eine auf der gefundenen Dosis einer mit Teer vergifteten Maus geflehte Brandnarbe krebsartig entartet. Man kann vermuten, daß hier Stoffwechseleigenschaften eine Rolle spielen, und wahrscheinlich sind es beim Menschen Veränderungen im Gesamtkörperhaushalt, die auf einmal in einem gewissen Alter die Bereitschaft zur Geschwulstbildung hervorrufen. Aber über „vermuten“ und ein „wahrscheinlich“ kommen wir einstweilen

nicht hinaus. Und nichts ist gefährlicher, als sich auf einem Gebiet, das noch so viel Unerforschtes bietet, dem Glauben hinzugeben, daß man ein Krebsleiden mit Fleischenthaltung, mit Vollkornbrot, Obst, Wasser- und Seebädern heilen könnte. Es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß man durch diese Methoden die Krebssterblichkeit herabdrücken könnte. Einstweilen kann man nur raten, nicht auf die angeblich dauernde Zunahme des Krebsleidens hin der Krebskrankheit zu verfallen. Bei Beschwerden suche man rechtzeitig fachkundige ärztliche Hilfe auf. Die Erfolge der Krebsbehandlung durch Operation, Röntgen und Radium sind durchaus beachtlich, wenn auch noch viel zu tun übrig bleibt.

## Mitteldeutschlands schönste Schanze.

Seit drei Monaten arbeiten 75 Mann im freiwilligen Arbeitsdienst an der Errichtung einer neuzeitlichen Anprachen genügenden Sprungschanze am Geisingberg. Was diese Schanze vor den anderen Mitteldeutschlands heraushebt, ist ihre einzig schöne Lage. Während die anderen Schanzen — auch die größten — mehr oder weniger in einem Kessel liegen, hat man von der Geisingbergshöhe einen herrlichen Rundblick bis ins Böhmische Mittelgebirge, der Sächsischen Schweiz und den Dresdener Elbhöhen. Nur genüge die alte Schanze nicht mehr den modernen Ansprüchen. Daher haben sich der Kreis Sachsen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der Kreis Ostergebirge im Schwabensachsen und die Stadt Altenberg in einer Schanzengemeinschaft zum Ausbau der Schanze zusammengeschlossen. Die neue Schanze soll am zweiten Weihnachtstag bereits eingeweiht werden und ermöglicht Sprünge von 60 und sogar 65 Meter.

Einige Zahlen mögen die Größe der Schanze zeigen. Sie ist insgesamt 200 Meter lang. Der Höhenunterschied beträgt 85 Meter, der zwischen Sprungturm und Schanzengipfel 38 Meter. Der Anlauf ist drei Meter breit und 50 Grad geneigt. Der Schanzengipfel ist zwölf Meter lang und sieben Grad geneigt (mit Hilfe des Schnees kann diese Neigung natürlich erhöht oder verringert werden). Die Länge des Schanzenschlusses ist 3,5 Meter hoch. Der Anlauf der Überwindung von Sprungbahn zum Anlauf beträgt 80 Meter, gegen 30 Meter der früheren Schanze. Der Aufsprungradius ist 24 bis 27 Grad. Am Anlauf rechnet man mit einer Fahrgeschwindigkeit von 21 bis 23 Sekundenmeter, das sind 70 bis 80 Meter in der Stunde. Der Anlauf kann dreifach benutzt werden, bei günstigen Schanzenverhältnissen genügt bereits das untere Drittel. Für Ingerollt wird man den Anlauf sogar noch mehr kürzen.

Gleich die Arbeitsleistung im freiwilligen Arbeitsdienst sonst nicht sehr hoch geschätzt wird, hat man hier doch sehr gute Arbeit geleistet, die um so höher zu bewerten ist, als sie ja nicht von hoch arbeitern geleistet worden ist, sondern von jungen Menschen aus allen möglichen Berufen. 6000 Arbeitsstunden waren notwendig, um die 4500 Kubikmeter zu bewältigen, wovon über die Hälfte Fels war.

Neuartig ist auch die schräge Anlage der Tribünen, die nicht mehr oben beim Abprung, sondern unten und so geschickt angelegt sind, daß jeder bequem über seine Vordermänner hinwegsehen kann.

## Das Kohlenbecken von Damodar

Die Frühzeit unseres Sternes Erde. Wo heute der Nordpol liegt, da wuchsen Palmwälder. Und wo heute die Tropen sind, da wuchsen Laubbäume. Die Achse unseres Erdballs hat sich verschoben, nichts steht fest: nicht einmal die Form der Gestirne. Die Frühzeit des Erdballs. Kontinente steigen und versinken — gewaltige Dampfströme steigen über tosenden Armeereen — an anderen Stellen wieder sieht ewige Sonne auf quirlende Sumpfbereiche, riesige Saurier kämpfen wilde Schlachten. Schachtelhalmwälder. Fliegende Drachentiere, Urwald. Vegetation von ungeheurer Leppigkeit. Aber der junge Erdball bekommt Fieber, er schüttelt sich, er bricht Blat: vulkanische Eruptionen! Ganze Landschaften versinken, mit Wäldern und Getier: Erdschichten und Gesteinsmassen verschieben sich und erdrücken einander. Was Wald war, wird Stein und Kohle, tief im Gebirge versenkt. Viele Millionen Jahre drängen durch die Welt, ewige Veränderung bringend. Das Auge Tier Mensch entwickelt sich zu einem denkenden Wesen. Der Mensch schaut in die Höhe, in Liebe zu den Bienenweiden, zu den goldenen Sternen. Der Mensch schaut auch in die Tiefe, er bohrt sich in die Tiefe hinein: er holt die Sonnenkraft einstiger Urwälder heraus, er nützt diese Kraft, die herrliche Kohle, die uns schnell und leicht macht — Eisenbahnen und Luftballon. Die Kohle, auf dem ganzen Erdball ist sie daheim, von Spitzbergen bis Indien und Australien. Die Kohle erwartet die Wiedergeburt ihrer Sonnenkraft durch den großen Raubtier Mensch. Dem Umwandler aller Dinge — dem Umwerter aller Wirtschaft und aller Geisteswelt. Nichts ruht oder steht fest, alles schwingt und verschiebt sich, sogar die Achse des gesamten Sternes. Das ist groß — das ist erhaben — ein solches Denken und Fühlen ist eine Religion. Es ist ein Kultus vor der Geseßlichkeit der Natur.

Und jetzt sind wir in Britisch-Indien. Im Kohlenbecken von Damodar. In der Provinz Bengalen. Dessen Rückgrat der Ganges ist, der Vater der Ströme, auf seinen träben Fluten blüht der rote Lotus, mit dem die indischen Bräute ihre hohen Stirnen schmücken. Britisch-Indien. 350 Millionen Menschen.

Mit guten Schulen. Mit einer viel älteren und viel edleren Kultur als die Kultur Europas. Die reichste und dichtestbevölkerte Provinz Indiens ist Bengalen. Kleiner als Preußen, aber mit 50 Millionen Einwohnern. Die Hauptstadt Bengalens ist Kalkutta, mit einmahl Millionen braunen Menschen, nach London die größte Stadt des britischen Weltreiches. Kalkutta in Bengalen. Der geistige Mittelpunkt Indiens. Seine Universität gibt 35.000 Studenten und Studentinnen die Nachmittage des freien Wissens, Kalkutta, Seehafen, an einem Mündungsarm des Vater Ganges, am tiefen Hooghly. In den Hooghly mündet der Fluß Damodar, der ist die Ruhr Indiens, der Damodar durchfließt Ostindiens reichstes Kohlenbecken. Das Becken von Damodar: die Grundlage der Industrie von Kalkutta! Kalkutta, die größten Zuckerspinnereien der Erde, mit 40.000 Zuckerspinnern, und die größten Baumwollwebereien, mit 50.000 stinken Mädchen. Und moderne Eisenwerke, und Maschinenfabriken, und Schiffswerften — die Industrie von Kalkutta ist Indiens wirtschaftliches Zentrum.

Und hier in Kalkutta liegt auch das Zentrum der indischen Arbeiterbewegung. Die Zentrale der freien Gewerkschaften. Textilarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter. Angegliedert die freien Gewerkschaften vom Kohlenbecken Damodar. Die indischen Gewerkschaften sind international orientiert. Ihre Verbindungsstellen laufen nach Bombay und London und Amsterdam, nach Singapur, Batavia und Sydney, weiter östlich nach Kanton, Schanghai, Nagasaki und Tokio. Die große asiatische Arbeiterbewegung der organisierten Arbeiter hat zwei Zentren: Kanton und Kalkutta! Aus diesen Zentren wird der erste die soziale Kraft herauswachsen, die den Weltteil Asien den übrigen vier Kontinenten angliedern wird: Das Entstehen der Neuen Welt, sozialistische Gesellschaftsformen, bedingt aus sozialistischer Austauschwirtschaft. Alles verschiebt sich am Stern Erde, sogar die Achse; auch die heutigen Wirtschaftspole: Profit und Waffe — auch sie werden sich verschieben — und sie werden heißen: Bedarf und Friede! Ewiger Wechsel. Das Untere kehrt sich nach oben. Das Abgestandene versinkt.

Das Kohlenbecken von Damodar. Im westlichen Bengalen. 205 Gruben. Mit rund 50.000

braunen Kumpels. Zum größeren Teil organisiert im freien Verband der „Bergarbeiter Indiens“. In Korrespondenz und Interessengemeinschaft der „Bergarbeiter-Internationale“.

Das Revier von Damodar. Produktion 5 Millionen Tonnen im Jahr. Das dichteste Kohlenrevier des Reiches Indiens. Damodar produziert ein Viertel des indischen Kohlenbedarfes.

Die Bergleute von Damodar sind Hindus. Das Klima ist feucht und ungeeignet. Die Hälfte aller jährlichen Todesfälle hat seinen Grund im Fieber, die Malaria, deren Krankheitskeime der sommerliche Südostmonsun aus den sumpfigen Stromablagerungen des weiten Gangesdeltas heraufweht. Auch Cholera und Lepra wüten zeitweise unter der Bevölkerung des Kohlenbeckens Damodar. Im Winter ist das Land gefährdet, dann weht der trockene Nordostmonsun, herab aus China.

Fluß Damodar, der schwarze Strom, die Ruhr Bengalens. Stützpunkt der Kohlenindustrie ist die Kumpelstadt Ansool. Hauptstadt des Industriebezirks ist Budwan, mit 50.000 Einwohnern. Und die Kohlenstadt Raniganj. Das Zentrum des dichten Bahnnetzes. Sonstige Industrie: Papier, Leder, Töpfereien. Und die großen Eisenwerke von Barakar.

Das Kohlenbecken von Damodar. Heiß, feucht, ungeeignet. Aber aufgeklärt, wie alle Industriegebiete. Ein Tiefbecken, das sich aus Hügel-land von Kappur anhebt. Der Fluß Damodar kommt vom Hochland Chota Nagpur herab. In dessen Urwäldern sich noch das Jägervolk der Draviden auslebt, das eigentliche Urvolk Indiens. Die Hindus saßen einst oben am Himalaya. Hind — heißt Hinterländer. Ein altpersisches Wort.

Das landwirtschaftliche Damodar. Ein Gartenland. Reis, gegen das Gebirge zu: Tee, Weinpalmen und Dattelpalmen. Orangen und Kaktuseigenen. Melonen. Angurien. Violettblühende Azalien. Breitblättrige Gummibäume. Bohnen, Dill, saße Kartoffeln. Der Hindu ist Vegetarier. Er trinkt die Milch vom Kuhhind. Aber er raucht Tabak. — Kleine, flinke Affen sind schlimme Gartenräuber. Vom Hochland herab kommt manchmal der Tiger geschlichen, durchs Bambusdickicht am Ufer des Damodar. Achtung: die glühenden Brillenschlangen, ihr Biß ist tödlich! Grüne Scharen von lustigen Zwerg-

papageien fliegen schreiend gegen die rostige Abendsonne, die Zitrillen. Die hohen Palmett rauchen wie fallendes Wasser, der herbliche, gelunde Nordostmonsun. Es ist erquickend, Abendliche. In die dreifig Bergleute sitzen auf einer niedrigen Gattenmauer. Hindus. Schlang und schön. Glühende schwarze Augen. Bitternis um den roten Mund. Der Lohn ist kein. Und das Leben wird immer teurer. Jamooh! Biharas!

Gespräche der Kumpels von der Kohlenstadt Ansool, im Revier Damodar. Der Wind singt Bah und Melodie, in den gedieberten Palmetten: Bah und Melodie zu den Worten und Gedanken der Menschen. Horet! — Run haben sie uns die Woche zwei Feiertagen eingeglegt. — Kalkutta braucht weniger Kohle. — Das Bahnnetz hat Löcher, die Arbeit fällt hindurch. — Warum das alles? — Die ganze Welt ist krank. — Will Gandhi die Welt gesund hungern? — Gandhi ist Nationalist, er nimmt Geld von den Reichen. — Nicht durch Hunger gesundet die kranke Industrie — Nicht durch Nationalismus. — Sozialismus ist der richtige Arzt fürs Kohlenbecken von Damodar. — Unsere Gewerkschaftsblätter sprechen klar, die Weltkrise ist schuld an unseren Feiertagen.

Gespräche der Hindus unterm Palmbaum. Die Bergleute von Ansool. Revier Damodar. Indische Sozialisten. Mitglieder der großasiatischen Gewerkschaftszentralen: Kalkutta — Kanton!

Fünfzig Jahre haben die Gruben vollgeschafft. — Seit vierzig Jahren haben wir unsere Organisation. — Britisches Kapital hat uns angebetet, aber auch die Aufklärung gebracht. — Mit dem Kapital kamen unsere Vorarbeiter, die Sozialisten von Cardiff und Glasgow. — Sie haben uns ein Licht angezündet. — Nicht die Briten sind unsere Feinde. — Unser Feind ist das britische Gold. — Und wir selber müssen es aus der Tiefe herausholen. — Gold wird schlecht in den Händen der Mächtigen. — Gold wird böse. — Es kommt aber von der Arbeit, Arbeit ist doch gut? — Gut ist Gott, Arbeit ist göttlich. — Gold ist der falsche Gott.

Es ward Nacht. Geld steigt der Mond hoch. Ueberm Kohlenbecken von Damodar. Horche, der Zehrer des Geiers. Er wittert Froh. Die Cholera? Max Dorn.

# Der linierte Marxismus.

Am Neuen Deutschen Verlag in Berlin ist eben der erste Band eines Buches erschienen, welches den „unverfälschten“ Marxismus verkündet. Es ist ein Werk von Kurt Sauerland über den dialektischen Materialismus. Der vorliegende erste Band behandelt das Thema „Dogmatismus und schöpferischer Marxismus“ nach den Methoden eines geistigen Erörterungsreglements. Jede Abweichung von der „Linie“ wird mit einem Bannfluch bedroht.

Das Wort vom dogmatischen und schöpferischen Marxismus stammt von Stalin, welcher dasselbe auf dem 6. Parteitag der Bolschewiki (August 1917) gebraucht hat. Er erinnert an das Wort vom schlafenden und schaffenden Kapital und hat wie dieses auch nur demagogische Bedeutung. Ein dogmatischer Marxismus ist ein Widerspruch in sich und wir Sozialisten sollten dem von anderen Gegnern geprägten Begriff von einem marxistischen „Dogma“ nicht noch Vorschub leisten.

Doch Stalin ist ausdrücklich zu einem „schöpferischen Marxismus“ bekennt, ist psychologisch sehr begreiflich. Auch ein Großinquisitor hat alle Kräfte, sein „Christentum“ zu unterstreichen. Stalin hat aus der Partei Lenins eine unduldsame Kirche gemacht, deren innere Disziplin nur mehr mit Hilfe von Rebergerichten aufrecht erhalten werden kann. Dem „schöpferischen Marxismus“ Stalins hat Trotzki am eigenen Leib erfahren und neuerdings müssen Zinowiew und Kamenev daran glauben, daß man sich nicht ungestraft über die sprichwörtliche Unwissenheit Stalins in theoretischen, historischen und internationalen Fragen lustig machen darf.

Es ist sehr bedauerlich, daß ein Mann von den Qualitäten Sauerlands sich dazu hergibt, ein Schulranzenbuch zu produzieren, welches Stalin als den „Theoretiker des Leninismus“ (S. 206) feiert, der „in genialer (!) Weise die berühmte (!) Formulierung prägte“, daß der Leninismus nichts anderes ist als der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution“ (S. 207).

Ja, später werden die Widerspruchswörter noch wichtiger und Stalin wird als ein Mann gezeichnet, der „als einziger (!) das Wesen des Leninismus richtig erklärt hat“ (S. 252). Und wir erfahren staunend, daß die Theorie des Marxismus-Leninismus „längst vor dem Kriege von Lenin und (!) Stalin konfessiert worden war“ (S. 298).

Was hat dies alles aber mit „einer systematischen Darstellung der Grundgedanken des dialektischen Materialismus“, ja auch nur mit einem „historischen Abriss der Entwicklung des dialektischen Materialismus“ zu tun? Nun, Sauerland hat seine marxistische Labulatur errichtet und verzeichnet mit der lobpreisenden Wollust eines Bedweller alle Abweichungen von der alleinigmachenden „Linie“ des dialektischen Materialismus. — Dogmatismus? Ach nein, das ist eben „schöpferischer Marxismus“!

Es wird nun gezeigt, wie arg der Marxismus bisher entstellt wurde. Von Laiffalle ganz zu schweigen, waren auch August Bebel und Wilhelm Liebknecht vom wirklichen Verständnis des Marxismus weit entfernt, wie Sauerland durch einige Sätze „beweist“. Dann wird Karl Kautsky — und natürlich erst recht Eduard Bernstein — in die Haare gebauert. Schließlich folgen die deutschen Linken: Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht. Ja sogar Plechanow wird mit jener „kommunistischen Ueberblichkeit“, die Lenin oft genug gerügt hat, durch den schöpferischen Lenin gezogen.

Sauerland bemängelt es, daß „selbst in der sonst so vorzüglich redigierten großen Ausgabe der Samtlichen Werke Lenins (herausgegeben vom Lenin-Institut) eine höchst unfaire und im Grunde falsche Aussage über Plechanow gegeben wird — ohne ein einziges Wort darüber, daß seine grundlegenden Fehler, daß seine Verflachung des Marxismus (!) in allen seinen Werken ihren theoretischen Niederschlag gefunden haben“.

Natürlich ergibt sich aus alledem aber eine Folgerung. Der Sauerland übrigens auch nicht ausweicht. Wenn nämlich der Marxismus bisher nicht verstanden wurde, dann gibt es auch keinen „Verfall“ am Marxismus. Und Sauerland verflucht denn auch bezüglich Kautsky: Die Legende vom „Verfall“ des einstigen „wahren“ Marxismus hält einer sorgfältigen Analyse nicht stand.

# Prager Konzertsaal.

Doch auch ganz große Künstler Performungen unterworfen sein können, die auf ihre Kunstübung währenden Einfluß ausüben, lehre ein Beechoven-Konzert, dessen eigentlicher Mittler der große Weiger Bronislaw Huberman war. Dieser technisch, geistig und gefühlsmäßig so wundervoll ausgeglichene und namentlich in der Interpretation Bachs und Beethovens heute maßgebende Meister, fand sich erst im zweiten Teile des Konzertprogrammes zur Höhe seiner Kunst. Erst in Beethovens Violinkonzert zeigte er sein ganzes musikalisches Fühlen und Denken, während die vorher gespielten beiden Romane unter einer fühlbaren Nervosität des Künstlers litten. An der Spitze der Vortragsordnung dieses Beethovenabends stand das selten gehörte Trippelkonzert für Violine, Cello, Klavier und Orchester, ein Werk, das mehr durch spielerische Schönheit leidet als durch geistig vertieften Inhalt. In Bronislaw Huberman, dem ausgezeichneten und schönen Cellisten Emanuel Feuermann und dem als vortrefflicher Begleiter Hubermanns geschätzten Pianisten Siegfried Schulze hatte es vorbildlich vollkommene Interpreten. Die Orchesterbegleitung des Abends besorgte das klanglich und spieltechnisch prächtig disziplinierte Orchester der Tschechischen Philharmonie unter der rhythmisch und dynamisch sorgfältig abgestimmten Stabführung Prof. Georg

Von 10 Menschen haben 7 Zahnstein ... aber bedroht ist jeder!

Wie oft war an einem verlorenen Zahn der Zahnstein schuld, weil er nicht rechtzeitig bemerkt und entfernt wurde! Wer regelmäßig zum Zähneputzen Kalodont benutzt, begegnet dieser Gefahr. In diesem Land enthält nur Kalodont als einzige Zahncreme Sulforizin-oleat nach Dr. Bräunlich, das den Zahnstein allmählich und sicher entfernt — die Zähne fest und gesund erhält.

**KALODONT**  
gegen Zahnstein

Also wurde auch „der Sozialpatriotismus nicht erst am 4. August 1914“ geboren und „die Theorie der II. Internationale der Vorkriegszeit und die des heutigen Sozialfaszismus sind nicht voneinander geschieden“.

Wozu also die ganze Aufregung? Der zweite Band des vorliegenden Werkes wird hoffentlich bald erscheinen und Sauerland wird zeigen können, was er uns Positives zu sagen weiß. Dann werden wir endlich vom einzigen und wahren Vlod erfahren, der zum schöpferischen Marxismus führt und der uns bisher verschlossen war, demselben wir im Reibel wandelten. Aber noch gibt es linierte Offenbarungen und ein netter Moran ist im Werden. Er beginnt mit der Verheißung:

Stalin ist groß und Sauerland ist sein Prophet!  
Th. Hartwig.

# Nazi-Korruption.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Die Brüder Labujan, Geldgeber und intime Freunde des Herrn Hitler, hatten es sehr eilig mit dem „Dritten Reich“. Konkurs, Betrug und Unterschlagungen von nahezu einer Milliarde sollten verdeckt und verschwiegen bleiben. Der Gutbesitzer von Vogheim, in dessen Haus die bekannten Dokumente verfaßt worden sind, war aus gleichen Motiven glühender Hitleranhänger. Sein Gut ist inzwischen zwangsversteigert worden. Zu den zahllosen Fällen ähnlicher Art gestellt sich jetzt in Berlin der des Landgerichtsdirektors Willibald von Fedel-Warnow.

Fedel-Warnow war nicht nur Nazimann, sondern auch eifriger Mitarbeiter der Nazipresse. Erst vor wenigen Tagen hat er im Berliner Naziblatt einen Artikel veröffentlicht mit der Ueberschrift: „Das Gebot der Stunde! Notverordnung zur Regelung von Privatschulden“, in dem er die Streichung der Privatschulden verlangte. Warum — erzählte uns am Freitag eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Charlottenburg, in der sich der stromme Nazirichter wegen Betrug und Untreue, begangen an einem Architekt, zu verantworten hatte. Dieses Gerichtsverfahren ist jedoch nur ein kleines Vorpiel für die kommenden. Der Richter für das Dritte Reich und für die Streichung seiner Verpflichtungen schuldet seinen betrogenen Gläubigern die nette Summe von etwa vierhunderttausend Mark, es kann auch eine halbe Million werden, wenn sich alle gemeldet haben. Natürlich will jetzt der adlige Herr nicht imstande sein, langen Verhandlungen folgen zu können, und außerdem will er noch beweisen, daß er „unzurechnungsfähig“ ist und Anspruch besitzt auf den § 51.

Sjells. — Die Don-Rosaken, die bereits zu den regelmäßigen Konzertgästen Progs gehören, hatten auch in diesem Herbst ein Chorkonzert veranstaltet, bei dem dieser reizende Virtuosenchor eine Auswahl seiner besten Vortragsnummern zum Besten gab, geistliche Chöre, weltliche Chorlieder und vor allem russische Volks- und Nationallieder in hervorragender Zubereitung. Die außerordentlichen chorregaltechnischen Fertigkeiten und Fähigkeiten dieses in allen Stimmgruppen gleich vorzüglich besetzten und abgestimmten Vokalkörpers — große Genauigkeit in der dynamischen und rhythmischen Differenzierung, Sicherheit und Reinheit in der Intonation und Plastik der Wortbehandlung — verleihten auch diesmal ihre Wirkung nicht und gaben Zeugnis von der glänzenden Disziplin, die Serge Jaroff, der Dirigent des Rosaken-Chores, seinen Sängern beigebracht hat. Aber immer wieder hat man — wenn man diesen Virtuosenchor hört, den Wunsch, sein eminentes Können einmal auch an einer schwierigen modernen Choransgabe erprobt zu sehen und zu hören. — Erhebend über den Alltag und erbauend im vollkommensten Sinne wirkte ein Orchesterkonzert der Tschechischen Philharmonie, bei dem als Hauptwerk Gustav Mahlers Neunte Sinfonie durch Alexander Zemlinsky, den in Prag unversehens berufenen Mahler-Nachfolger, zur Aufführung gelangte. Auf dieses letzte sinfonische Werk Mahlers passen die Goethe-Worte seiner vorangegangenen Achten Sinfonie „Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis...“. Es ist der bescheidende

Vordem aber war er lange genug zurechnungsfähig, Arbeiter und kleine Diebe ins Gefängnis zu schicken, Schulden zu machen, zu begaunern, zu betrügen, Artikel für die Nazipresse zu schreiben und für das Dritte Reich zu kämpfen. Es ist nicht rechtzeitig genug gekommen und so wird wohl auch dieser Hitlersozialist ins Gefängnis wandern, sofern es ihm nicht, wie den Labujan, gelingt, Hitler-Anwältin und eine Hitler-Ration zu stellen.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Der Verband christlicher Gewerkschaften

hält seinen letzten Verbandstag in Prag ab. Zu der „Deutschen Presse“ werden bei dieser Gelegenheit die Mitgliederziffern des Verbandes mitgeteilt. Danach hatte am 31. Dezember 1931 der Verband christlicher Berg- und Hüttenarbeiter 329 Mitglieder, der Verband der Chorregenten und Organisten 181 Mitglieder, der Verband christlicher Eisenbahner 163 Mitglieder, der Verband christlicher Fabriks- und Bauarbeiter 2970 Mitglieder, der Gutenberg-Bund, Vereinigung christlicher Buchdrucker 82 Mitglieder, die Gewerkschaft öffentlicher Dienstnehmer 55 Mitglieder, der Verband christlicher Land- und Forstarbeiter 161 Mitglieder, der Verband christlicher Fabrikarbeiter 3362 Mitglieder und der Verband christlicher Textilarbeiter 17.134 Mitglieder. Insgesamt hat der Verband christlicher Gewerkschaften eine Mitgliederzahl von 29.437, wovon 15.006 Männer und 14.371 Frauen, die in 365 Ortsstellen organisiert sind. Betriebsauschussmitglieder hat der Verband 288 in 146 Betrieben, davon in 37 den Vorkriegenden.

Genossen, habt Ihr schon die Bestellung für das

# ARBEITER-JAHRBUCH 1933

aufgegeben?

Schreibt dringend an die Zentralstelle i. d. Bildungswesen Prag II., Nekázanka 18.

und erklärende Ausklang seines ganzen iondichtlichen Schaffens, ein innerlich erfüllter Schaffensplag des Meisters von bewingender Ausdruckskraft und Gedankentiefe. Zemlinsky war der Einsame der richtige, in effektvoller Hinsicht dienende und in Liebe zur Aufgabe erglühende Interpret. Es war sicher kein bloßer Zufall, daß dieses Wählerkonzert den Wähler-Schüler Zemlinsky nach Prag führte, fast als er seinen sechzigsten Geburtstag feiern konnte. So wurde dieses Wählerfest auch zu einem Zemlinsky-Fest — und der Vorbereiter, der Zemlinsky gerecht wurde, war sein schickbares Zeichen. — Ueber einige Sozial-Künstler ist diesmal noch zu berichten. Maria Kurenko, eine russische Koloraturlängerin, gab zum erstenmale ein Konzert in Prag. Ihre Bekanntheit zu machen, war löhrend. Denn sie ist eine Künstlerin von vortrefflicher, in italienischer Schule erworbenem Gesangsart, die auch durch bedeutende Musikalität und geistige Intelligenz ausgezeichnet ist. Vortrefflichen künstlerischen Eindruck hinterließ auch ein Wiederabend der Sängerin Elisabeth Wiese-Langer, die ebenfalls zum erstenmal auf dem Prager Konzertpodium erschienen war. Soweit wir ihr Programm hören konnten, offenbarte es nicht nur empfehlenswerte stimmliche und gesangskünstlerische Eigenschaften der Künstlerin, sondern auch Kunstverständnis und Ausdruckskraft im Vortrage. Eine dritte Sängerin, Klami Heim aus Wien, hatte in einem Wohltätigkeitskonzert namentlich mit schön gesungenen Volksliedern großen Erfolg.

Bei diesem Wetter nimm

# Togal

Zuverlässig bei Erkältungskrankheiten

Generaldepot für d. ČSR: Brauners Apotheke „Zum weißen Löwen“, Prag II, Pflözky 12

# Vom Prager Rundfunk

Zwei hochbedeutende Sendungen hat uns diese Woche gebracht: Genosse Prof. Dr. Alfred Kleinberg (Karlsbad) sprach über Soziologische Literaturbetrachtung und Genosse Prof. Theodor Hartwig über Ökonomie und Ideologie. Letzterer hatte das weitere Thema; er zeigte, wie die Ideen der Menschen gebildet werden von ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Zuständen. Er zitierte den prächtigen Ausspruch des Romanikers E. J. A. Hofmann: „Ein hungriger Kater philosophiert anders als ein fatter —“, womit tatsächlich das Problem auf seine einfachste Form gebracht ist. Er zeigte, wie zu allen Zeiten die Menschen sich bemühen, ihre Umwelt geistig zu erarbeiten, Unbekanntes auf Bekanntes, Ungewohntes auf Gewohntes zurückzuführen, und wie sich dabei Ideen erhalten, lange über die Zustände hinaus, denen sie ihre Entstehung verdanken. So kommt es, daß unsere technisch-naturwissenschaftliche Zeit noch so viel „magisches“ Denken, so viel Aberglauben bewahrt aus der Zeit, da Weltanschauung gleich war mit Religion. Er zeigte, wie durch die bestimmte Art einer Zeit die Geister beirret werden, bestimmte Ideen aufzunehmen; wie z. B. die Verkünder aller gemauerten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände gerade heute die Relativitätstheorie fliegen läßt, — wissenschaftliche Formulierung der allgemeinen geistigen Bankstimmung —, während absolute Werte nur in materiell gesicherten Zeitaltern zur Geltung kommen.

Indem so dem menschlichen Denken im allgemeinen die natürliche Grundlage bereitet war, zeigte Genosse Kleinberg die Bewahrung solcher Betrachtungsweise auf einem besonderen Gebiet, dem der Dichtung. Schon die Sprache, deren er sich bedient ist eine gesellschaftliche Bedingtheit für den Dichter; aber auch die Vorstellungen, die verarbeitet werden, der geistig seelische Gehalt, die Handlungsinhalte der Dichtung, endlich die Formwahl und Förmgebung gehen hervor aus den gesellschaftlichen Zuständen, in denen das Leben des Dichters abläuft. Das Geistige ist letzter, feinsten Exponent des Aufgezeigten, des schöpferische Individuum in seiner Einmaligkeit; doch nur eine bestimmte Funktion des Allgemeinen. Kulturgemeinschaften bilden kollektive Seelenhaltungen aus, die in Strömungen und Gestaltungen der Dichtung ihren Ausdruck finden. In dem Beispiel der altgermanischen Kultur und Dichtung wird diese realsoziologische Literaturbetrachtung aufs Uebersichtlichste bewährt, — es ist hinreichend und groß wie die materialistische Geschichtsauffassung, richtig und mit wissenschaftlicher Vorsicht angewendet, auf einmal Licht gibt in die trüben Nebel bisheriger Geschichtserklärung.

Praktische Anwendung auf einen aktuellen Einzelfall gab die Betrachtung des Genossen Edwin Janetschek über Mißstände unseres Konzertlebens. Denn diese Desorganisation, dieses oft würdevolle Zickzackieren der Künstler auf dem Markte der öffentlichen Kunst, diese struppellose Konkurrenz geschäftstüchtiger Agentenunternehmer, — ist das denn etwas anderes als zwangsläufige Uebertragung kapitalistischer Wirtschaftsmethoden auf die zur Ware gewordene Kunst? Und die Zentralisierung, die mit Recht der Vortragende als einziges Heilmittel nannte, ist eben sozialistische Planwirtschaft; aber erst wenn das privatkapitalistische Profitinteresse ausgeschaltet sein wird, kann sie rein verwirklicht werden.

Mit allen Mitteln bemühen sich einsichtige Männer auch des Bürgerturns, der Verderbnis des Hochkapitalismus zu steuern. Gesundheit der bedrohten Jugend durch Wandern zu retten, sollen die Jugendherbergen helfen. Hochlehrer A. Trappitsch (Auffig) berichtete über diese schöne, jeder Unterstützung würdige Unternehmung. Wenn aber, in weitem Fortschreiten der allgemeinen Verelendung, die Mittel ausgehen — wie soll das Welt bestehen bleiben? Die bürgerliche Gesellschaft muß nach den ihr innewohnenden Gesetzen doch zuerst den Profit retten — sie hat nur ganz zuletzt, wenn Ueberflüsse gibt, etwas übrig für Zwecke, die gerichtetweise allem anderen voranzugehen mühen: Jugenderziehung und Augenpflege.

Aus dem Ernst solcher Betrachtungen leuchteten zwei hellere Veranstaltungen. Auch an ihnen bewies sich die wirtschaftlich-gesellschaftliche Bedingtheit der Kunst: die voraussetzungslose „Arbeiterfest“ der Lieber von Löwe und Wolf, die Kubel-Bändler, von seiner Gattin begleitet, sang, wirkte blüh neben dem kräftig zeitlichen Humor des Orchesters „Ragie im Hinterhaus“ von Hans Reimann und Bruno Mannel; die vortreffliche Ausführung durch Mitglieder des Prager Deutschen Theaters unter Höglins Leitung bereitete uns eine wahrhaft vergnügte Stunde.

Das ist nicht Manie, das ist klare wissenschaftliche Erkenntnis, die uns alles Geld und alle Freuden der Menschen qualifiziert aus ihrem natürlichen Untergrund, ihrem materiellen Dasein und Sollen erklären läßt. Und aus diesem Punkt werden wir, werden unsere Nachfahren allen Schmerz dieser geplagten Menschheit kurieren.

Genossen!

Traget bei jeder Gelegenheit Euer

# Parteiabzeichen!

